

VERBANDSBERICHT 2014

Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

HYPO
LANDESBANK

VORWORT	4
I. ARBEITSSCHWERPUNKTE DES HYPO-VERBANDES.....	8
1. BANK- UND WERTPAPIERRECHT	9
1.1. EZB Empfehlung zu Dividendenausschüttungen	9
1.2. Mandatsbeschränkungen für Geschäftsleiter und Aufsichtsräte gemäß § 5 Abs.1 Z 9a und § 28a Abs.5 Z 5 BWG	9
1.3. Neues Fit & Proper Rundschreiben und Muster-Policy.....	10
1.4. Bankenunion / Single Supervisory Mechanism (SSM)	11
1.5. Einlagensicherung - Harmonisierung	12
1.6. BaSAG - Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz.....	12
1.7. EMIR - European Market Infrastructure Regulation	13
1.8. MiFID II / MIFIR - Markets in Financial Instruments Directive / Verordnung	13
1.9. Marktmissbrauch (MAD II/MAR)	15
1.10. Zinsen - Schweizer Franken Kredite	15
1.11. Konsortialfinanzierungen.....	16
1.12. Crowdfunding	16
2. STEUERRECHT / RECHNUNGSLEGUNG	16
2.1. Stabilitätsabgabe	16
2.2. FATCA - Foreign Account Tax Compliance Act	17
2.3. GMSG, EU-AmtshilfeG - Automatischer Informationsaustausch	17
2.4. Finanztransaktionssteuer (FTT)	17
2.5. OePR (Österreichische Prüfstelle für Rechnungslegung)	18
2.6. UDRB / SMR	19
3. KOLLEKTIVVERTRAG UND PERSONALTHEMEN	19
3.1. KV-Valorisierung 2015.....	19
4. ZAHLUNGSVERKEHR	20
4.1. SEPA – Standard im Zahlungsverkehr.....	20
4.2. Vorschläge zur Regulierung des Zahlungskontos / des Zahlungsverkehrs.....	20
4.3. Rolle der EZB/EBA im Zahlungsverkehr	21
4.4. EPS Online-Überweisung (electronic payment standard).....	21
4.5. Bargeld in Österreich / NFC-Funktion.....	22
4.6. Interbankentgelte - Regulierung durch MIF-VO	22
4.7. AustroFX.....	23
5. SONSTIGE THEMEN UND VERBANDSAUSSCHÜSSE.....	23
5.1. Pfandbrief & Covered Bond Forum Austria / Novellierung Pfandbriefgesetz.....	23
5.2. Verbandsausschüsse	24
5.3. Arbeitsausschuss Einlagensicherung	26
5.4. EMIR-Forum	27
5.5. Ombudsmann.....	27
II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	28
1. DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD.....	28

HYPO-VERBAND 2014

1.1.	Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditinstitute im Jahr 2014	28
1.2.	Geschäftsentwicklung des Sektors im Jahr 2014	29
2.	DIE HYPOS IM EIGENPORTRÄT 2014	32
2.1.	HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft	32
2.2.	HETA ASSET RESOLUTION AG	40
2.3.	AUSTRIAN ANADI BANK AG	41
2.4.	HYPO NOE GRUPPE BANK AG	46
2.5.	HYPO NOE LANDESBANK AG (nach UGB)	50
2.6.	OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG	54
2.7.	SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG	57
2.8.	LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG	63
2.9.	HYPO TIROL BANK AG	71
2.10.	VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG	76
2.11.	RATING DER HYPOS	80
3.	GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER SEKTORUNTERNEHMUNGEN	81
3.1.	Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken (POLH)	81
3.2.	Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H.	82
3.3.	Hypo-Wohnbaubank AG	82
3.4.	Hypo-Bildung GmbH	84
III.	GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS	86
1.1.	Freier Verband	86
1.2.	Fachverband	86
1.3.	Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H.	86
IV.	INTERNATIONALE MITGLIEDSCHAFTEN UND KONTAKTE	89
1.1.	Europäischer Verband Öffentlicher Banken (EAPB)	89
1.2.	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)	89
1.3.	Verband Schweizerischer Kantonalbanken	89
V.	ORGANE	90
VI.	ORDENTLICHE MITGLIEDER UND VORSTÄNDE	92
VII.	MITGLIEDSINSTITUTE UND ZWEIGSTELLEN	96

VORWORT

Mit Inkrafttreten der das europäische Bankwesen gestaltenden Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und Rates am 26.6.2013 („CRR“ - Capital Requirements Regulation), die in den Mitgliedsstaaten unmittelbare nationale Gesetzeswirkung hat, der Richtlinie für die Bankenbeaufsichtigung, die „CRD IV“ (Capital Requirements Directive IV) sowie der gleichzeitig zum 1.1.2014 rechtswirksam gewordenen Novelle zum nationalen Bankwesengesetz (BWG) – mittlerweile bestehen 4 weitere Novellierungen – und einer Vielzahl begleitender Delegierter- und Durchführungsverordnungen war das Jahr 2014 von der Umsetzung dieser Regelwerke gekennzeichnet. Dabei wurden die erwartete hohe Komplexität und die damit verbundenen Kosten in der Praxis sichtbar und spürbar. Dies lässt sich auch anhand der im Schnitt ungünstiger ausfallenden Cost-Income-Ratio ablesen, sind doch unzählige Spezialistinnen und Spezialisten erforderlich, die die regulatorischen Vorgaben in die Geschäftsprozesse integrieren müssen. Auch der damit verbundene IT-Aufwand ist erheblich. Die Konkretisierung von Regelungsdetails durch etwas später von der EBA – European Banking Authority – zu erarbeitende und durch die EU-Kommission zu erlassende Standards erschwert die Umsetzungsaufgaben zusätzlich.

Die Schaffung der Bankenunion hat mit der Aufnahme der operativen Tätigkeit des einheitlichen Aufsichtsmechanismus „SSM“ im November 2014 durch die EZB wesentliche Gestalt angenommen. Mit der SSM-Rahmen-VO wurde die Zusammenarbeit und Abgrenzung der Aufgaben zwischen der EZB und den NCA – National Competent Authorities bei der Beaufsichtigung signifikanter und weniger signifikanter Banken geregelt. Ebenso die Kostenfolgen für die Beaufsichtigten, wobei die nicht direkt beaufsichtigten Banken vorerst 11 % der EZB-Aufsichtskosten, die mit knapp EUR 300 Mio. p.a. budgetiert sind, zu tragen haben. Wesentliches Werkzeug für die Beaufsichtigung ist die „ECB Regulation on Reporting of Supervisory Financial Information (FINREP)“, wobei die Absicht besteht, sich unterschiedlichen Rechnungslegungsstandards im Meldewesen ohne zusätzliche Aufwendungen für die Banken anzunähern. Vorbedingung für die EZB war die Durchführung des Comprehensive Assessments, welchem sich die direkt beaufsichtigten Banken unterziehen mussten. Dieses wurde von der überwiegenden Mehrheit der Institute positiv abgeschlossen. Nach wie vor beharren wir darauf, im Aufsichtswesen Mehrgleisigkeiten auszuschließen, die Effizienz, Kostendisziplin und Proportionalität zu wahren und generell weitere Belastungen der Banken zu vermeiden.

Der Schaffung des einheitlichen Abwicklungsmechanismus „SRM“ wurde durch die Verabschiedung der BRRD, der Banken-Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie, vorgegeben und im österreichischen BaSAG (vormals BIRG) gesetzlich per 1.1.2015 in Kraft gesetzt. Die erste Beitragsvorschreibung erfolgt im 2. Halbjahr 2015. Der nationale Fonds wird aber bereits 2016 im SRF Single Resolution Fund vergemeinschaftet.

Sowohl im SRF als auch in der neuen, national organisierten Einlagensicherung und des dort einzurichtenden weiteren Fonds, nämlich des Einlagensicherungsfonds, sind die neu definierten „zu

sichernden Einlagen“ wesentlicher Teil der Bemessungsgrundlage für die Beitragsvorschreibung. Der Umfang der zukünftig zu sichernden Einlagen geht – nach neuer Definition - schätzungsweise etwa 10 % über das bisher zu sichernde Volumen hinaus und wird vorerst bei etwa EUR 210 Milliarden liegen. Die Zielgröße im Jahr 2024 beträgt 0,8 % der dann vorhandenen zu sichernden Einlagen. Dieses Volumen ist in den kommenden Jahren in gleichen Schritten aufzubauen. Die Beiträge sind risikobasiert von den Einlagensicherungseinrichtungen einzuheben. Deren Struktur ist im Entwurf zum ESAEG (Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz) skizziert, wird allerdings in der laufenden Begutachtung durchaus kontroversiell gesehen. Insbesondere hinsichtlich der Anerkennung von IPS – Institutional Protection Scheme für die Raiffeisengruppe und die Sparkassen einerseits und der Schaffung der sogenannten „Einheitlichen Einlagensicherungseinrichtung“ für alle anderen Banken andererseits, wird es einer endgültigen politischen Willensbildung im Finanzausschuss bzw. im Nationalrat bedürfen.

Unter dem Strich steigt die Belastung der österreichischen Banken, im Besonderen aber der mittleren Banken, wie es die Hypo-Banken sind, weiter in wirtschaftlich nicht mehr rechtfertigbare Höhe an. Neben der vorerwähnten Ausstattung von Abwicklungs- und Einlagensicherungsfonds mit insgesamt 1,8 % der gesicherten Einlagen belastet das österreichische Spezifikum „Stabilitätsabgabe“ zusätzlich, zumal die Stabilitätsabgabe samt Sonderbeiträgen als Substanzbesteuerung ausgebildet und unabhängig vom tatsächlichen Geschäftserfolg einer Bank zu bezahlen ist. Sie negiert die übliche Form einer Ertrags- bzw. Gewinnbesteuerung á la Körperschaftssteuer. Die ab 2014 geltende Bemessungsgrundlage führt im Hypo-Sektor zu einer durchschnittlichen Mehrbelastung von mehr als 85 %. Das gemeinsame Anliegen des Bankensektors, die Fondsdotation auf die Stabilitätsabgabe anzurechnen, blieb bis dato ungehört, wie laufende Hinweise auf nachteilige Standortauswirkungen und Zweifel an der europarechtlichen Zulässigkeit dieser Abgabe.

Im Oktober 2014 haben die EU-Finanzminister politische Übereinstimmung über den automatischen Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten erzielt. Die Datenerfassung im Rahmen des OECD-Standards beginnt 2016. Zwischen den USA und Österreich wurde ein IGA über FATCA – Foreign Account Tax Compliance Act zur Erfassung von US-Steuerpflichtigen geschlossen. Beide Bereiche führen neuerlich zu organisatorischen und kostenmäßigen Belastungen, wobei einmal mehr die Banken zur Unterstützung der öffentlichen Verwaltung bei der Wahrnehmung von Hoheitsaufgaben herangezogen werden. Die Finanztransaktionssteuer wird zwar von österreichischer Seite propagiert, findet aber gegenwärtig weder in Europa noch global eine Mehrheit.

Im Bereich des Verbraucherschutzes MiFID gab es Fortschritte, jedoch wird von den Banken das faktische Ausschalten der „Provisionsberatung“ abgelehnt, zumal die „Honorarberatung“ in Österreich kundenseitig kaum angenommen wird. Die Umsetzung des „Bankkonto-Pakets“ befindet sich im Stadium der Endverhandlungen. Kunden haben unter bestimmten Bedingungen jedenfalls das Recht, eine Kontoverbindung zu unterhalten. Verhandlungen zur Umsetzung der ADR – Alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten – wurden mit dem Bundesministerium für Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz aufgenommen. Von den Banken wurden die Kosten der „Testschlichtungsstelle“

teilweise übernommen, um einen Beitrag zu leisten, praktische Erfahrungen noch vor einem Gesetzesentwurf zu gewinnen.

In letzter Zeit häufen sich überschießende Forderungen aus dem Konsumentenschutz, vornehmlich aus dem Bereich des vorgenannten BMASK und den Verbraucherschutzorganisationen, die auf die Geschäftsgebarung der Banken erheblichen Einfluss nehmen möchten. Dabei fehlen unverhohlene Drohungen, gesetzliche Regelungen zu initiieren, nicht. Dazu zählt die Limitierung von Überziehungs- und Überschreitungszielen. Das geschäftliche Umfeld für Banken wird auch aus diesem Blickwinkel immer schwieriger und entfernt sich von der vielgepriesenen EU-Tugend der Freizügigkeit, sodass es gilt, diese Versuche einer indirekten ökonomischen Einflussnahme abzuwehren. Generell können die Banken im gegenwärtigen Umfeld nur wenig politische Unterstützung erwarten.

Für den Hypo-Sektor begann das Jahr 2014 mit der erneut entfachten Diskussion über die weitere Zukunft der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (nun: HETA ASSET RESOLUTIONA AG). Wiederum wurden die übrigen Mitgliedsinstitute in der Diskussion durch die mediale Verkürzung auf „Hypo“ in der breiten Öffentlichkeit imagemäßig belastet. Gerade das im Bankgeschäft so bedeutende Vertrauensverhältnis zwischen Kunden und Bank kann auf diese Weise nachhaltig gestört werden. Um diese negativen Folgewirkungen abzumildern, war die Verbandsspitze in zahlreichen Kontakten mit Meinungsbildnern auf allen Ebenen bemüht, die Bedeutung der „anderen“ Hypo-Landesbanken für den Wirtschaftsstandort Österreich unterscheidbar hervorzuheben.

Besonders erschwerend erwies sich die Entwicklung um den HETA-Komplex in der Diskussion über die für eine Gläubigergleichbehandlung möglicherweise nicht ausreichende Liquidität während einer neuerlichen Asset-Bewertung nach Dienstantritt des neuen Finanzministers im Herbst 2014. Dieser ging die gesellschaftsrechtliche Neuordnung des Alpe-Adria-Konzerns und der in diesem Zusammenhang gesetzlich verfügte „Haircut“ bestimmter Forderungen voraus. Schließlich wurde im laufenden Jahr, konkret am 1.3.2015 von der FMA über die HETA ein Zahlungsaufschub bis 31.5.2016 (Moratorium) verfügt. Trotz aller negativen Begleiterscheinungen, insbesondere der Ergebnisauswirkungen auf die Mitgliedsinstitute im Wirtschaftsjahr 2014 und der de facto-Sistierung des Projektes „Pfandbriefstelle NEU“ haben Vorstände, Aufsichtsräte, Eigentümervertreter der Mitgliedsinstitute und Verband ihre Führungs- und Entscheidungskompetenz sowie ihre Verantwortung für die Stabilität des österreichischen Finanzplatzes in ihrem Einflussbereich in beindruckender Weise mit dem raschen Abschluss einer „Vereinbarung“ über die Absicherung der Pfandbriefstelle unter Beweis gestellt. Damit treten alle anderen Mitgliedsinstitute für die HETA und deren Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Pfandbriefstelle in Vorlage, sodass die Pfandbriefstelle ihren Verpflichtungen aus demnächst zur Rückzahlung fälligen werdenden Schuldverschreibungen ungeschmälert nachkommen kann.

Der Hypobanken-Sektor sollte mit seinem konservativen Geschäftsmodell, einer unkonsolidierten Bilanzsumme von über 60 Mrd. EUR und knapp 3.900 Mitarbeiter/-innen in ruhigeres Fahrwasser steuern können. Die Sektor-Mitglieder sollten ihre Funktion als regional verankerte Geschäftsbanken mit neuem Elan, Selbstbewusstsein und steigendem Erfolg wahrnehmen können.

Es muss das erklärte Ziel bleiben, die Eigenmittelausstattung der Banken möglichst aus der Innenfinanzierung zu stärken. Das ist der Schlüssel dafür, dass gerade die regional verwurzelten Hypo-Landesbanken der Wirtschaft als innovativer und vertrauensvoller Partner zur Seite stehen können. Banken sind wirtschaftliche Infrastruktureinrichtungen, die als Motoren das dringend benötigte Wirtschaftswachstum ankurbeln und so die Geschäfte ihrer Kunden in hohem Ausmaß erst ermöglichen.

Das Präsidium des Verbandes wird von Generaldirektor Mag. Dr. Peter Harold – Vorsitzender des Vorstandes der HYPO NOE Gruppe Bank AG angeführt. Der Führungsspitze gehören im Weiteren Generaldirektor KR Dr. Andreas Mitterlehner – Vorstandsvorsitzender der Oberösterreichischen Landesbank AG und der Vorsitzende des Vorstandes der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Mag. Dr. Michael Grahammer an.

Der Dank gilt allen Vorstandsvorsitzenden und Vorstandsmitgliedern der Mitgliedsinstitute, die den Verband und seine Mitarbeiter bei der Bewältigung ihrer täglichen Arbeit unterstützen und auch die entsprechenden personellen Ressourcen, vor allem in kompetenter fachlicher Hinsicht bereitstellen. Auch das abgelaufene Jahr 2014 war für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herausfordernd und spannend. Der Verband war und ist bemüht, die Mitgliedsinstitute zeitnah und bestmöglich zu informieren und anzuleiten, um erforderliche Durchführungsmaßnahmen gezielt und unter möglicher Ressourcenschonung vorzunehmen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei an dieser Stelle unser Dank für die im abgelaufenen Kalenderjahr erbrachten Leistungen ausgesprochen, aber auch die Bitte, sich weiterhin für den Verband und seine Mitglieder zu engagieren.

Generaldirektor Mag. Dr. Peter Harold
Präsident

KR Dr. Claus Fischer-See
Generalsekretär

I. ARBEITSSCHWERPUNKTE DES HYPO-VERBANDES

Einleitung:

Neben dem Sekretariat im engeren Sinne werden durch den Generalsekretär und die insgesamt vier Referentinnen und Referenten die Interessen der zehn Mitgliedsinstitute trotz knapper Ressourcen bestmöglich vertreten. Darunter fallen auch die Geschäftsführungsfunktionen in der Pfandbriefbank (Österreich) AG, der Anteilsverwaltung der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, der Hypo-Banken-Holding GmbH und der Einlagensicherungseinrichtung des Sektors, der Hypo-Haftungs-GmbH. Daneben werden institutionalisierte Arbeitsgruppen und Expertenrunden organisatorisch vorbereitet und fachlich betreut. Diese werden vornehmlich von Spezialisten der Mitgliedsinstitute besetzt, die durchschnittlich je 2 x pro Jahr in Wien oder in einem Mitgliedsinstitut tagen.

Sektorübergreifend hatte der Verband 2014 die Führung des „Arbeitsausschusses Einlagensicherung“ sowohl in organisatorischer, vor allem aber in inhaltlicher Hinsicht inne. Auch in diesem Jahr lag ein wesentlicher Organisationsanteil des „Pfandbriefforum & Covered Bond Forum Austria“ in den Händen des Verbandes. Hier stand das Lobbying für das lang ersehnte neue Pfandbriefgesetz und eine international besuchte Investorenveranstaltung in Wien im Vordergrund.

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) am 1.1.2014 und einer weiteren BWG-Novelle war das Jahr 2014 in besonderem Maße von den Umsetzungsmaßnahmen, insbesondere der Begleitung und frühzeitigen Information der Fachleute in den Mitgliedsinstituten geprägt. Dies in einer bisher kaum dagewesenen Fülle. Dabei ergab sich regelmäßig größerer Erläuterungs- und Auslegungsbedarf. Es wurde daher versucht, offene Fragestellungen verbandsintern oder über die Bundessparte, im Wege des BMF, der FMA und häufig auch der EBA sowie im eigenen Bereich durch Fachveranstaltungen unter Beiziehung ausgewiesener Fachleute zu beantworten. Auch in diesem Jahr waren die Vielfalt der zu behandelnden Einzelthemen und Querschnittsmaterien – wie das BaSAG - sowie die regelmäßig knappen Zeitvorgaben in den Konsultationsprozessen herausfordernd. Sämtliche Themengebiete, sei es der bankregulatorische, der steuerrechtliche Bereich oder der technische Bereich, z.B.: im Zahlungsverkehr bzw. Meldewesen erforderten von den Verbandsmitarbeitern erneut außergewöhnlichen Einsatz in qualitativer Hinsicht, hohe zeitliche Verfügbarkeit und Termintreue.

Nachfolgend seien einige wichtige Themen des umfangreichen Arbeitsprogramms des vergangenen Jahres – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – herausgegriffen und cursorisch beschrieben.

1. BANK- UND WERTPAPIERRECHT

1.1. EZB Empfehlung zu Dividendenausschüttungen

Die EZB veröffentlichte Anfang 2015 ihre Empfehlung bezüglich Dividendenausschüttungen in 2015 für das Geschäftsjahr 2014. Demgemäß sollen Banken (sowohl auf konsolidierter als auch auf Einzelbasis), welche im Geschäftsjahr 2014 noch nicht alle der bis 2019 zu erfüllenden Kapitalvorschriften - diese beinhalten eine harte Kernkapitalquote (CET 1) von 4,5 %, eine Kernkapitalquote von 6 % und eine Gesamtkapitalquote von 8 % zzgl. Puffer in CET 1 - eingehalten haben, eine konservative Dividendenpolitik verfolgen bzw. auf Ausschüttungen verzichten. Die Empfehlung richtet sich einerseits direkt an signifikante Kreditinstitute und andererseits an die Aufsichtsbehörden, welche für die Aufsicht von weniger bedeutenden Kreditinstituten (Bilanzsumme < 30 Mrd. EUR) zuständig sind.

Die FMA unterstützt die Empfehlung – „auch im Interesse der Wettbewerbsgleichheit“ – und ist an der Einhaltung der Empfehlung durch alle in Österreich ansässigen Kreditinstitute interessiert. Kreditinstitute, deren Dividendenpolitik nicht der Empfehlung der EZB entspricht, werden von der FMA aufgefordert werden zu begründen, warum sie Dividendenzahlungen vorsehen. Insbesondere ist darzulegen, welche Maßnahmen gesetzt werden, um möglichst schnell die durch Basel III im Endausbau geforderten Eigenkapitalquoten zu erreichen.

1.2. Mandatsbeschränkungen für Geschäftsleiter und Aufsichtsräte gemäß § 5 Abs.1 Z 9a und § 28a Abs.5 Z 5 BWG

Am 01.08.2014 wurden die BWG-Bestimmungen betreffend die Mandatsbegrenzung für Geschäftsleiter (§ 5 Abs. 1 Z 9a und § 103q Z 10a) und Mitglieder des Aufsichtsrats (§ 28 a Abs. 5 Z 5) mit Wirkung 01.07.2014 (vgl. § 107 Abs.83 BWGneu) neuerlich geändert (im Folgenden „BWG Novelle 2014“). Folgende Bestimmungen kamen hinzu:

- Für Geschäftsleiter und Aufsichtsräte von Kreditinstituten von erheblicher Bedeutung (vgl. § 5 Abs. 4 BWGneu) gilt die Mandatsbeschränkung auf eine Tätigkeit in geschäftsführender Funktion zuzüglich zweier Tätigkeiten als Mitglied des Aufsichtsrats oder auf insgesamt vier Tätigkeiten als Mitglied des Aufsichtsrates. Der Bilanzschwellenwert erheblicher Kreditinstitute wurde mit der Novelle von 1 Mrd. EUR auf 5 Mrd. EUR angehoben, wobei der Bilanzschwellenwert dem Durchschnitt der Bilanzsummen zu den jeweiligen Stichtagen der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre entspricht. Bei der Berechnung des Bilanzschwellenwertes von KI-Gruppen, so stellt das im November 2014 veröffentlichte FMA-Fit & Proper-Rundschreiben fest, ist der Abschluss auf Einzelinstitutsebene maßgeblich.
- Das Gruppenprivileg wurde auf sonstige Gruppen von Unternehmen gemäß § 228 Abs. 3 UGB, § 245 a UGB oder § 15 AktG (Konzerne) ausgedehnt.
- Tätigkeiten in geschäftsführender Funktion bei Organisationen, deren Anteile oder Stimmrechte ganz oder mehrheitlich direkt oder indirekt von der Republik Österreich gehalten werden und für die von der Europäischen Kommission nach den unionsrechtlichen Vorschriften und Beschlüssen über staatliche

Beihilfen gemäß Art. 107 und 109 AEUV ein Abwicklungs- oder Restrukturierungsplan genehmigt wurde, werden von der Mandatsberechnung gemäß § 5 Abs. 1 Z 9a BWGneu ausgenommen (vgl. § 103 q Z 10a BWGneu).

1.3. Neues Fit & Proper Rundschreiben und Muster-Policy

Aufgrund der geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen war 2014 eine Überarbeitung des zuletzt im Mai 2013 veröffentlichten Fit & Proper-Rundschreibens der FMA erforderlich. Die Kreditwirtschaft war in den Überarbeitungsprozess eingebunden. Im November 2014 veröffentlichte die FMA sodann das überarbeitete Fit & Proper-Rundschreiben. Die wesentlichsten Änderungen und Klarstellungen im Überblick:

- Klarstellung, dass die Anforderungen gemäß § 28a Abs. 5 BWG auch für Arbeitnehmervertreter gelten. Das Entsendungsrecht des (Zentral-) Betriebsrates gemäß § 110 ArbVG bleibt hievon unberührt (Rz 67);
- Klarstellung, dass die Ausstellung der für die Anzeige gemäß § 73 Abs.1 Z8 BWG über die (Erst-) Bestellung notwendige Bestätigung des Vorliegens der fachlichen Eignung des Arbeitnehmervertreters dem Betriebsrat obliegt (Rz 68);
- Klarstellung, dass bloß temporär ausgeübte geschäftsführende Funktionen, wie z.B. als Masseverwalter oder Gerichtskommissär für die Zwecke der Mandatsbegrenzung nicht einzuberechnen, wohl aber im Rahmen der Gesamtbeurteilung zu berücksichtigen sind (Rz 76);
- Privilegien - Klarstellung zur Berechnung:
 - „Umfassen die gemäß [...] lit. a bis c. zusammenzurechnenden Tätigkeiten auch Tätigkeiten in geschäftsführender Funktion, so gelten diese Tätigkeiten insgesamt als eine Tätigkeit in geschäftsführender Funktion. Umfassen die gemäß lit. a bis c. zusammenzurechnenden Tätigkeiten nur Tätigkeiten als Aufsichtsratsmitglied, gelten diese Tätigkeiten insgesamt als eine Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied" (Rz 82);
 - Die Berechnung der Mandate ist aus Sicht des anzeigenden Instituts vorzunehmen. Ist die betreffende Person in mehreren verbundenen KI in geschäftsführender Funktion oder als AR-Mitglied tätig, ist die Betrachtung aus der „Vogelperspektive“ maßgeblich. Kommt es hierbei zu unterschiedlichen Berechnungsergebnissen, ist jenes Ergebnis maßgeblich, das dem betreffenden Mandatsinhaber „die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen (am ehesten) erlaubt" (Rz 83).
- Altmandate (d.h. bereits am 31.12.2013 innegehabte Tätigkeiten als Aufsichtsrat) sind zwar in die Mandatsberechnung einzubeziehen, müssen aber selbst bei Überschreiten der Mandatsgrenze bis zur Wiederernennung (!) nicht abgebaut werden. Der Bestandsschutz für Altmandate endet mit der ersten Wiederbestellung nach dem 31.12.2013 (vgl. Rz 88);
- Anzuzeigen ist nur die Erstbestellung/-ernennung von Geschäftsleitern, Aufsichtsräten und Aufsichtsratsvorsitzenden (Rz 108) sowie spätere Änderungen der Umstände, die dazu führen, dass die Eignungsvoraussetzungen nicht mehr vollumfänglich erfüllt sind (Rz 109);
- Anhang 1 - Erforderliche Unterlage wurde ergänzt und enthält nunmehr detaillierte Vorgaben für die eidesstaatliche Erklärung (u.a. Einhaltung der zweijährigen „cooling-off-Phase“ bei AR-Vorsitzenden und deren Stellvertreter);
 - NEU ist, dass ein aktueller Strafregisterauszug nicht älter als sechs Monate sein darf;

- NEU sind auch die in den Punkten 9-12 genannten Unterlagen, die von Geschäftsleitern gegebenenfalls zusätzlich vorzulegen sind (Darlegung sämtlicher Tätigkeiten; Auszug aus dem Melderegister usw.).

Im Hinblick auf die Gesetzesänderungen und Änderungen des Fit & Proper Rundschreibens wurde schließlich auch die im Mai 2013 erstellte Fit & Proper-Muster-Policy in Zusammenarbeit mit dem Verband österreichischer Banken & Bankiers und dem Österreichischen Genossenschaftsverband überarbeitet und den einzelnen Mitgliedsinstituten in der finalen Fassung am 26.02.2015 zur Verfügung gestellt.

1.4. Bankenunion / Single Supervisory Mechanism (SSM)

Der einheitliche europäische Bankaufsichtsmechanismus (SSM) wurde 2014 faktisch umgesetzt. Die Gesamtbilanzsumme aller im SSM beaufsichtigten Finanzinstitutionen beläuft sich auf € 26.000 Mrd. (zum Vergleich: der US-Bankensektor kommt auf eine Gesamtbilanzsumme von € 14.700 Mrd).

Am 4. November 2014 übernahm die Europäische Zentralbank (EZB) die direkte Aufsicht über 120 sogenannte „signifikante KI-Gruppen“. 3.500 weniger bedeutende Banken, sogenannte „LSI“ - less significant institutions mit einer Bilanzsumme von insgesamt € 5.000 Mrd., darunter auch die meisten Mitgliedsinstitute des Hypo-Sektors – verbleiben bei ihrer NCA (National Competent Authority, d.h. bei der lokalen Aufsicht, für Österreich: OeNB und FMA). Das Zusammenspiel zwischen EZB und NCA wird in der SSM-Rahmenverordnung geregelt. Die EZB ist mit umfangreichen Durchgriffsrechten ausgestattet.

SSM-Gebührenverordnung

Jeweils bis Ende April des Folgejahres muss die EZB bestimmen, wie viel die Gesamtaufwandskosten betragen. Die EZB-Aufsichtsgebühren für den Zeitraum 4.11.2014 bis 31.12.2015 belaufen sich € 326 Mio. Davon entfallen € 36,3 Mio. bzw. 11 % auf die ca. 3.500 „weniger bedeutenden Banken“. Die Beitragsvorschreibung je Institut richtet sich nach Bedeutung und Risikoprofil. Diesbezüglich läuft eine Datenerhebung, die bis 1. Juli 2015 abgeschlossen sein wird. Die Rechnungsstellung an die einzelnen Häuser soll Ende 2015 erfolgen.

FINREP-Extension

Mit der seit Ende März vorliegenden EZB-FINREP-Meldeverordnung (sogen. FINREP-Extension) dehnt die EZB den Anwendungsbereich von FINREP auf alle SSM-Banken (auf Solo-Level) aus. Hierbei wurde betont, dass für UGB-Bilanzierer keine Verpflichtung besteht, zukünftig nach IFRS zu melden. Vielmehr ist die Intention der EZB, unterschiedliche Rechnungslegungsstandards vergleichbar zu machen. Dies soll durch die Verwendung von sog. „Proxies“ (Näherungsregeln) erfolgen, wobei die Belastung für LSI möglichst gering gehalten werden soll.

Für 2015 nennt die EZB folgende Umsetzungsprioritäten:

- effektives Überarbeiten notleidender Kredite
- Beseitigung von Kapitallücken und adäquate Wertberichtigungen im Rahmen des Comprehensive Assessment

- Verbesserung der Eigenmittelqualität
- Monitoring der CRD IV-Implementierung
- Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle der Banken
- Operationelle Risiken: IT, Risikomanagement-Systeme, Cyber-Security und Datenintegrität

1.5. Einlagensicherung - Harmonisierung

Am 25.3.2015 wurde das ESAEG (Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz) zur Begutachtung ausgesandt. Die Begutachtung des ESAEG ist vorerst abgeschlossen. Aus Sicht des BMF soll es ab 1.1.2019 maximal drei Sicherungseinrichtungen geben. Neben der „Einheitlichen Sicherungseinrichtung“ für alle Nicht-IPS-Banken (Hypos, Volksbanken, Bankenverband, Institute des gesonderten Rechnungskreises) auch die beiden Institutssicherungssysteme von Raiffeisen und Sparkassen, sofern diese von der FMA als Sicherungseinrichtung anerkannt werden.

Die „Einheitliche Sicherungseinrichtung“ soll nach dem Willen des BMF unter der „Trägerschaft“ der WKÖ stehen, nachdem das neue System grundsätzlich losgelöst von der Fachverbands-Ebene organisiert sein soll. Unabhängig von dieser geplanten Struktur, die laut ESAEG-Entwurf per 1.1.2019 in Kraft treten soll, haben die fünf Fachverbände ihre jeweiligen Sicherungseinrichtungen bis 31.12.2018 weiterzuführen.

Position des Hypo-Verbands: Der Hypo-Verband hat sich – neben der Mitwirkung an einer möglichst angenäherten WKÖ Stellungnahme der Verbände – auch direkt in den Begutachtungsprozess eingebracht und eine eigene ergänzende Stellungnahme abgegeben. Der Österreichische Genossenschaftsverband ist dem beinahe wortgleich gefolgt. Grund für diese unübliche sektorale Positionierung außerhalb der WKÖ im Gesetzgebungsprozess war die drohende Benachteiligung unserer Mitgliedsinstitute durch das neue Einlagensicherungsgesetz. Wir befürchten frustrierte Aufwendungen und das Entstehen einer neuen, extrem heterogen aufgestellten Einheitssicherung mit Zwangsmitgliedschaft für alle Nicht-IPS-Kreditinstitute, die Institute im derzeitigen „sechsten Rechnungskreis“ inbegriffen.

1.6. BaSAG - Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz

Österreich spielt in der Umsetzung der Richtlinie für Bankensanierung und Abwicklung (BRRD) eine Vorreiterrolle in Europa. So verhängte die FMA am 1.3.2015 per Mandatsbescheid einen Zahlungsaufschub von (fast) allen Verbindlichkeiten der HETA ASSET RESOLUTION AG bis 31.5.2016.

Das Ziel des verfügten Zahlungsstopps, die Landeshaftung von Kärnten nicht schlagend werden zu lassen, wurde vorerst erreicht. Die Folgen und die weiteren Schritte bleiben aber vorläufig nicht absehbar. Die FMA hat bereits über die Medien angekündigt, per Bescheid die Herabschreibung von Forderungen gegen die HETA anordnen zu wollen.

Namhafte Anwaltskanzleien bieten ihren Kunden bereits an, die Anwendbarkeit des BaSAG auf die HETA zu prüfen. Es werden folgende Punkte releviert:

- Die Anwendung des BaSAG auf die HETA wurde vom österreichischen Gesetzgeber mittels Spezialregelung ermöglicht. Nachdem es sich bei der HETA jedoch um eine Nicht-Bank im

regulatorischen Sinne handelt, stellt sich die Frage nach der europarechtlichen Zulässigkeit. Diese wird derzeit von der Europäischen Kommission geprüft.

- Im BaSAG ist gemäß der Vorgabe der BRRD das „Nicht-Schlechterstellungs-Prinzip“ verankert. Dieses besagt, dass ein Gläubiger durch die Abwicklung nach BaSAG gegenüber einer Abwicklung nach Insolvenzordnung nicht schlechter gestellt werden darf. Da jedoch die Ausfallbürgschaft des Landes Kärnten nur im Insolvenzfall schlagend wird, könnten Gläubiger theoretisch im Abwicklungsverfahren gegenüber einem Insolvenzverfahren benachteiligt werden.

Das werden u.a. Ansatzpunkte für Rechtsmittel gegen den Moratoriums-Bescheid sein.

1.7. EMIR - European Market Infrastructure Regulation

Vor dem Hintergrund der Lehmann-Insolvenz im September 2008 verabschiedeten die Europäische Kommission und der Europäische Rat die EMIR-Verordnung (European Market Infrastructure Regulation), die mit 16. August 2012 in Kraft getreten ist. Das Ziel von EMIR ist es, Märkte für derivative Finanzinstrumente genauer zu überwachen.

Der Anwendungsbereich der EMIR ist sehr breit und umfasst sowohl Finanzinstitute als auch die Realwirtschaft. So unterliegen alle seit dem 16. August 2012 zwischen Banken oder Industrieunternehmen abgeschlossenen Derivate der EMIR. Dies unabhängig davon, ob sie aus Absicherungs- oder aus Spekulationsgründen, intern oder extern, börslich oder außerbörslich gehandelt wurden.

Drei Säulen bestimmen den Kern von EMIR:

1. Clearingpflicht für OTC-Derivate: Außerbörslich abgeschlossene Transaktionen müssen über einen zentralen Kontrahenten (central clearing counterparty – CCP) abgewickelt werden;
2. Einhaltung von Risikominderungsstechniken für nicht geclearte OTC-Derivategeschäfte;
3. Transaktionsregistermeldungen: Meldung aller Derivategeschäfte (OTC & ETD) an ein unabhängiges Transaktionsregister (verpflichtend ab Februar 2014) für Rohstoff-, Aktien-, Kredit-, Zins- und Devisenderivate.

Aufgrund widersprüchlicher Vorgaben der einzelnen Transaktionsregister weist die Datenqualität noch erhebliches Verbesserungspotential auf, was sich in den Portfolioabgleichen widerspiegelt. Die ESMA hat daher die „level 1 validation rules“ aufgestellt, um die Transaktionsregister zu einer homogenen Datenerfassung anzuhalten.

Des Weiteren wurde von ESMA auch auf Bankenebene ein Review durchgeführt, dessen Ergebnisse im Spätsommer 2015 der EU-Kommission präsentiert werden sollen. Die EMIR soll dazu ebenfalls angepasst werden.

1.8. MiFID II / MIFIR - Markets in Financial Instruments Directive / Verordnung

Mitte Juni 2014 wurde die Änderungsrichtlinie über Märkte für Finanzinstrumente sowie eine einschlägige Verordnung (MIFIR) veröffentlicht. Die Richtlinie ist bis spätestens Juli 2016 in nationales Recht umzusetzen. Beide Rechtsakte müssen ab 3. Jänner 2017 in den Mitgliedstaaten angewendet werden.

MiFID II und MIFIR sollen ein einheitliches aufsichtsrechtliches System zur Erbringung von Wertpapierdienstleistungen sicherstellen und verfolgen vor allem zwei Ziele: (1) die Erhöhung der Handelstransparenz sowie (2) die Verschärfung des Anlegerschutzes.

Neuerungen ergeben sich insbesondere für die Anlageberatung, die Zulässigkeit von Provisionen, bei der Dokumentation und Aufzeichnung von Beratungsgesprächen (Telefonaufzeichnung), durch die Erweiterung von Offenlegungspflichten sowie emittenten- und vertriebsbezogene Anforderungen an die Produktentwicklung und -vermarktung („Product Governance“).

In der MiFIR finden sich in erster Linie neue Regelungen über Veröffentlichung von Handelsdaten (Erweiterungen, insbesondere für Schuldverschreibungen), die Ausweitung des Regimes für systematische Internalisierer, eine neue Kategorie eines Handelsplatzes für non-equity Papiere (OTF) und weitreichende aufsichtsrechtliche Kompetenzen zur Marktüberwachung und Produktintervention.

Der Kunde ist zukünftig darüber zu informieren, ob das Kreditinstitut eine unabhängige oder abhängige Beratung anbietet. Eine Beratung darf in Zukunft nur dann als unabhängig bezeichnet werden, wenn eine ausreichend breite Palette an Produkten unterschiedlicher Produkthanbieter bewertet wurde, bevor eine persönliche Empfehlung abgegeben wird. Der Berater darf sich nicht auf Finanzinstrumente beschränken, die von Einrichtungen emittiert oder angeboten wurden, die in enger Verbindung zum Institut stehen. Für die unabhängige Beratung und das Portfoliomanagement besteht (mit wenigen Ausnahmen) ein Verbot, Zuwendungen von Dritten für die WP-Dienstleistung zu behalten. Alle Gebühren, Provisionen oder andere monetäre Vorteile sind dem Kunden ohne Verzug zu erstatten.

Bei nicht-unabhängiger Beratung ist der Erhalt qualitätsverbessernder Zuwendungen grundsätzlich erlaubt, sofern Anleger darüber regelmäßig informiert werden.

Umfangreiche neue Pflichten sind im Zusammenhang mit der Produkteinführung und –beobachtung geplant um sicherzustellen, dass die richtigen Produkte zum richtigen Kunden gelangen (Vermeidung von mis-selling). Emittenten müssen Produktgenehmigungsprozesse einrichten, für jedes Produkt Zielmarkt und Zielkundschaft definieren und Stresstests sowie Kostenstrukturanalysen erstellen und den Kunden gegenüber transparent machen. Auch der Vertrieber des Produkts hat vergleichbare Verfahren und Prüfungen für die Produktauswahl und den dafür geeigneten Zielmarkt durchzuführen (Know your Product-Prinzip; Vertriebsstrategie) und sämtliche dafür notwendigen Unterlagen beim Emittenten zu beschaffen. Die diesbezügliche Zusammenarbeit zwischen Produkthersteller und –vertrieber wird in der Praxis eine große Herausforderung für die Marktteilnehmer darstellen.

Der Umfang und Detaillierungsgrad der geplanten Level II Regulierungsstandards von ESMA erschweren den Marktteilnehmern die Umsetzung der neuen Bestimmungen. Mit einem vollständigen Set der Level II Unterlagen ist erst Anfang 2016 zu rechnen, wovon insbesondere die IT-Implementierung betroffen ist. Kritisch zu sehen sind Versuche, auf Ebene der Ausführungsstandards Verschärfungen vorzusehen, die in den Level I Papieren nicht in dieser Form vorgesehen sind. Dies betrifft vor allem Regelungen für die Provisionsberatung, die vor allem in Kontinentaleuropa große Bedeutung hat.

1.9. Marktmissbrauch (MAD II/MAR)

Die ebenfalls im Juni 2014 beschlossene Verordnung und Richtlinie sollen das seit 2005 bestehende Marktmissbrauchsregime modernisieren. Durch die Verordnung wird die Überwachung hinsichtlich Insiderrecht, Ad-hoc-Publizität, das Verbot der Marktmanipulation und die Veröffentlichung von Eigengeschäften der Führungskräfte (Directors' Dealings) in der EU vereinheitlicht. Eine Umsetzung in nationales Recht ist daher nur in Bezug auf die in der Richtlinie geregelten Straftaten und strafrechtlichen Sanktionen für Marktmissbrauch erforderlich.

Die Definition von Marktmanipulation und Insiderhandel werden präzisiert und erweitert. Zukünftig sind auch die Anstiftung und der Versuch strafbar. Die Offenlegung von Insiderinformationen und Directors' Dealings erfährt eine Verschärfung. Insiderinformationen müssen in ein amtlich eingerichtetes Informationssystem eingestellt werden. Die Ad-hoc Publizität trifft einen größeren Kreis von Emittenten (MTF oder OTF). Dies gilt auch für die Verpflichtung zur Führung von Insiderlisten und die Offenlegung von Directors' Dealings. Eine Mitteilungspflicht trifft Führungskräfte bei Eigengeschäften, u.a. auch bei Schuldtiteln. Erhöhte Überwachungs- und Kontrollanforderungen bei Mitarbeitern und im Kundengeschäft sind erforderlich, um die Strafbarkeit des Unternehmens aufgrund eines Organisationsverschuldens zu vermeiden.

Die Mindestvorgaben für Bußgelder von natürlichen und juristischen Personen wurden ebenso wie in der MIFID drastisch angehoben. Die Änderungen sind ab 3. Juli 2016 wirksam bzw. müssen bis dahin umgesetzt werden.

1.10. Zinsen - Schweizer Franken Kredite

Seit der CHF-Libor infolge der Aufgabe des Euro-Franken-Mindestkurses durch die Schweizer Nationalbank deutlich negativ geworden ist, wird in den Medien und insbesondere seitens des Verbraucherschutzes darüber spekuliert, ob Kreditnehmer bei Fremdwährungskrediten sogar Anspruch auf Auszahlung von Zinsen haben könnten.

Diese Überlegungen sind aus mehreren Gründen verfehlt. Kredite stellen schon von Gesetzes wegen entgeltliche Rechtsgeschäfte dar. Gemäß § 988 ABGB sind Zinsen das Entgelt für die Kreditgewährung, welches der Kreditnehmer an die Bank zu zahlen hat. Ein Zinsanspruch gegenüber dem Kreditgeber ist daher schon aufgrund des Vertragstyps ausgeschlossen. Da die Refinanzierung insbesondere auch aus dem Einlagengeschäft herrührt, ist zu beachten, dass laut OGH Spareinlagen aufgrund ihres Veranlagungscharakters und ihrer Vermögensbildungsfunktion einen Mindestzinssatz aufweisen müssen. Daher sind Negativzinsen auf Spareinlagen unzulässig. Negative Einlagezinsen, die die Europäische Zentralbank (EZB) von den Kreditinstituten verlangt, werden daher auch nicht als Strafzinsen an deren Sparkunden weitergegeben. Auch unter diesem Aspekt würden Negativzinsen auf Kredite das Geschäftsmodell von Geschäftsbanken gefährden. Daraus folgt, dass Minuszinsen im Kreditgeschäft nicht vorstellbar sind und auch nicht der Absicht der Parteien entsprechen. Dies wird sehr anschaulich in einem Gutachten von Frau Univ. Prof. Zöchling-Jud analysiert. Sie kommt u.a. zu der weiteren Schlussfolgerung, dass bei negativer Indikatorentwicklung - im Rahmen einer ergänzenden Vertragsauslegung - der Kreditzinssatz dem vereinbarten Aufschlag entspricht. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Niedrigzinspolitik der

EZB und der Versuch der Zentralbanken die nominellen Zinsen möglichst niedrig zu halten, fragwürdige Diskussionen vor allem bei Konsumentenkrediten auslöst.

1.11. Konsortialfinanzierungen

Im letzten Jahr wurde seitens der Aufsicht in Frage gestellt, ob Konsorten Hypotheken gemäß Art. 208 CRR kreditrisikomindernd anrechnen können, wenn nur der Konsortialführer im Grundbuch eingetragen ist. Die Nichtanrechenbarkeit hätte weitreichende Auswirkungen auf die Kreditwirtschaft zur Folge gehabt. Vor allem aufgrund der eingehenden Prüfung durch Univ. Prof. Riedler „der zivil- und insolvenzrechtlichen Stellung des Kreditgebers im Konsortium“ hat die Aufsicht Ende des Jahres bestätigt, dass die anteilige Anrechnung durch alle Konsorten zulässig ist, wenn der Konsortialführer die Hypothek treuhändig hält.

1.12. Crowdfunding

Im April 2015 wurde der Gesetzesentwurf zur alternativen Finanzierung innovativer Unternehmen – Crowdfunding - sowie von Projekten im Rahmen von Bürgerbeteiligungsmodellen veröffentlicht.

Dieser ermöglicht Unternehmen nicht nur eine einfache und kostengünstige Unternehmensfinanzierung, sondern führt auch ein Mindestmaß an Transparenz- und Anlegerschutzanforderungen ein, indem Emittenten alternativer Finanzinstrumente einheitlichen Informations- und Veröffentlichungspflichten unterworfen werden. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung von Betreibern sogenannter „Crowdfunding-Plattformen“, welche auf spezialisierten Websites vermittelnd tätig werden, enthält der gegenständliche Entwurf auch Mindeststandards für diese.

Die österreichische Kreditwirtschaft unterstützt prinzipiell die im Regierungsprogramm beschriebene Verbesserung von Crowdfunding- und Bürgerbeteiligungsmodellen. In der Umsetzung muss jedoch jedenfalls darauf geachtet werden, dass ein Level-Playing-Field der Anbieter von Finanzierungen besteht. Aus diesem Grund wurden u.a. Aufweichungen der BWG-Bestimmungen in Bezug auf das Kredit- und Einlagengeschäft äußerst kritisch betrachtet.

2. STEUERRECHT / RECHNUNGSLEGUNG

2.1. Stabilitätsabgabe

Die 2010 eingeführte sog. „Bankenabgabe“ läuft entgegen den ursprünglichen Plänen der Regierung 2016 nicht aus, sondern dürfte auf unbestimmte Zeit bestehen bleiben. Durch die geänderte Bemessungsgrundlage, die sich in erster Linie an der Bilanzsumme orientiert, handelt es sich um eine ertragsunabhängige Substanzbesteuerung, die entgegen ihrer Bezeichnung für das einzelne Institut gerade nicht stabilisierend wirkt. Ein weiteres österreichisches Spezifikum ist die mangelnde Zweckbindung. Aufgrund der überproportional hohen Bankenabgabe in Österreich sind weiterhin Standort- und Wettbewerbsnachteile für österreichische Banken zu befürchten. Die politische Konstellation und die Budgetgebarung lassen die vom Hypo-Verband geforderte Anrechenbarkeit der Zahlungen auf die zu dotierenden Einlagensicherungs- bzw. Abwicklungsfonds bisher ungehört verhallen, auch wenn damit die

von den Regulatoren gewünschte und zum Teil schon bescheidmäßig auferlegte Erhöhung von Kapitalpuffern neuerlich erschwert wird.

2.2. FATCA - Foreign Account Tax Compliance Act

Um der Steuervermeidung durch US-Steuerpflichtige entgegenzuwirken, sieht der „Foreign Account Tax Compliance Act“ vor, dass ausländische (Nicht-US-)Finanzinstitute ihre in den USA steuerpflichtigen Kunden identifizieren und an die US-Steuerbehörde IRS melden. Im Februar 2015 wurde das Abkommen zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit für eine erleichterte Umsetzung von FATCA im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Seit 31. März 2015 müssen die ersten Meldeverpflichtungen gemäß FATCA-Modell II an das IRS erfüllt werden. Im Hinblick auf die Umsetzung des OECD-Standards für den Automatischen Informationsaustausch von Steuerinformation in Österreich wurde nun vereinbart, dass Österreich mit dem IRS zwecks Umstieg auf das FATCA Modell I in Verhandlungen tritt. Ziel ist es, unterschiedliche Meldestandards und asynchrone Meldevorgänge zu vermeiden und eine weitgehende Synchronisierung der Ausnahmemöglichkeiten nach dem geplanten GMS-Gesetz und gemäß FATCA-Regime zu erreichen. Die Verhandlungen mit den US-Behörden laufen bereits.

2.3. GMSG, EU-AmtshilfeG - Automatischer Informationsaustausch

Die OECD hat im Februar 2014 ein Regelwerk („Standard for Automatic Exchange of Financial Account Information“) für den automatischen Austausch von Informationen zu Finanzkonten, gefolgt von einer ausführlichen Kommentierung im Juli 2014, veröffentlicht. Am 29. Oktober 2014 wurde das Vertragswerk von Vertretern von 51 Staaten offiziell unterzeichnet. Auf europäischer Ebene wurde parallel dazu im ECOFIN-Rat am 14. Oktober und 9. Dezember 2014 eine politische Einigung zur Änderung der Amtshilfe-Richtlinie erzielt, durch die der OECD-Standard zum automatischen Informationsaustausch in das EU-Recht übernommen wird. Österreich hatte sich am 14. Oktober 2014 noch eine längere Umsetzungsfrist ausbedungen, vereinbarte am 9. Dezember 2014 im ECONFIN-Rat jedoch, dass es ebenfalls 2016, allerdings erst mit Meldestichtag 1. Oktober statt 1. Jänner 2016 - mit der Umsetzung der Richtlinie beginnen wird (d.h. einen CRS-konformen Neukundenprozess einführen wird). Es werden daher alle EU-Mitgliedsstaaten, einschließlich Österreich, bereits 2017 den ersten Informationsaustausch durchführen („early adopters“ nach OECD). Sowohl für den Informationsaustausch innerhalb der EU, als auch für den Informationsaustausch mit Drittstaaten muss Österreich auf nationaler Ebene eine rechtliche Grundlage für die betroffenen Finanzinstitute schaffen. Das diesbezüglich geplante Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Umsetzung des gemeinsamen Meldestandards für den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten (GMSG) erlassen und das EU-Amtshilfegesetz und das Amtshilfe-Durchführungsgesetz geändert werden, wird erwartungsgemäß im Mai 2015 in Begutachtung gehen.

2.4. Finanztransaktionssteuer (FTT)

11 EU-Mitgliedstaaten (Österreich, Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Estland, Griechenland, Italien, Portugal, Slowakei, Slowenien) erklärten im Mai 2014 die geplante Einführung einer Finanztransaktionssteuer bis Anfang 2016. Das Vorhaben umfasst eine Besteuerung aller börslichen und außerbörslichen Handelsgeschäfte.

Im Jänner 2015 gibt es den vom österreichischen und französischen Finanzminister getragenen Vorschlag, die neue Steuer auf eine möglichst breite Bemessungsgrundlage zu stellen, womit Umgehungen verhindert werden sollen. Im ECOFIN im Mai 2015 werden österreichische Modellvorschläge zur FTT diskutiert. Über die endgültige Weiterführung der FTT entscheidet dann der ECOFIN Ende Juni/Anfang Juli 2015, wo ein Richtlinienentwurf diskutiert werden wird.

Der Verband spricht sich unverändert gegen die Einführung der FTT innerhalb eines kleinen Kreises von derzeit nur 11 EU-Staaten aus. Eine nicht weltweite, flächendeckende Einführung führt zu Wettbewerbsnachteilen und schadet dem ohnehin schon schwachen Wiener Finanzplatz. Eine zusätzliche Belastung österreichischer Banken, neben höheren Eigenmittelvorgaben von Basel III, der Dotierung von Fonds für Abwicklung und Einlagensicherung, der Stabilitätsabgabe und den gestiegenen Kosten für die Bankaufsicht wird nicht unterstützt.

2.5. OePR (Österreichische Prüfstelle für Rechnungslegung)

Die Österreichische Prüfstelle für Rechnungslegung hat mit 14. April 2014 ihre Prüftätigkeit aufgenommen. Auf dem Prüfplan stehen jährlich 32 Unternehmen, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Zusätzlich wurde 2014 noch eine anlassbezogene Prüfung auf den Prüfplan gesetzt.

Aus operativer Sicht setzt sich die OePR aus 2 Vorständen und 5 Prüfern zusammen. Jede Prüfung wird im Rahmen eines Prüfungssenats, der mit jeweils 4 Prüfern besetzt ist, durchgeführt.

Eine Prüfung dauert im Regelfall 6 Monate und hat folgenden Ablauf: Im Jahresturnus werden die zu prüfenden Unternehmen festgelegt, im Normalfall nach Zufallsprinzip, auch anlassbezogene Prüfungen sind möglich. Die Prüfkandidaten werden angeschrieben und aufgefordert, der Prüfung zuzustimmen - die OePR ist ein Verein und keine Behörde, deshalb hat sie kein Weisungsrecht. Willigt ein Unternehmen in die freiwillige Prüfung durch die OePR nicht ein, so erstattet diese der FMA davon Bericht. Dieser Fall hat sich bis jetzt noch nicht ereignet.

Das eigentliche Prüfungsverfahren besteht im Regelfall aus drei Fragerunden, die sich sukzessive vom Allgemeinen ins Spezifische verdichten (Trichter). Im Abschluss verfasst die OePR einen Prüfbericht. Sollte die OePR bei ihrer Prüfung Fehler feststellen, so ist als Sanktionsmaßnahme vorgesehen, diese - wie auch in Deutschland - zu veröffentlichen. Vorbehaltlich der Zustimmung des geprüften Unternehmens leitet die OePR ihre Fehlerfeststellungen mit Begründung an die FMA weiter. Die Fehlerfeststellungen betreffen zumeist Bewertungsfragen, Impairment, und komplexe Transaktionen. Laut dem Leiter der Prüfstelle, Dr. Jettmar, hat die OePR Fehlerfeststellungen im einstelligen Bereich an die FMA weitergegeben. Bisher habe kein Grund bestanden, aufgetretene Fehler zu veröffentlichen.

Die FMA hat indessen mit der Nach-Überprüfung der von der OePR bereits geprüften Unternehmen begonnen. Begründet wurde dieser Schritt mit der mangelnden Bereitschaft der OePR, der FMA die Prüfberichte in ihrer Gesamtheit - die FMA erhält einen Ergebnisbericht - zur Verfügung zu stellen. Die unterschiedliche Rechtsauffassung von OePR und FMA zum RL-KG ist Gegenstand eines anhängigen Verfahrens beim Bundesverwaltungsgericht, welches 2015 erstinstanzlich entschieden werden soll.

2.6. UDRB / SMR

Per 1.4. 2015 wurden die bisherigen Sekundärmarktrenditen in die „Umlaufgewichtete Durchschnittsrendite der Bundesanleihen (UDRB)“ übergeleitet. Der Hypo-Verband war in den Gesprächen zwischen Bundessparte, BMF und OeNB eingebunden. Entgegen der ursprünglichen Intention sah die OeNB vom ursprünglich angedachten negativen Korrekturwert ab. Damit wurde ein potentieller Ertragsentgang/Verlust in dreistelliger Millionenhöhe von der österreichischen Kreditwirtschaft abgewendet.

3. KOLLEKTIVVERTRAG UND PERSONALTHEMEN

3.1. KV-Valorisierung 2015

Am 10. März 2015 wurden die Kollektivvertragsverhandlungen – in Anbetracht der gegenwärtig schwierigen Lage der Finanzwirtschaft in ungewohnt kurzer Zeit und ohne taktische Manöver aller Verhandlungspartner - zu einem vertretbaren Abschluss gebracht. Die für den HYPO-Sektor relevanten Ergebnisse:

- Erhöhung der kollektivvertraglichen Schemagehälter ab 1. April 2015 um 1,6% plus EUR 5,00
- Anhebung der über den in den jeweiligen Kollektivverträgen bestehenden höchsten Schemaansatz betraglich hinausgehenden kollektivvertraglich und überkollektivvertraglich bestehenden, valorisierbaren Bezugsbestandteile um 0,4%, wobei Überstundenpauschale und Kinderzulagen außer Ansatz bleiben (Ordnungsnorm);
- Führt eine vereinbarte Valorisierungsklausel für Bezüge über dem höchsten Schemaansatz zu einer Anhebung in geringerem Ausmaß, ist diese in Ansatz zu bringen;
- Erhöhung von Pensionen aus direkten Leistungsansprüchen mit der Maßgabe, dass jene Pensionsteile, die über den jeweiligen höchsten kollektivvertraglichen Schemabezügen (2014), multipliziert mit dem zur Anwendung kommenden Steigerungsprozentsatz liegen, mit 0,4% anzuheben sind, sofern diese valorisierbar gestaltet sind;
- Prozentmäßige Zulagen werden wie bereits 2012, 2013 und 2014 behandelt. Die OeNB-Zulage ist hausintern abzuklären;
- lineare Erhöhung der Lehrlingsentschädigungen ab 1. April 2015 um 1,75%;
- Erhöhung der kollektivvertraglichen Kinderzulagen um 1,75%;
- Geltungsbeginn: 1. April 2015; Geltungsdauer: 12 Monate
- Aufnahme von Gesprächen auf Sozialpartnerebene zur Evaluierung der aktuellen strukturellen Veränderungen und möglichen Auswirkungen auf die Finance-Branche und deren Beschäftigte mit dem Ziel des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit und gleichzeitig der Positionierung als sichere und attraktive Arbeitgeber;
- Aufnahme von ergebnisoffenen Gesprächen über einen Kollektivvertrag für banknahe Dienstleistungen bis 30. Juni 2015.

In der Kleingruppe KV-Umsetzung 2015 wurden am 10. April 2015 zudem folgende Ergebnisse erzielt:

Von der Arbeitgeberseite wurde für das Jahr 2015 zugestanden, dass

- der Valorisierungssatz von 1,6% bis zum jeweils höchsten Ansatz des KV-Schemas Alt und des KV-Schemas Neu anzuwenden ist.
- der zusätzliche Fixbetrag von monatlich EUR 5,-- auf Jahresbasis im KV-Schema Neu EUR 70,-- p.a. und im KV-Schema Alt EUR 75,-- p.a. beträgt.

Festgehalten wurde, dass keine einheitliche Meinung bezüglich eines einheitlichen Schwellenwertes für 2015 hergestellt werden konnte. Die Arbeitgeberseite ging von einem absoluten Betrag auf Höhe G9 (14x) aus, der auch für das KV-Schema Alt anzuwenden wäre.

Die Arbeitnehmerseite berief sich auf § 37 Abs. 2 KV, in dem das KV-Schema Alt als im KV definiertes KV-Schema parallel zum KV-Schema Neu (sh. § 37 Abs.1 KV) angeführt ist.

Die Arbeitnehmerseite stellte klar, dass sich § 37 Abs. 3 KV ausschließlich auf überkollektivvertragliche Entgelte, die bereits vor dem 01.01.2011 ausbezahlt wurden, bezieht.

Die Arbeitgeberseite nahm zur Kenntnis, dass aus § 41 Abs. 3 KV gleichartige Valorisierungen in beiden KV-Schemata erkennbar sind. Weiters wurde § 41 Abs. 5 KV zur Kenntnis genommen, der von einer befristeten Besserstellung jener ausgeht, die dem KV-Schema Alt unterliegen.

Die Arbeitgeberseite hat zum Ausdruck gebracht, dass sie bei künftigen KV-Verhandlungen darauf dringen wird, Schwellenwerte in absoluten Beträgen mit ausdrücklichem KV-Schema-Bezug festzulegen.

4. ZAHLUNGSVERKEHR

4.1. SEPA – Standard im Zahlungsverkehr

Im letzten Quartal 2013 verfestigte sich auf europäischer Ebene der Eindruck, dass einige Länder die vollständige Migration auf den SEPA-Zahlungsverkehr bis zum ursprünglich in Aussicht genommenen 1. Februar 2014 nicht schaffen werden. Der europäische Gesetzgeber hat sich daher kurzfristig entschlossen, mit einer Verordnung, welche am 26.2.2014 rückwirkend per 1.2.2014 in Kraft getreten ist, für die Fertigstellung der Migration eine Nachfrist bis zum 1. August 2014 zu gewähren. Damit war der zeitliche Rahmen endgültig fixiert und seit August 2014 werden – abgesehen von einigen wenigen Nischenprodukten – alle Überweisungen und Lastschriften nach den SEPA-Verfahren durchgeführt.

4.2. Vorschläge zur Regulierung des Zahlungskontos / des Zahlungsverkehrs

Im Jahr 2013 hat die EU-Kommission drei Vorschläge unterbreitet, um Zahlungskonten und Zahlungsverkehr weiter zu regulieren. Im Jahre 2014 wurde verhandelt über:

- EU-Richtlinie zu Basiskonto, Kontowechsel und Gebührentransparenz
- EU-Verordnung zur weiteren Reduktion der Zwischenbankgebühren im Kartenzahlungsverkehr sowie
- EU-Richtlinie zur Novellierung der Zahlungsdienste-Richtlinie

Die EU-Richtlinie zu Zahlungskontenentgelten, Wechsel von Zahlungskonten und Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen wurde am 23. Juli 2014 veröffentlicht und ist innerhalb von 2 Jahren in der nationalen Gesetzgebung umzusetzen. Es wird erwartet, dass die Regelungen der beiden letztgenannten Materien noch im ersten Halbjahr 2015 in Kraft treten werden.

Mit der neuen Zahlungsdienste-Richtlinie (PSD 2) werden auch nicht kontoführende Zahlungsdienstleister (third party payment provider) in den Geltungsbereich dieser Richtlinie aufgenommen. Fragen zu Sicherheit, Datenschutz und Haftung gegenüber Kunden waren bis zuletzt allerdings noch Gegenstand intensiver Verhandlungen.

4.3. Rolle der EZB/EBA im Zahlungsverkehr

Mit der European Banking Authority (EBA) ist ein neuer „Player“ bei der Weiterentwicklung des europäischen Zahlungsverkehrs dazugekommen. Die EBA wird sich dabei vornehmlich Fragen der Sicherheit sowie technischen Normierungen annehmen. So hat sie am 19. Dezember 2014 die „Final Guidelines on the security of internet payments“ publiziert, die bis 1. August 2015 umgesetzt werden müssen.

Die Europäische Zentralbank (EZB) wird auch weiterhin eine zentrale Rolle bei der Steuerung der Entwicklungen um den europäischen Zahlungsverkehr spielen. Sie wird sich durch ein entsprechendes Monitoring einen genauen Überblick über Mengen und Qualität der einzelnen Produkte verschaffen. Durch den Vorsitz in diversen Gremien (z.B. im Euro Retail Payments Board) wird sie aber auch die Schaffung und den Einsatz von neuen Produkten beeinflussen können.

4.4. EPS Online-Überweisung (electronic payment standard)

Die von den österreichischen Banken bereits vor mehreren Jahren geschaffene eps Online-Überweisung setzt auf dem jeweiligen Online-Banking-System der Bank des Internet-Einkäufers auf und ermöglicht eine einfache und sichere Abwicklung der Zahlungsverpflichtung.

Bisher waren die eps-Online-Überweisung und deren Pendant aus Deutschland – giropay – jedoch rein nationale Online-Überweisungsverfahren. Nach mehrjährigen Verhandlungen mit giropay, mit dem Ziel, in Europa auch grenzüberschreitendes Bezahlen per Online-Überweisung unter Einhaltung der anerkannt hohen Sicherheitsstandards des Online-Bankings zu ermöglichen, haben Ende 2014 alle Sektoren (auch der Hypo-Sektor) die erforderlichen Verträge unterfertigt. Österreichische Händler können nun ohne technischen Zusatzaufwand ein größeres Kundenpotenzial im europäischen Ausland erschließen und leisten damit den immer größer werdenden anderen elektronischen ONLINE BEZAHL-Verfahren, wie zB PayPal Widerstand am Markt. Bislang wurde das eps-System von den österreichischen Banken vernachlässigt. Weder in der direkten Ansprache von eigenen Firmenkunden noch in der Werbung wurde eps von den Banken, die im Grunde Eigentümer von eps sind, ausreichend Beachtung geschenkt, obwohl auf diese Weise sensible Kundendaten, wie zB. Einkaufsverhalten verwertet werden könnten. Internetunternehmen machen seit längerem mit diesen Informationen, die sie über die eigenen BEZAHL-Systeme erlangen, lukrative Geschäfte. Dem soll nun durch bankenübergreifende Info- und Werbemaßnahmen bei eigenen Firmenkunden abgeholfen werden.

Für Online-Shopper aus Österreich ändert sich nichts. Die eps-Online-Überweisung erfolgt weiterhin im sicheren und vertrauten Online-Banking des Kreditinstitutes des Käufers. Diese Interoperabilität ist bewusst offen gehalten, sodass sich weitere europäische Online-Überweisungsverfahren über die Integration der definierten Schnittstelle hieran beteiligen können.

Die Anzahl der eps-Transaktionen stieg 2014 um ca. 18 %. Das Volumen der Zahlungen wuchs um ca. 19 %. Die eps-Überweisung ist damit in Österreich zu einem stabilen Bezahlverfahren geworden, das vor allem auch von der Öffentlichen Hand angeboten wird.

4.5. Bargeld in Österreich / NFC-Funktion

Die volkswirtschaftlichen Kosten des Bargelds betragen (2013) mit 1,2 Mrd. Euro rund 0,36 Prozent des BIP, während sich die Kosten für den bargeldlosen Zahlungsverkehr via Bankomatkartensystem mit 150 Mio. Euro auf 0,046 Prozent des BIP belaufen.

Der Umstand, dass Barzahlungen u.a. personal- und sachkostenintensiv sind, führt im Vergleich zu anderen Ländern zu dieser deutlich höheren volkswirtschaftlichen Belastung, welche auch durch private Haushalte getragen wird.

Diese Belastung kann durch Aufklärung, Information, Förderung des kontaktlosen Bezahls (NFC), Entwicklung einfach handhabbarer Apps zur besseren Gewinnung der finanziellen Übersicht, etc. künftig deutlich verringert werden.

Der NFC-Technologie könnte diesbezüglich eine Schlüsselrolle zukommen, zumal Zahlungstransaktionen dadurch noch schneller und billiger werden. Diese neue Zahlungstechnologie ermöglicht es, ohne Stecken der Karte zu bezahlen.

NFC ist derzeit für das Begleichen von Kleinbeträgen von bis zu 25 Euro konzipiert. Das Bezahlen funktioniert, abgesehen von periodischen Systemanforderungen, grundsätzlich ohne PIN oder Unterschrift, die Bankomatkarte muss lediglich an den speziell gekennzeichneten Kartenleser (Terminals im In- und Ausland) gehalten werden. Bei Zahlungen über 25,- Euro muss zusätzlich der PIN am Zahlungsterminal eingetippt werden.

Erfunden wurde die Technologie vor knapp 15 Jahren in Österreich und ist bereits länger als 10 Jahre in mehr als 50 Ländern im Einsatz. Erfahrungswerte in diesen Ländern zeigen, dass kein erhöhtes Sicherheitsrisiko besteht. Seit Einführung der Kontaktlos-Bezahltechnologie in Österreich wurden bereits mehr als 5,8 Mio. Bankomatkarten mit Kontaktlosfunktion ausgegeben, mit denen mehr als 18,5 Mio. Kontaktlos-Zahlungen abgewickelt wurden. Bis dato ist kein einziger Schadensfall bestätigt worden.

4.6. Interbankentgelte - Regulierung durch MIF-VO

Der Europäische Rat hat am 20. April 2015 eine Verordnung (MIF-VO) zur Deckelung von Interbankentgelten (MIF-VO) erlassen. Die bis dato nicht einheitlich geregelten Interbankentgelte bei Zahlungen mit Debitkarten sollen künftig nicht mehr als 0,2 Prozent des Transaktionsbetrages beziehungsweise maximal 5 Eurocent betragen. Die Deckelung von 5 Eurocent ist als Option der nationalen Gesetzgeber für nationale Transaktionen ausgestaltet, sodass unter bestimmten Voraussetzungen die Obergrenze künftig entweder 0,2 Prozent des Transaktionsbetrages oder 5 Eurocent betragen kann.

Bei Zahlungen mit Kreditkarten sollen die Entgelte bei 0,3 Prozent des Transaktionsbetrages gedeckelt werden. Diese Obergrenzen sollen einheitlich für inländische und grenzüberschreitende Transaktionen gelten.

Trotz massiver Vorbehalte u.a. des VÖB (Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands) sowie der WKÖ gegenüber Vizepräsident MEP Karas konnte keine Mehrheit gegen diese Verordnung erreicht werden.

4.7. AustroFX

Österreichische Kreditinstitute bieten Zahlungskarten an, welche auch international (Bargeldbehebung/ bargeldloses Bezahlen) verwendet werden. Bei Transaktionen in anderen Währungen als Euro ist für die kundenseitige Abrechnung eine Umrechnung erforderlich, bevor das Konto belastet wird. In der Vergangenheit haben Banken diesbezüglich zumeist auf selbst bestimmte (bzw. von Europay/Vorgänger PayLife gebildete) Devisenkurse zurückgegriffen. Nach einer im Jahr 2014 ergangenen Entscheidung des OLG Wien („Diners Club Urteil“) müssen Banken künftig einen (anderen) Wechselkurs finden, dessen Festlegung von ihrem Willen und Einfluss unabhängig und für die Verbraucher transparent ist.

Lösungsansatz ist, dass österreichische Banken täglich Kurse in die Plattform „AustroFX“ einliefern. Nach Kursermittlung (soll ab 1.9.2015 starten) wird dieser transparent auf einer Website publiziert. Für die Entgegennahme der Kursmeldungen, die Qualitätssicherung und die Ermittlung des veröffentlichten Kurses soll ein (von den Banken unabhängiger) „Calculation Agent“ zuständig sein.

5. SONSTIGE THEMEN UND VERBANDSAUSSCHÜSSE

5.1. Pfandbrief & Covered Bond Forum Austria / Novellierung Pfandbriefgesetz

Das Pfandbrief- und Covered Bond Forum Austria ist eine lose Arbeitsgemeinschaft aller österreichischen Bankensektoren, die die Vereinheitlichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Pfandbriefemissionen österreichischer Emittenten anstrebt. Daneben wird das Ziel verfolgt, österreichische Pfandbriefe bei internationalen Investoren bekanntzumachen und damit den Absatz zu fördern.

Seit 2011 versucht das Forum ein neues Pfandbriefgesetz zu initiieren, welches die bestehenden Materiengesetze, wie Pfandbriefgesetz, Hypothekendarstellungsgesetz und Fundiertes Bankschuldverschreibungsgesetz samt Nebengesetzen und Verordnungen auf einer neuen einheitlichen Rechtsgrundlage zusammenfassen soll, um den Erklärungsbedarf gegenüber Investoren entscheidend zu reduzieren. Investoren ist nur sehr schwer verständlich zu machen, dass in Österreich emittierte gedeckte Emissionen auf unterschiedlichen rechtlichen Grundlagen basieren, was letztlich den Absatz zumindest erschwert, wiewohl die Nachfrage institutioneller Marktteilnehmer nach „sicheren“ Veranlagungsmöglichkeiten sehr groß ist.

Kernpunkte der Überlegungen ist die Verbesserung der Transparenzbestimmungen, die Sicherstellung der Insolvenzfähigkeit der Deckungswerte sowie die Berücksichtigung der bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben

für das Risikomanagement. Der Pfandbrief als „Qualitäts-Marke“ soll unverzichtbarer Bestandteil zur Erfüllung der neuen CRR-Liquiditätsbestimmungen sein.

Aufgrund begrenzter legislatischer Ressourcen im BMF und der vorrangigen Schaffung anderer nationaler Umsetzungsgesetze iZm mit der EU-Bankenunion ist bis heute noch kein offizieller Begutachtungsentwurf für ein neues PfandbriefG vorhanden. Es besteht jedoch die Hoffnung, dass das Vorhaben, ein neues Pfandbriefgesetz zu schaffen, doch noch 2015 in Angriff genommen wird.

5.2. Verbandsausschüsse

Die Ausschüsse des Verbandes geben den Experten der Hypos die Gelegenheit, sich sowohl zu einem Erfahrungsaustausch zu treffen, als auch neue Inputs durch Fachvorträge von Spezialisten und anderen Sektoren sowie der Aufsicht zu erhalten. Zudem werden nach Bedarf auch gemeinsame Dokumente, wie Leitfäden oder Handbücher erstellt. Kleinarbeitsgruppen werden für die Aufbereitung von fachlichen Details zur Abrundung herangezogen.

Im Berichtsjahr gab es vor allem folgende Tagungen und Ausschusssitzungen:

- **Rechnungswesentagung** – Der Hypo-Verband hat gemeinsam mit der Hypo Oberösterreich Ende September 2014 die „große Buchhaltertagung“ in Bad Leonfelden organisiert und durchgeführt. Im Fokus standen u.a. sowohl die Themengebiete COREP, FINREP, IFRS-Neuerungen als auch ein Erfahrungsbericht der Enforcementstelle sowie die Stabilitätsabgabe. Die Referenten der KPMG sind insbesondere auf die operativen Umsetzungsherausforderungen eingegangen und diskutierten mit den Teilnehmern somit vor allem die künftigen Meldestichtage, Übergangsregelungen und Bestandsschutz, Beteiligungsabzüge und Minderheitenanteil, den künftigen Konsolidierungskreis sowie die Ergebnisse der Standing Committee Sitzungen.
- **Risikomanager-Runde** – Der Risikomanagement-Ausschuss im Oktober 2014 wurde mit Vorträgen über internationale Entwicklungen in der Liquiditätsregulierung mit Schwerpunkt auf LCR von Petra Bärnthaler (OeNB) und Johannes Langthaler (FMA) eröffnet.

Am Nachmittag diskutierten Georg Ogrinz (PwC) und Johannes Wolfslehner (PwC) über ihre Projekterfahrung in der Sanierungsplanung. Des Weiteren wurde noch ein Ausblick über das kommende Regime der Abwicklungsplanung gegeben. Ein Kurzüberblick seitens des Verbandes zu Abwicklung/Einlagensicherung/Stabilitätsabgabe rundete die Veranstaltung ab.

Beim Risikomanager-Ausschuss im März 2015 startete PwC mit einem interessanten Vortrag zu IFRS 9. Dieser Standard ist voraussichtlich für Geschäftsjahre ab dem 1.1.2018 verpflichtend anzuwenden. Neben ausgewählten Aspekten der Bilanzierung ging das vierköpfige Vortragsteam auch auf die neuen Anforderungen an die Berechnung des Expected Loss ein. Ein weiterer Vortrag, ebenfalls von PwC, behandelte das Thema „BCBS 239“: Grundsätze zur Aggregation von Risikodaten und Risikoberichterstattung. Zum Schluss präsentierte SKS aktuelle regulatorische Änderungen zum Thema „Operationelle Risiken“. So sollen Anforderungen an die Berechnung des operationellen Risikos

ansteigen. Der Basisindikator-Ansatz und der Standardansatz sollen in einen erweiterten Standard-Ansatz übergeführt werden.

- **Treasurer-Runde** – Die Treasurer Runde im Oktober 2014 startete mit einem internen Erfahrungsaustausch zu den Themen „Refinanzierung, Status quo Pfandbriefbank, SMR und LCR“. Gerald Brandstätter (PwC) diskutierte mit den Treasurern ein Baseler Konsultationspapier zur Neuausrichtung des Handelsbuchs „Fundamental Review of the Trading Book“. Dann präsentierte sein Kollege Alexander Lenz (PwC) Projekterfahrungen mit Asset Based Finance / Verbriefungen. Eine von der Hypo Capital Management AG neu entwickelte Kennzahl zur Bewertung von Anleihen, die „Senior Coverage Ratio“ (SCR) wurde abschließend von Andrea Otta (HCM) mit den Treasurern diskutiert.

Aufgrund der aktuellen Ereignisse lag der Schwerpunkt der Treasurer-Runde im März 2015 auf dem internen Erfahrungsaustausch der Treasurer. Neben der HETA-Thematik wurden auch andere aktuelle Themen wie Stopp Loss bei Fremdwährungskrediten und die Umstellung der SMR auf die UDRB intern diskutiert.

Darüber hinaus gab es einen regen fachlichen Austausch unserer Treasurer mit einem vierköpfigen Team der Ratingagentur Standard & Poor's. Besprochen wurden die Ratingmethodologien für Banken und Covered Bonds/Pfandbriefe.

- **Zahlungsverkehrs-Tag** – Bei den Zahlungsverkehrstagen wurde den ZV-Leitern ein umfassendes Update aus allen relevanten STUZZA-Gremien gegeben. Mit persönlicher Unterstützung von GF Heiling wurden vor allem sowohl europäische (Euro Retail Payments Board, European Payments Council) als auch österreichische Entwicklungen (Reklamationen, Finanzamtszahlungen, Nachrichtenmanagement, Scheckabwicklung, eServices), der aktuelle Stand der österreichischen SEPA-Migration, technische Neuerungen - eps-Kooperation mit giro pay - etc. besprochen.

Herr Csipkó (PayLife) präsentierte nach dem Verkauf der PayLife-Beteiligung erstmalig im Hypo-Verband die Strategie der SIX Group (Käufer der Beteiligung), die Überlegungen zu Quick, das Provisionsmodell sowie die Auswirkungen der Interchange-Senkung.

Von Seiten der PSA erfolgte durch Herrn Dr. Schamberger und Herrn Mag. Maly eine Vorstellung zu den Themengebieten „Bankomarkarte Mobil“ und „AustroFX“. Weiters wurde ein Update zu den Themengebieten „GeoControl“, „Near Field Communication (NFC)“ sowie „Debit Mobile“ gegeben.

- **Geldwäsche-Tagung / AML (anti money laundering)** – Beim AML-Tag im September 2014 trugen Prok. Walter Ritter/ AML Compliance Department der Erste Group Bank AG in Wien zum Thema "Customer Due Diligence und aktuelle Entwicklungen im AML-Bereich" und Dipl.-Kfm. Dr. Thorsten Güldner-Bervoets/ Head of Capital Markets & Financial Sanctions Compliance der RBI zum Thema "Sanktionen Russland/Ukraine - Probleme der Umsetzung in österreichischen Banken" vor. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere auch Fragen zu den Identifizierungs- und Nachforschungspflichten sowie die Kompetenzen des Geldwäschebeauftragten eingehend erörtert.

Beim AML-Tag im März 2015 hielt Dr. Max Burger-Scheidling, Geschäftsführer der Internationalen Handelskammer Austria einen Vortrag über die „Ursachen von Geldwäsche & Konsequenzen aus Nicht-Bekämpfung von Geldwäsche“, in dessen Rahmen auch verschiedene Praxis- und Abgrenzungsfragen erörtert wurden.

- **Compliance-Ausschuss** - Schwerpunkt des Compliance-Ausschusses im September 2014 war der Vortrag von RA Dr. Christian Temmel/DLA Piper über börsrechtliche Publizitätspflichten von Schuldtitel-Emittenten.

Im März 2014 hielt RA Dr. Martin Oppitz einen Vortrag über künftige Änderungen durch MIFID II und MIFIR. Weiters wurde im Kreis der Compliance Officer sondiert, welche Umsetzungsarbeiten infolge MIFID II/MIFIR von den Mitgliedsinstituten auf Verbandsebene gemeinsam erarbeitet werden können. Außerdem haben zwei Hypos im Rahmen des Erfahrungsaustausches ihre Risikoanalysen präsentiert.

- **Rechtsausschuss** – Beim Rechtsausschuss im November 2014 präsentierte MMag. Schirk/FMA die Eckpunkte des Fit&Proper-Regimes und stand für Fragen der Teilnehmer zur Verfügung. Weitere Themen, die beim Rechtsausschuss behandelt wurden, waren insbesondere laufende Verfahren betreffend Schiffsbeteiligungen/Immobilienfonds sowie ein Austausch über pfandbriefrechtliche Fragestellungen.
- **Personalleitertagung** – Die zweitägige Tagung im September 2014 fand diesmal in Linz statt. Schwerpunkt der Tagung war der Vortrag von Dr. Silvia Dirnberger-Puchner zum Thema „Burnout – Eine Gefahr für Mensch und Unternehmen?“. Weitere Schwerpunkte waren der Bericht über die Dienstrechtstreffen, die Beiratssitzung der HYPO-Bildung sowie die Präsentation des Personalkennzahlenvergleichs 2013.

5.3. Arbeitsausschuss Einlagensicherung

Der Arbeitsausschuss der österreichischen Einlagensicherungen setzt sich aus Vertretern der fünf Einlagensicherungssysteme Österreichs zusammen. Namentlich sind das die Einlagensicherung der Banken & Bankiers GmbH, die HYPO-Haftungs Gesellschaft m.b.H., die Österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen., die Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft eGen. und die Sparkassen-Haftungs AG. Zusammen sind sie für die Einlagensicherung des gesamten österreichischen Bankensektors mit gesicherten Einlagen in der Höhe von rd. EUR 210 Mrd. (vorläufige Schätzung für 2015 unter neuem Einlagensicherungsgesetz) verantwortlich.

Den Vorsitz führte im Jahre 2014 der Hypo-Verband. In dieser Funktion wurde die Sitzungsfrequenz in Ansehung der beschlossenen DGSD und der bevorstehenden Umsetzungsgesetzgebung auf insgesamt 12 koordinierte Sitzungen wesentlich erhöht. Vom Arbeitsausschuss Einlagensicherung wurden 2014 u.a. folgende Ergebnisse erarbeitet:

- Stellungnahme zur kommenden Umsetzung der Einlagensicherungs-RL ins nationale Recht

- Initiierung der technischen Umsetzung des „Single Customer View“
- Schätzung des Volumens der sicherungsfähigen Einlagen unter DGSD
- Positionspapier zur Findung einer Überlaufregelung
- Gemeinsame Website der fünf Sicherungseinrichtungen (www.wko.at/einlagensicherung) samt Pflichtenheft
- Suchmaschinenoptimierung der gemeinsamen Website, Pilotprojekt gemeinsam mit WKÖ

In diesem Jahr (Stand Mai 2015) führt der Bankenverband den Vorsitz im Arbeitsausschuss der österreichischen Einlagensicherungen. Der Arbeitsausschuss versteht sich als fachliches Expertengremium an der Schnittstelle von Entscheidungsträgern einerseits und technischen Umsetzungsverantwortlichen andererseits.

Auf der Agenda des Arbeitsausschusses Einlagensicherung stehen vor allem technische Fragestellungen, wie z.B. die Überarbeitung des Pflichtenhefts zum sog. „Single Customer View“ (Berechnung der gesicherten Einlagen pro Kunde) und die Anpassung der gemeinsamen Website des Systems der österreichischen Einlagensicherung an die Bestimmungen des neuen ESAEG (Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz).

5.4. EMIR-Forum

Im Rahmen des von der WKÖ und FMA organisierten EMIR-Forums haben Vertreter der Banken die Möglichkeit eines fachlichen Austausches mit der Aufsicht. Die Treffen finden in regelmäßigen Abständen bei der FMA statt. Es gibt die Möglichkeit im Vorfeld Fragen einzumelden, die dann während der Veranstaltung beantwortet werden. Von Seiten des Hypo-Sektors übernimmt der Hypo-Verband die Koordination. Darüber hinaus organisiert der Verband flankierend zur Veranstaltung bei der FMA stets einen hypo-internen Erfahrungsaustausch der Experten im Vorfeld bzw. Nachgang.

5.5. Ombudsmann

Die Anfragen an den Ombudsmann des Hypo-Verbandes waren im letzten Jahr überschaubar. Dies erklärt sich möglicherweise durch die mittlerweile stolze Zahl von vier Ombudsstellen für Bankkunden. So können Anfragen neben der Ombudsstelle des Hypo-Verbandes auch an die Ombudsstelle der jeweiligen Hypo, an die Schlichtungsstelle der WKÖ und an die beim BMSAK/VKI angeschlossene Verbraucherschlichtung gestellt werden. Die beiden letztgenannten Einrichtungen sind als unabhängige Servicestellen zu sehen, deren Schlichtungen – vorausgesetzt die betroffenen Parteien unterwerfen sich vorab – verbindlichen Charakter entfalten können. Im Gegensatz dazu ist der Ombudsmann des Hypo-Verbandes mehr als Informationsstelle für die Kunden und als Mediator zu sehen.

Im Zusammenhang mit der nicht immer ausgewogenen Berichterstattung zum Thema „Hypo Alpe Adria“ (Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) kam es zu einigen telefonischen Anfragen besorgter Anleihegläubiger, die jedoch rasch geklärt werden konnten.

II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

1. DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD

Die Entwicklung der Weltwirtschaft verlief im Jahresverlauf 2014 gedämpfter als erwartet. Dafür war nicht zuletzt die Konjunkturschwäche im Euroraum verantwortlich. Mit den USA und Großbritannien verzeichneten hingegen zwei führende Industrieländer einen robusten Aufschwung. Das Wachstum in den aufstrebenden Volkswirtschaften war weiterhin deutlich höher als in den Industrienationen, Wachstumsraten wie vor der Krise dürften aber bis 2016 nicht erreichbar sein. Erfreulich ist, dass einige Peripherieländer des Euroraums auf Basis der durchgeführten Reformen den Umschwung geschafft haben. Vor allem Spanien und Irland überraschen hier positiv. Frankreich und Italien haben hingegen mit strukturellen Problemen zu kämpfen. Die Aussichten für Deutschland haben sich seit dem Frühjahr eingetrübt. Neben dem schwächeren internationalen Umfeld zeichnet sich vor allem die anhaltende Investitionsschwäche hierfür verantwortlich.¹

Die österreichische Wirtschaft stagnierte im Jahre 2014 eher mit einem kaum wahrnehmbaren Wachstum von 0,3 %. Damit blieb die BIP-Steigerung in Österreich um rund ½ Prozentpunkt hinter jener im Euroraum zurück. Besonders schwach entwickelten sich seit zwei Jahren der private Konsum und die Investitionstätigkeit. Die Exporte haben dagegen etwas angezogen. Die Stimmungsindikatoren deuten weiterhin nicht auf einen merklichen Aufschwung hin. Im Jahr 2015 sollte die österreichische Wirtschaft um 0,8 % zulegen können. Nächstes Jahr wird die Wirtschaftsleistung mit 1,6 % wohl etwas schneller zunehmen und damit dem Potenzialwachstum entsprechen.²

1.1. Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditinstitute im Jahr 2014³

Im ersten Halbjahr 2014 fiel das konsolidierte Jahresergebnis der österreichischen Kreditinstitute (nach Steuern und Minderheitenanteilen) mit –0,59 Mrd. EUR negativ aus. Der Rückgang um 1,7 Mrd. EUR im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 erklärt sich damit, dass neben den Auswirkungen des anhaltend niedrigen Zinsumfelds vor allem hohe Aufwendungen im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf von Auslandstochterbanken der Hypo Alpe-Adria-Bank sowie hohe Wertminderungen einer Großbank negativ zu Buche schlugen.

Das Betriebsergebnis ohne Risikovorsorge sank im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 um 42,4 % auf 2,85 Mrd. EUR. Ausschlaggebend hierfür waren einerseits geringere Betriebserträge und andererseits deutlich höhere Aufwendungen aus Abschreibungen, Wertberichtigungen auf Sachanlagen, als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögensgegenstände sowie höhere sonstige betriebliche Aufwendungen.

¹ Quelle: Österreichische Nationalbank: Gesamtwirtschaftliche Prognose der OeNB für Österreich 2014 bis 2016, Dezember 2014, Seite 3f.

² Quelle: IHS: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2016, März 2015, Seite 1.

³ Quelle: Österreichische Nationalbank: Konsolidierte Ertragslage der in Österreich tätigen Banken im ersten Halbjahr 2014; Seite 8ff.

Der Anstieg bei den Wertberichtigungen insgesamt ist hauptsächlich auf eine Großbank zurückzuführen, die Firmenwerte und andere immaterielle Vermögenswerte abzuschreiben hatte. Die hohen Aufwendungen der Hypo Alpe-Adria-Bank hinsichtlich des geplanten Verkaufs ausländischer Tochterbanken finden sich in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wieder.

Haupttreiber im Detail

Im ersten Halbjahr 2014 verschlechterten sich die konsolidierten Betriebserträge im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 um 3,1 % auf 16,92 Mrd. EUR. Hauptverantwortlich hierfür waren neben einem Rückgang des Nettozinsergebnisses ein niedrigeres Provisionsergebnis sowie geringere sonstige betriebliche Erträge. Ein leicht verbesserter Handelserfolg konnte die Rückgänge nur marginal abfedern.

Vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfeldes verringerte sich das Nettozinsergebnis als wichtigste Ertragskomponente um 2,2 % auf 9,14 Mrd. EUR. Die Zinserträge gingen stärker zurück als die Zinsaufwendungen. Ebenfalls rückläufig zeigte sich das Provisionsgeschäft, das sich um 3,6 % auf 3,66 Mrd. EUR reduzierte, sowie die sonstigen betrieblichen Erträge, die um 6,7 % auf 3,28 Mrd. EUR sanken.

Der Handelserfolg stieg im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 um rund 5,8 % auf 0,85 Mrd. EUR. Bei den Abschreibungen kam es verglichen mit dem ersten Halbjahr 2013 zu einem starken Anstieg von 85,6 % auf 1,79 Mrd. EUR.

Die Verwaltungsaufwendungen, bestehend aus Personal- und Sachaufwendungen, konnten hingegen gegenüber dem ersten Halbjahr 2013 um 3,5 % auf 8,16 Mrd. EUR gesenkt werden. Durch den Rückgang der Erträge sowie den Anstieg der Aufwendungen erhöhte sich die Cost-Income-Ratio von 67,3 % auf 77,2 %.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft betrug im ersten Halbjahr 2014 2,6 Mrd. EUR, was einem Rückgang von 20 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Maßgeblichen Anteil am Rückgang hatten zwei Großbanken, die im Vorjahr hohe Vorsorgen getroffen hatten.

Eine große Abweichung gegenüber dem ersten Halbjahr 2013 zeigte sich auch bei den Ertragssteuern. Diese fielen mit einem Wert von 0,8 Mrd. EUR fast doppelt so hoch aus. Hauptverantwortlich dafür ist eine Großbank, die gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres positive Einmaleffekte aus der Auflösung von latenten Steuerverbindlichkeiten zu verzeichnen hatte.

1.2. Geschäftsentwicklung des Sektors im Jahr 2014

Aufgrund der unterschiedlichen Ergebnisentwicklung der einzelnen Institute wird auf die nachfolgende Einzeldarstellung im Kurzauszug verwiesen.

Im Hypo-Sektor ist jedoch eine ähnliche Geschäftsentwicklung wie im Gesamtbankenmarkt festzustellen. Das (erwartete) EGT verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich, das harte Kernkapital (CET1) wird auf Basis der neuen Rechtslage erstmals mit über 2.870 Mio. EUR ausgewiesen.

DIE KREDITWIRTSCHAFT IM ÜBERBLICK

	in Millionen Euro			
	2014	2013	Veränderung Vj.	in %
AKTIVA				
Forderungen an Kreditinstitute	223.028,91	246.985,18	-23.956,27	-9,70%
Forderungen an Nichtbanken	425.910,28	433.230,81	-7.320,53	-1,69%
Fremdwährungsforderungen an inländische Nichtbanken	35.485,33	39.194,31	-3.708,99	-9,46%
hievon Private Haushalte	24.703,61	27.476,06	-2.772,45	-10,09%
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	202.981,13	221.221,39	-18.240,26	-8,25%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	373.894,26	362.699,70	11.194,56	3,09%
Spareinlagen	149.004,92	151.777,63	-2.772,71	-1,83%
BILANZSUMME				
	896.424,16	927.155,02	-30.730,86	-3,31%
ERTRAGSLAGE				
Nettozinsertrag	9.316,92	8.813,91	503,01	5,71%
Betriebserträge	19.962,64	18.967,64	995,00	5,25%
Betriebsaufwendungen	13.924,63	12.835,88	1.088,75	8,48%
Betriebsergebnis	6.038,01	6.131,76	-93,75	-1,53%
Erwartetes EGT	-167,37	-461,94	294,57	-63,77%
Erwartete Steuern vom Einkommen /sonstige Steuern	1.061,65	1.094,62	-32,97	-3,01%
Erwarteter Jahresüberschuss	-6.707,34	-935,19	-5.772,15	617,22%
Cost/Income Ratio	69,75%	67,67%	2,08%	3,07%
EIGENMITTEL*)				
Eigenmittel**)	87.800,91	**)		
Hartes Kernkapital	66.558,70			

*) konsolidierte CRR-Daten gemäß CBD-Logik ab 2014 verfügbar.

***) konsolidierte Eigenmittel gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD (Daten beziehen sich auf Q4/2014)

07.05.2015

HYPO-VERBAND 2014

DER HYPO-SEKTOR IM ÜBERBLICK

	in Millionen Euro			
	2014	2013	Veränderung Vj.	in %
AKTIVA				
Forderungen an Kreditinstitute	6.293,58	10.927,12	-4.633,54	-42,40%
Forderungen an Nichtbanken	40.954,63	50.505,48	-9.550,85	-18,91%
Fremdwährungsforderungen an inländische Nichtbanken	4.087,99	4.791,42	-703,43	-14,68%
hievon Private Haushalte	2.193,74	2.459,58	-265,84	-10,81%
PASSIVA				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.674,27	10.326,02	-2.651,75	-25,68%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17.289,07	19.024,61	-1.735,54	-9,12%
Spareinlagen	5.120,09	5.280,80	-160,71	-3,04%
BILANZSUMME				
	60.021,87	80.889,15	-20.867,28	-25,80%
ERTRAGSLAGE				
Nettozinsertrag	606,15	620,31	-14,16	-2,28%
Betriebserträge	881,00	905,35	-24,35	-2,69%
Betriebsaufwendungen	518,82	715,27	-196,45	-27,47%
Betriebsergebnis	362,18	190,07	172,11	90,55%
Erwartetes EGT	221,75	-1.864,81	2.086,56	-111,89%
Erwartete Steuern vom Einkommen / sonstige Steuern	85,13	112,56	-27,43	-24,37%
Erwarteter Jahresüberschuss	113,00	-1.973,66	2.086,66	-105,73%
Cost/Income Ratio	58,89%	79,00%	-20,11%	-25,46%
EIGENMITTEL				
Anrechenbare Eigenmittel (gemäß Teil 2 der CRR)	3.643,20	3.854,33	-211,13	-5,48%

07.05.2015

2. DIE HYPOS IM EIGENPORTRÄT 2014

Auf den nächsten Seiten haben wir unseren Mitgliedsinstituten die Möglichkeit gegeben, die wesentlichen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2014 darzustellen.



2.1. HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft

Die GRAWE Bankengruppe, mit der HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft (im Folgenden kurz: Bank Burgenland) an ihrer Spitze, konnte sich im gegebenen Umfeld auch im abgelaufenen Geschäftsjahr gut behaupten. Die Ertragsituation des Unternehmens entwickelte sich dank stabiler Margen sowie einer erfreulichen Entwicklung bei den Wertberichtigungen auf Kredite sehr zufriedenstellend. Mit Verlässlichkeit, Schnelligkeit in der Entscheidungsfindung und Kundennähe gelang es, die Stellung als bedeutende regionale Universalbank mit Spezialisierung auf Immobilienfinanzierungen zu festigen. Als übergeordnetes Institut der GRAWE Bankengruppe erbringt die Bank Burgenland darüber hinaus wesentliche Leistungen für die übrigen Gesellschaften der Gruppe. In Hinblick auf die Entwicklung des Neugeschäftsvolumens und der weiteren Modernisierung der Vertriebskanäle werden die bisherigen Anstrengungen fortgesetzt.

Getrübt wird das sehr positive operative Ergebnis jedoch durch außerordentliche Sondereffekte. Zum einen handelt es sich dabei um eine bereits für den Jahresabschluss 2014 zu berücksichtigende Vorsorge im Zusammenhang mit der von der österreichischen FMA gemäß BaSAG angeordneten Stundung von Verbindlichkeiten der HETA ASSET RESOLUTION AG gegenüber den Gläubigern. Darüber hinaus wurde eine Abwertung des Beteiligungsansatzes für die Sopron Bank, die aufgrund der ungarischen Gesetzgebung im Zusammenhang mit Fremdwährungskrediten notwendig wurde, sowie ein gerichtlicher Vergleich im Verfahren "Sonderdividende/Consultants" bei den außerordentlichen Aufwendungen berücksichtigt. Trotz der daraus resultierenden wesentlichen Belastungen des Ergebnisses 2014 kann die Bank Burgenland, dank der hervorragenden Substanz der gesamten GRAWE Bankengruppe, sowohl nach UGB als auch im Konzernabschluss nach IFRS ein positives Ergebnis ausweisen.

Im Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2014 reduzierte sich die Bilanzsumme mit 4.163,8 Mio. EUR um 3,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Position Forderungen an Kreditinstitute lag mit 107,6 Mio. EUR um 95,1 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahr. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen hingegen um 130,7 Mio. EUR auf 218,7 Mio. EUR.

Der Gesamtstand der Forderungen an Kunden (nach Wertberichtigungen) betrug rd. 2.459,2 Mio. EUR (VJ 2.483,5 Mio. EUR). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme von 1,0 %.

Die Veranlagungen in Wertpapieren dienen der zunehmenden Diversifizierung und Ertragsoptimierung. Das Nostrovolumen betrug per Jahresende 2014 997,0 Mio. EUR. Gegenüber dem Vorjahreswert von 989,9 Mio. EUR ist dies eine Zunahme von 0,7 %. Im Bereich der Corporate Bonds und der Covered Bonds wurde die Diversifizierung nach regionalen Gesichtspunkten und Risikoüberlegungen weiter forciert.

Zum Jahresende betrug die Summe der Refinanzierungen über Wertpapiere (ohne Nachrangkapitalien) 1.487,1 Mio. EUR gegenüber 1.856,6 Mio. EUR im Vorjahr.

Das Volumen der Spareinlagen konnte geringfügig gesteigert werden. Der Bestand erhöhte sich um 4,9 Mio. EUR auf 529,5 Mio. EUR (VJ 524,6 Mio. EUR). Insgesamt hält der Trend aufgrund der anhaltenden Unsicherheiten auf den Kapitalmärkten im Retailbereich weiterhin zu konservativen Veranlagungsformen, wie zu Sparbüchern und zu Termineinlagen an.

Der Zinsüberschuss beträgt im Berichtsjahr 65,3 Mio. EUR (VJ 72,6 Mio. EUR) und liegt damit um 10,1 % unter dem Vorjahresniveau.

Das hervorragende Provisionsergebnis des Jahres 2013 in Höhe von 52,0 Mio. EUR konnte im Berichtsjahr 2014 mit 54,1 Mio. EUR neuerlich übertroffen werden.

Das Handelsergebnis betrug 18,3 Mio. EUR (VJ -28,6 Mio. EUR), das Ergebnis auf Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten sank auf -17,1 Mio. EUR (VJ 23,1 Mio. EUR), das Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten – available for sale wird unverändert mit -0,3 Mio. EUR gezeigt, das Ergebnis aus Beteiligungsunternehmen stieg auf 0,9 Mio. EUR (VJ -0,8 Mio. EUR) und der sonstige betriebliche Erfolg wird mit 3,3 Mio. EUR (VJ 0,7 Mio. EUR) ausgewiesen.

Der Verwaltungsaufwand liegt bei 73,3 Mio. EUR nach 72,3 Mio. EUR im Vorjahr.

Im Berichtsjahr konnte trotz der außergewöhnlichen Belastungen im Zusammenhang mit der Haftungssituation aus § 2 PfBrStG ein positives Konzernergebnis in Höhe von 0,9 Mio. EUR nach 28,0 Mio. EUR im Vorjahr erwirtschaftet werden.

Zu einzelnen finanziellen Leistungsfaktoren:

Das Kernkapital auf Konzernebene, welches zur Gänze aus hartem Kernkapital besteht, erreichte zum Jahresende 513,5 Mio. EUR (VJ 447,6 Mio. EUR). Die Tier Ratio 1 (die Relation des Kernkapitals zum Gesamtrisiko gem. CRR und gem. BWG im Vorjahr) betrug per 31.12.2014 16,8 % (VJ 14,7 %). Die Kosten-Ertrags-Relation (das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zur Summe von Zinsüberschuss, Provisions- und Handelsergebnis) verbesserte sich im abgelaufenen Jahr neuerlich von 75,2 % auf 53,2 %.

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend wurden keine Mittel für Forschung und Entwicklung aufgewendet.

EREIGNISSE NACH DEM FINANZSTICHTAG

HAFTUNG GEMÄß § 2 PFANDBRIEFSTELLE-GESETZ

Die FMA hat am 01.03.2015 als österreichische Abwicklungsbehörde gemäß „Bundesgesetz zur Abwicklung und Sanierung von Banken“ (BaSAG) per Bescheid die Abwicklung der HETA ASSET RESOLUTION AG (HETA) gemäß dem neuen europäischen Abwicklungsregime für Banken eingeleitet. Als erste Maßnahme hat sie eine bis 31.05.2016 befristete Stundung von Verbindlichkeiten der HETA gegenüber den Gläubigern gemäß BaSAG verhängt (HETA-Moratorium).

Diese Maßnahme hat auf die Bank Burgenland Auswirkungen in zweierlei Hinsicht:

Zum einen hält die Bank Burgenland von der befristeten Stundung erfasste Anleihen der HETA, die wiederum mit einer Ausfallhaftung des Landes Kärnten besichert sind, in der Eigenveranlagung. Das Volumen dieser Anleihen bewegt sich im einstelligen Millionenbetrag.

Zum anderen steht die Bank Burgenland als Mitgliedsinstitut der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken (nunmehr: „Pfandbriefbank (Österreich) AG“) mit den anderen österreichischen Hypothekenbanken sowie deren Gewährträgern, somit sämtlichen österreichischen Bundesländern mit Ausnahme Wiens, in einem gesetzlich angeordneten Haftungsverbund (§ 2 Pfandbriefstelle-Gesetz – PfBrStG). Über die Pfandbriefstelle sind per 01.03.2015 vom HETA-Moratorium erfasste Anleihen mit einem Nominale von rd. 1,2 Mrd. EUR emittiert, für die die österreichischen Hypothekenbanken sowie deren Gewährträger gemäß § 2PfBrStG haften.

Auf Grundlage der aktuell verfügbaren Informationen wurden sowohl für die von der Bank Burgenland in der Eigenveranlagung gehaltene HETA-Anleihe, als auch im Zusammenhang mit der Haftungssituation aus § 2 PfBrStG noch im Konzernabschluss 2014 der Bank Burgenland Vorsorgen in Höhe von 25,3 Mio. EUR in den Risikovorsorgen und im Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten – available for sale berücksichtigt.

Bei der Höhe der Vorsorgen wurden die im Bescheid der FMA vom 01.03.2015 bekannt gegebene vermögensmäßige Überschuldung der HETA (Mittelwert), die Bürgschaft des Landes Kärntens sowie die Kopfquote der möglichen Verpflichtung berücksichtigt.

Für die Bank Burgenland bestehen zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Konzernabschlusses in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit und die Höhe eines zu erwartenden Mittelabflusses sowie die Einbringlichkeit möglicher Ansprüche gegenüber der HETA und dem Land Kärnten noch Unsicherheiten, Konkretisierungen sind erst für die Zukunft zu erwarten.

ENTWICKLUNG DES SCHWEIZER FRANKEN

Ein weiteres Ereignis, das einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben könnte, war die Aufwertung des Schweizer Franken.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am 15. Jänner 2015 die Bindung des Schweizer Franken (CHF) an den Euro überraschend aufgegeben. Somit wird die SNB ihre seit drei Jahren geübte Politik, einen Mindestkurs von CHF 1,20 je Euro zu sichern, nicht mehr fortsetzen.

Die unmittelbare Reaktion der Märkte auf den Schritt der SNB war ein massiver Kursverfall des Euro gegenüber dem Schweizer Franken. Derzeit liegt der Kurs bei ca. 1 EUR je CHF, eine weitere Aufwertung des Schweizer Franken wird von Experten als realistisches Szenario eingeschätzt. Das gesamte Fremdwährungskreditportfolio beläuft sich auf rd. 258 Mio. EUR Gegenwert. Hiervon entfallen rd. 222 Mio. EUR auf das CHF-Kreditportfolio nach Aufwertung des Schweizer Franken und somit nach Berücksichtigung der Stopp-Loss-Konvertierungen in Euro. Die Ausübung der Stopp-Loss-Orders hat keinerlei Auswirkung auf die Refinanzierungssituation der Bank.

DIE GRAWE BANKENGRUPPE

Die Bank Burgenland steht seit Mai 2006 im *Eigentum* der Grazer Wechselseitige Versicherung AG (im Folgenden kurz: GRAWE). Seit 2008 bildet die Bank Burgenland gemeinsam mit der Capital Bank – GRAWE Gruppe AG (im Folgenden kurz: Capital Bank), die von der GRAWE in die Bank Burgenland eingebracht wurde, die GRAWE Bankengruppe, in der die Bank Burgenland die Stellung eines übergeordneten Kreditinstitutes einnimmt. Unter der Capital Bank als 100 % Tochter der Bank Burgenland sind die Tochtergesellschaften Brüll Kallmus Bank AG und Security Kapitalanlage Aktiengesellschaft besonders zu erwähnen. Der GRAWE Konzern bildet mit dieser Kreditinstitutsgruppe aus regulatorischer Sicht ein Finanzkonglomerat.

Die Bank Burgenland versteht sich als typische Regionalbank mit dem Kernauftrag, die örtliche Wirtschaft mit umfassender Bankeninfrastruktur zu versorgen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist die Bank bestrebt, eingebettet in ihrem wirtschaftlichen Umfeld, hauptsächlich Klein- und Mittelbetriebe als Rückgrat der burgenländischen Wirtschaft zu betreuen.

Zum Jahresende 2014 betrug der Personalstand der GRAWE Bankengruppe 714 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (586 Vollbeschäftigte, 92 Teilzeitbeschäftigte und 36 Arbeiterinnen).

Die **CAPITAL BANK**, mit Sitz in Graz, steht unter anderem für modernes und innovatives Private Banking. Nach einer dynamischen Entwicklung über die letzten Jahre und einem rasanten Wachstum der anvertrauten Kundengelder zählt die Capital Bank, welche zur GRAWE Bankengruppe gehört, zu den führenden Privatbanken in Österreich. Die Qualität des Bankhauses wurde auch im Jahr 2014 bei einem von der Tageszeitung „Die Presse“ durchgeführten Mystery Shopping unterstrichen. Im Kerngeschäft, dem Private Banking, konnten die „Assets under Management“ (verwaltetes Kundenvermögen) um 13,5 % ausgebaut werden. Der Bereich Family Office ist auf die Betreuung von High Net-Worth Individuals, Privatstiftungen und Familienunternehmen spezialisiert und konnte mit dem Ausbau des Geschäftsvolumens um 18,5 % erneut einen beeindruckenden Erfolg verbuchen.

SOPRON BANK BURGENLAND ZRT

Das Jahr 2014 bot in Hinblick auf die makroökonomische und regulatorische Situation in Ungarn kaum Entspannung. Neue, für Banken teils nachteilige gesetzliche Maßnahmen, wie eine Verlängerung des Wachstumskreditprogramms mit fixierten Konditionen, und das neue Devisenrettungsgesetz betreffend Konsumentenkredite, welche u.a. die Zwangskonvertierung auf HUF-Kredite mit bestimmten Maximalkonditionen vorsieht, erschweren die Lage in Ungarn. Weiterhin hohe Steuern und Abgaben belasteten das Geschäft, jedoch zeigte der Arbeits- und Immobilienmarkt eine leichte Erholung. Viele Banken sahen sich auch 2014 zu einem Umdenken gezwungen, einige mussten entsprechende Maßnahmen setzen. Die restriktive Risikopolitik in der Sopron Bank wurde auch für das Jahr 2014 beibehalten. Der Wertberichtigungsbedarf an Forderungen blieb wegen der wirtschaftlichen Lage weiterhin hoch. Der aus dem Devisenrettungsgesetz resultierende voraussichtliche Verlust für 2015 belastete schon das Jahr 2014, wo eine Rückstellung in derselben Höhe bereits 2014 als Vorsorge gebildet werden musste. Das operative EGT per 31.12.2014 exkl. Bankensteuer und Sammelkonto lag bei 1,13 Mio. EUR, und es konnte sogar nach Bankensteuer und Sammelkonto mit 195 TEUR ein positives EGT erreicht werden. Die wegen des Devisenrettungsgesetzes entstandenen außerordentlichen Aufwendungen führten dazu, dass es im Jahresergebnis der Sopron Bank zu einem Verlust von 9,3 Mio. EUR gekommen ist.

Die **SECURITY KAG** ist eine auf Fondsmanagement spezialisierte Kapitalanlagegesellschaft. In ihrem Verantwortungsbereich liegt auch die Verwaltung sämtlicher Wertpapierbestände der Grazer Wechselseitige Versicherung AG. Integraler Bestandteil der Veranlagungsstrategie ist neben der möglichst effizienten Nachbildung der Wertentwicklung von Aktien- und Anleihenmärkten das Aufspüren von Fehlbewertungen mit finanzmathematischen Verfahren, um auf diese Weise langfristig Überrenditen zu erzielen. Das verwaltete Fondsvermögen stieg deutlich von 2,7 Mrd. EUR im Jahr 2013 auf 3,4 Mrd. EUR im Jahr 2014. Dieser Anstieg ist sowohl auf den Veranlagungserfolg der Security KAG, als auch auf den beachtlichen Fondsabsatz im vergangenen Jahr in Höhe von 535,6 Mio. EUR zurückzuführen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit konnte nach 5,6 Mio. EUR im Jahr 2013 auf 6,1 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2014 gesteigert werden.

Die **BRÜLL KALLMUS BANK** ist das spezialisierte Bond-Haus der GRAWE Bankengruppe. Die beiden Geschäftsbereiche Institutional Banking und Kapitalmarktfinanzierung betreuen institutionelle und quasi-institutionelle Kunden sowie Einrichtungen der Öffentlichen Hand in ganz Österreich und im benachbarten Ausland. Neben den Standorten in Graz, Wien und Linz wurde im Jahr 2014 die erste Filiale in Sežana, Slowenien, eröffnet. Mit einem EGT in Höhe von 4,0 Mio. EUR verzeichnet die Brüll Kallmus Bank nicht nur ein erfolgreiches Geschäftsjahr, sondern trägt auch einen wesentlichen Bestandteil zum Konzernergebnis bei.

Die **BK IMMO VORSORGE GMBH** wurde im Jahr 2009 gegründet und ist auf die Errichtung von Vorsorgewohnungen, den Ankauf und die Sanierung von Altimmobilien sowie die Konzeption von Bauherrenmodellen spezialisiert. Trotz eines sich schwieriger gestaltenden Immobilienumfeldes konnte das Geschäftsjahr 2014 über der Planung abgeschlossen werden. Der Schwerpunkt lag vor allem auf der Platzierung von bereits bestehenden Projekten und der Selektion und dem Erwerb neuer Objekte.

Die Tätigkeit der **BB LEASING GMBH** liegt in der Vergabe von Leasing- und Mietkaufverträgen, vor allem bei Nutzkraftfahrzeugen und im Mobilienbereich. Der landwirtschaftliche Bereich wurde in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut.

Die Marktpräsenz liegt hauptsächlich im Raum Ostösterreich (Burgenland, Steiermark, Niederösterreich und Wien). Trotz der anhaltend angespannten Wirtschaftslage im Jahr 2014 konnte die BB Leasing GmbH das Neugeschäftsvolumen im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Wirtschaftsjahren wieder steigern.

Insgesamt wurden im Jahr 2014 1.093 Neuverträge mit einem Finanzierungsvolumen von rund 46,8 Mio. EUR abgeschlossen. Im Vergleich dazu wickelte die BB Leasing GmbH im Jahr 2013 916 Neuverträge mit einem Finanzierungsvolumen in Höhe von rund 39,8 Mio. EUR ab. Das Leasingportfolio umfasst derzeit 3.328 Verträge.

Das Wirtschaftsjahr 2014 war von einem großen Sanierungsfall geprägt, weshalb man nur ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen konnte. Der Jahresgewinn vor Steuern betrug im Wirtschaftsjahr 2014 19 TEUR (2013: 610 TEUR).

AUSBLICK 2015

Ob vom Euroraum im Gesamtjahr 2015 wesentliche Wachstumsimpulse ausgehen werden, ist angesichts der aktuellen Entwicklungen offen. Die Ankündigung eines massiven Anleihekaufprogramms für die Euro-Länder durch die EZB von Ende Jänner sowie die Fortsetzung der Leitzinspolitik um die Nulllinie gehören zu den bestimmenden Faktoren. Das überraschende Aufgeben des Mindestkurses zum Euro durch die Schweizerische Nationalbank am 15. Jänner 2015 hat zu einer weiteren Schwächung des Euro beigetragen und CHF-Kreditnehmer belastet.

Der Ausblick auf die Geschäftsentwicklung der Bank Burgenland im Jahr 2015 ist zum einen von der Fortsetzung der risiko- und margenaquaten Geschäftspolitik im Kreditbereich, dem Erreichen der ehrgeizigen Ziele im Bereich Provisionsergebnis und der Fortsetzung der konsequenten Arbeiten an der Sicherstellung einer stabilen langfristigen Refinanzierung abhängig, zum anderen aber auch von den Entwicklungen auf den Kapitalmärkten und des Wirtschaftsraums, in dem die Bank Burgenland tätig ist. Aus heutiger Sicht ist von einer anhaltenden positiven Entwicklung des operativen Geschäfts und einem stabilen ordentlichen Ergebnis auszugehen, was die erfolgreiche Positionierung der Bank Burgenland im aktuellen Marktumfeld unterstreicht.

Nicht nur für die Bank Burgenland, sondern für die gesamte Unternehmensgruppe kann ein positiver Ausblick für das Geschäftsjahr 2015 gezeichnet werden. Mit dem Erwerb eines Mehrheitsanteils am Bankhaus Schelhammer & Schattera durch die Bank Burgenland – ein entsprechender Kaufvertrag wurde am 21. Jänner 2015 unterzeichnet – wird die GRAWE Bankengruppe um ein weiteres Mitglied erweitert. Das Closing wird für das 2. Quartal 2015 erwartet. Mit dem Erwerb wird das Kundenpotential im Bereich Vermögensveranlagung und Finanzierung für die GRAWE Bankengruppe wesentlich erweitert, zumal sich das Bankhaus Schelhammer & Schattera im Bereich ethischer und nachhaltiger Veranlagung eine

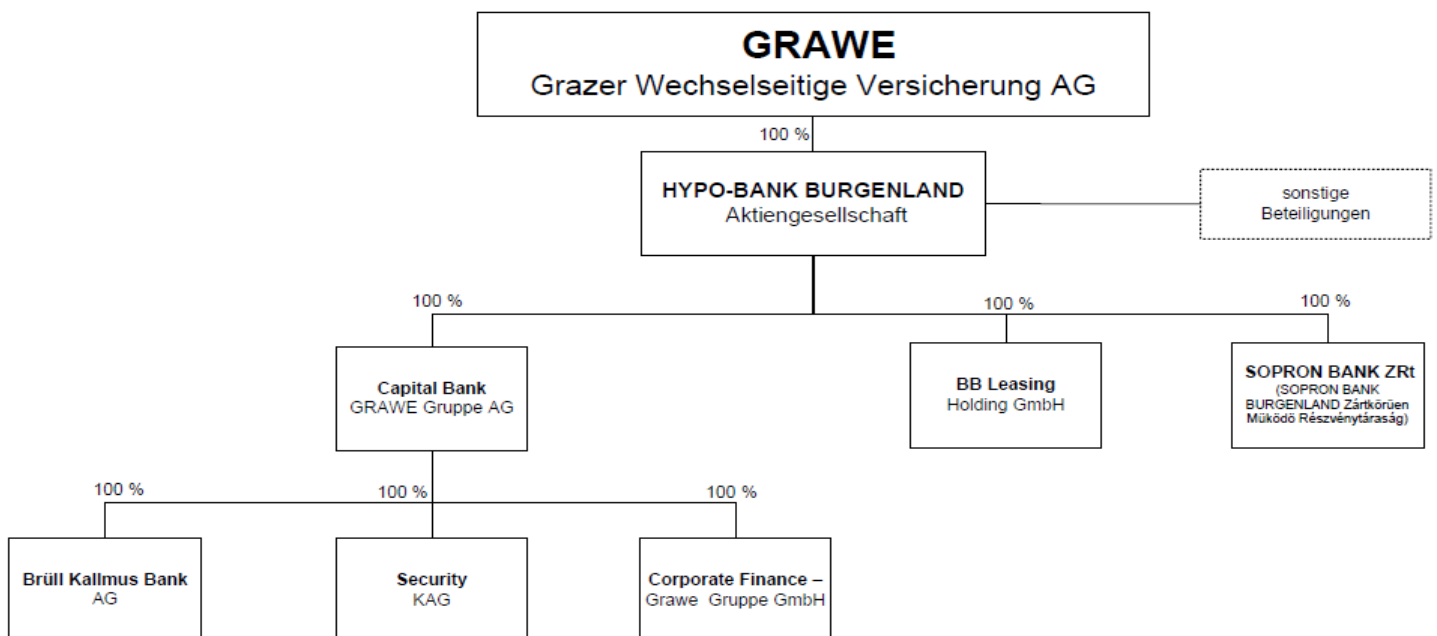
HYPO-VERBAND 2014

herausragende Marktpositionierung erarbeitet hat. Darüber hinaus besteht eine attraktive Situation im Bereich Kundeneinlagen, die zur Sicherstellung der langfristigen Refinanzierung der gesamten Gruppe beitragen wird. Das Hauptaugenmerk wird auf die Erhaltung von Schelhammer & Schattera als gleichberechtigtes Institut in der GRAWE Bankengruppe mit einer Stärkung der Ertragskraft im Kerngeschäft des Bankhauses gelegt, bei gleichzeitiger Integration in die Konzern Stabs- und Servicebereiche der gesamten GRAWE Bankengruppe.

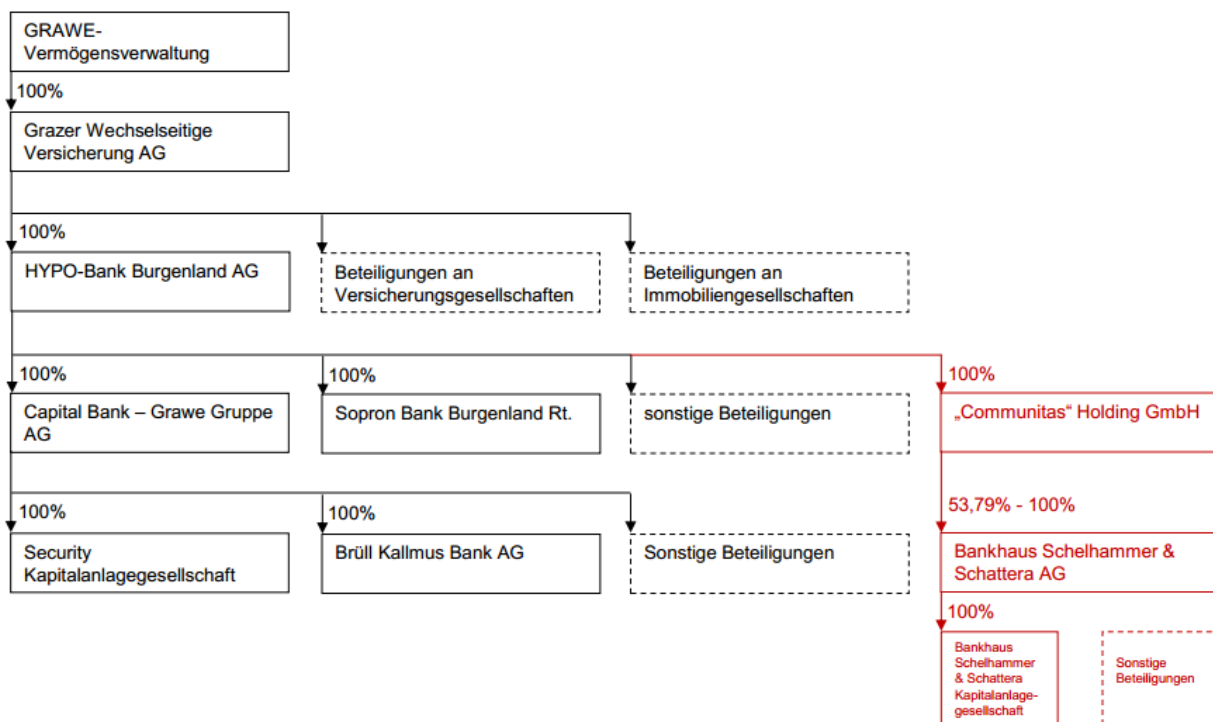
Für den ungarischen Bankenmarkt wird nach Unterfertigung eines Memorandum of Understanding zwischen der ungarischen Regierung und der EBRD am 9. Februar eine deutliche Entspannung erwartet, die auch den Ausblick für die Sopron Bank verbessert. Mit einer genehmigten Kapitalerhöhung in der Bank Burgenland wird die Sopron Bank für ihre künftige Geschäftstätigkeit ausreichend mit Eigenmitteln ausgestattet.

Der Bankenmarkt in Österreich ist im Umbruch. Die Bank Burgenland und die gesamte GRAWE Bankengruppe ist in dieser Phase ein stabiler und verlässlicher Partner für ihre Kunden und Geschäftspartner. Langfristige, vertrauensvolle und faire Geschäftsbeziehungen, eine reibungslose und effiziente Abwicklung der dahinter stehenden Geschäftsprozesse sowie eine verantwortungsvolle Risikopolitik stehen dabei im Mittelpunkt. Dies sichert eine Vielzahl von qualifizierten Arbeitsplätzen, die Qualität unserer Dienstleistungen und die langfristige Unabhängigkeit der GRAWE Bankengruppe.

Eigentümerstruktur:



Geplante Konzernstruktur nach Erwerb vom Bankhaus Schelhammer & Schattera AG.



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	4.163,8	4.297,2
Anrechenbare Eigenmittel (gem. Teil 2 der CRR)	548,8	525,2
EGT (Jahresüberschuss vor Steuern)	2,2	25,2
Spareinlagen	529,5	524,6
Ø Mitarbeiteranzahl	620	619
Return on equity	0,2%	5,2%
Cost Income Ratio	53,2%	75,2%

*) Kennzahlen nach IFRS bilanziert.

2.2. HETA ASSET RESOLUTION AG

Bei Redaktionsschluss eingetroffen:

HETA ASSET RESOLUTION

**Ad-hoc Mitteilung gemäß BörseG /
HETA ASSET RESOLUTION AG**
Klagenfurt am Wörthersee, am 20. Mai 2015

**HETA ASSET RESOLUTION AG |
Verschiebung der Veröffentlichung des Jahresfinanzberichts 2014
Aktualisierung der Ad-hoc Mitteilung vom 24. April 2015**

Mit Ad-hoc Mitteilung am 24. April 2015 teilte die Heta Asset Resolution AG (HETA) mit, dass der Jahresfinanzbericht 2014 nicht wie vorgesehen bis 30. April 2015 veröffentlicht werden kann und mit einer Veröffentlichung bis Ende Mai 2015 gerechnet werde. Die HETA aktualisiert ihre Ad-hoc Mitteilung vom 24. April 2015 und teilt mit, dass der Jahresfinanzbericht 2014 nicht wie vorgesehen bis Ende Mai 2015, sondern voraussichtlich erst im Juni 2015 veröffentlicht werden kann.

Am 20. Mai 2015 hat der Vorstand der HETA dem Aufsichtsrat mitgeteilt, dass die Erstellung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses von HETA zum 31. Dezember 2014 aufgrund weiterer notwendiger Arbeiten und zu klärender bilanzieller und rechtlicher Fragestellungen, unter anderem im Hinblick auf die Auswirkungen der neuen Entwicklungen in anhängigen Gerichtsverfahren, nicht, wie ursprünglich geplant, mit Ende Mai 2015 abgeschlossen werden kann.



...Ihre Bank seit 1896

2.3. AUSTRIAN ANADI BANK AG

Für die Austrian Anadi Bank AG war das Geschäftsjahr 2014 geprägt durch den Rebranding-Prozess, der zur Jahresmitte abgeschlossen wurde. Dies wurde vom Markt in der Folge mit einem deutlichen Vertrauenszuwachs honoriert, welcher sich in steigenden Kundenzahlen, stabilisierten Einlagen und deutlich höheren Volumina im Kreditgeschäft darstellte.

Unterstützt wurde die positive Entwicklung durch das Bekenntnis des neuen Eigentümers Dr. Sanjeev Kanoria zu den historisch gewachsenen, regionalen Stärken der Bank als Partner von öffentlichen Institutionen, der mittelständischen Kärntner Wirtschaft und von Privatkunden mit besonderem Schwerpunkt in der Wohnbaufinanzierung. Die vom Land Kärnten zum Ausdruck gebrachte Festlegung auf die Fortführung der langjährigen engen Zusammenarbeit, etwa im Bereich der Wohnbauförderungsdarlehen, ist als Bestätigung des partnerschaftlichen Verhältnisses zu werten und bildet die Basis für eine weitere Vertiefung der Geschäftsbeziehungen.

Über das historisch gewachsene Kerngeschäft hinaus stand das Jahr 2014 für die Austrian Anadi Bank AG auch im Zeichen der Weichenstellung für eine schrittweise regionale Expansion in Österreich sowie für den Aufbau der neuen Geschäftsfelder „International Business“ und „Direct & Mobile Banking“. Die Neupositionierung der Filiale Salzburg als „Anadi Lounge“ für Geschäftskunden, die Vorbereitungen für die im ersten Quartal 2015 erfolgte Eröffnung der Filiale Graz sowie die personelle Verstärkung und Neuorganisation des Segments Retail in der Zweigstelle Wien eröffneten der Austrian Anadi Bank AG über die Grenzen Kärntens hinweg neue Marktchancen, die 2015 weiter ausgebaut werden sollen. Entsprechend der Positionierung als regional verankerte Bank mit internationaler Ausrichtung wurde 2014 personell und auf Produktebene die Basis für den neuen Geschäftszweig „International Business“ gelegt, wobei mit Unterstützung des Netzwerkes des indischen Eigentümers die Finanzierung von Handelsaktivitäten zwischen österreichischen bzw. mitteleuropäischen einerseits und indischen Unternehmen andererseits im Vordergrund steht.

Insgesamt konnte die Austrian Anadi Bank AG trotz des schwierigen Umfeldes mit historischen Tiefstständen bei Kredit- und Einlagezinsen 2014 dank gestiegenem Marktvertrauen, erfolgreicher neuer Produkte, Kosteneinsparungen und einer vorsichtigen Risikopolitik erneut eine Steigerung des Betriebsergebnisses gegenüber dem Vorjahr erzielen. Das Jahr war jedoch durch externe Ereignisse in Bezug auf die Heta Asset Resolution AG (Heta) geprägt, welche im März 2015 bekannt gegeben wurden. Dies hat die Bank veranlasst, eine Rückstellung für die Liquiditätsvereinbarung mit der Pfandbriefstelle gegenüber der Heta zu bilden. Darüber hinaus wurden, als Reaktion auf das Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank für das Heta Ereignis, Wertpapiere in Höhe von EUR 55 Mio. aus dem

Anlagevermögen in das Umlaufvermögen umgewidmet. Diese Veränderung verursachte einen positiven Effekt von EUR 7,8 Mio. in der Gewinn- und Verlustrechnung (EGT).

Bilanzentwicklung

Zum 31.12.2014 konnte die Austrian Anadi Bank AG eine Bilanzsumme von EUR 3.207 Mio. (31.12.2013: EUR 3.242 Mio.) ausweisen. Die Bilanzsumme konnte wie geplant stabil gehalten werden. Nach den schwierigen Vorjahren war das Jahr 2014 unter der neuen Eigentümerschaft ein Jahr der Stabilisierung. Nach der erfolgreichen Reprivatisierung der Bank und nach dem gelungenen Rebranding konnten die Forderungen an Kunden im Jahr 2014 nahezu gleich gehalten werden (2014: EUR 2.537 Mio. im Vergleich zu 2013: EUR 2.619 Mio.). Die planmäßigen Tilgungen wurden weitgehend durch neue Kreditvergaben kompensiert. Der Wertpapierbestand sowie die Forderungen an Kreditinstitute haben sich geringfügig auf EUR 603 Mio. (2013: EUR 555 Mio.) erhöht.

Die Risikovorsorgen konnten im Vergleich zum Vorjahr stabil gehalten werden. Die gesamten Risikovorsorgen im Jahr 2014 belaufen sich auf EUR 45,5 Mio. (2013: EUR 48,7 Mio.), das sind rund 1,8 % der gesamten Forderungen an Kunden. Auch die Non-Performing-Loans (NPL) konnten weiter auf niedrigem Niveau gehalten werden. Ein Verhältnis NPL zu Bilanzsumme von rund 2 % ist ein äußerst niedriger Wert und verdeutlicht die Qualität der Assets.

Die Passivseite entwickelte sich analog zur Aktivseite. Die Kundeneinlagen blieben mit rund EUR 1.159 Mio. nahezu unverändert (2013: EUR 1.188 Mio.), wobei hier noch zu Jahresbeginn 2014 ein negativer Trend vorlag, der jedoch nach erfolgreichem Rebranding zum Halbjahr 2014 (Stand der Kundeneinlagen zum 30. Juni 2014: EUR 1.156 Mio.) gestoppt werden konnte.

Die Kundeneinlagen zusammen mit den eigenen Emissionen in Höhe von EUR 2.493 Mio. (2013: EUR 2.588 Mio.) refinanzieren zusammen rund 98,3% (2013: 98,7%) der Forderungen an Kunden und bilden somit eine stabile Funding-Basis. Die Kundeneinlagen umfassen Spareinlagen in Höhe von EUR 515 Mio. sowie Giro- und Termineinlagen in Höhe von EUR 644 Mio. Die Veränderungen innerhalb dieser Positionen ergeben sich einerseits aufgrund Umschichtungen von Kundengeldern (Spar- in Richtung Termineinlagen) und andererseits aufgrund Abflüssen von Kundengeldern vor allem im ersten Quartal 2014 aufgrund negativer medialer Berichterstattung über die ehemalige Muttergesellschaft.

Der Stand an eigenen Emissionen verringerte sich im Jahr 2014 um EUR 65 Mio. Diese geplanten Rückflüsse wurden jedoch durch Neuemissionen in Höhe von EUR 35,1 Mio. im Laufe des Jahres teilweise kompensiert.

Ergebnisentwicklung

Im Jahr 2014 konnte die Bank trotz anhaltend niedrigem Zinsumfeld stabile Erträge erwirtschaften. Das Nettozinsergebnis beläuft sich in 2014 auf EUR 41,1 Mio. (2013: EUR 35,8 Mio.). Bereinigt um die Swap close outs erreicht das Nettozinsergebnis EUR 35,0 Mio. (2013: EUR 33,5 Mio.) und konnte damit leicht gesteigert werden. Die Nettozinsspanne konnte von 1,01 % im Jahr 2013 auf 1,28% sowie auch der Provisionsertrag auf EUR 18,1 Mio. im Jahr 2014 (2013: EUR 17,9 Mio.) gesteigert werden. Jedoch höhere

Provisionsaufwendungen und geringere Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen ließen die Betriebserträge nur geringfügig auf EUR 60,6 Mio. (2013: EUR 59,4 Mio.) steigen.

Die Betriebsaufwendungen konnten mittels striktem Kostenmanagements im Jahr 2014 auf EUR 50,5 Mio. (2013: EUR 51,6 Mio.) gesenkt werden. Des Weiteren wurde auch der durchschnittliche Mitarbeiterstand von 384 im Jahr 2013 auf 379 im Jahr 2014 leicht reduziert. Somit ergibt sich ein zufriedenstellendes Betriebsergebnis für das Jahr 2014 von EUR 10,2 Mio. (2013: EUR 7,8 Mio.).

Der Saldo aus Aufwendungen und Erträgen aus der Veräußerung und der Bewertung von Forderungen und Wertpapieren des sonstigen Umlaufvermögens beziehungsweise der Saldo aus Aufwendungen und Erträgen aus der Veräußerung und der Bewertung von Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden, betrug minus EUR 7,9 Mio. (2013: EUR 0,6 Mio.). Somit ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von EUR 2,3 Mio. (2013: EUR 8,4 Mio.).

Am 1. März 2015 hat der Bundesminister für Finanzen der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) mitgeteilt, dass keine weiteren Maßnahmen für die Heta Asset Resolution AG gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz ergriffen werden. Die FMA in ihrer Funktion als Abwicklungsbehörde hat einen Bescheid über die Anordnung von Abwicklungsmaßnahmen gemäß BaSAG (Mandatsbescheid) erlassen. Um einen Abwicklungsplan erstellen zu können, der den Zielen dieses neuen Regimes entspricht, hat die FMA kraft der ihr gesetzlich eingeräumten Befugnisse eine bis 31.05.2016 befristete Stundung von Verbindlichkeiten der Heta gegenüber den Gläubigern gemäß BaSAG verhängt.

Die Austrian Anadi Bank AG ist ein Mitglied der Pfandbriefstelle zusammen mit acht weiteren Bankinstituten einschließlich der Heta. Die Pfandbriefstelle als gemeinsames Emissionsinstitut der österreichischen Landes-Hypothekenbanken hat für die Heta treuhändig Emissionen begeben. Bei einer Zahlungsunfähigkeit der Heta und des Landes Kärnten (als Gewährträger der Heta) haften die restlichen Hypo-Banken und die jeweiligen Bundesländer für die Emissionen der Heta über die Pfandbriefstelle. Aufgrund der Haftungsbestimmungen des Pfandbriefstellengesetzes und § 92 BWG sind wir nun gefordert, allfällige Liquiditätsengpässe auszugleichen und die nötige Liquidität zur Bedienung der Verpflichtungen der Pfandbriefbank (Österreich) AG zur Verfügung zu stellen.

Die Heta hat eine Vielzahl von verbrieften Verbindlichkeiten emittiert, davon wurden EUR 1,2 Mrd. durch die Pfandbriefbank platziert. Diese Verbindlichkeiten werden fällig und der Mandatsbescheid untersagt, dass die Heta diesen Verpflichtungen nachkommen darf. Die Mitgliedsinstitute der Pfandbriefstelle und die einzelnen Bundesländer haften als Gesamtschuldner für alle Verpflichtungen der Pfandbriefbank.

Basierend auf dem 1/16-Anteil dieser Verpflichtungen (Pfandbriefstelle Mitglieder sowie deren Bundesländer), wird die Austrian Anadi Bank AG EUR 77 Mio. (1/16 von EUR 1,238 Mrd.) bereitstellen. In Folge des Mandatsbescheides wurde berechnet, dass eine Rückstellung in Höhe von EUR 15,7 Mio., für die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen erforderlich ist.

Die Auswirkung der gebildeten Rückstellung für die Pfandbriefbank wurde durch Ereignisse verursacht, die völlig außerhalb der Kontrolle der Bank liegen.

Die Cost / Income-Ratio, das Verhältnis von operativen Aufwendungen zu operativen Erträgen, liegt bei 83,2 % (2013: 86,7 %). Hier wurde zwar eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr erzielt, der Wert liegt jedoch noch immer vergleichsweise hoch. Vor allem die geschrumpfte Bilanzsumme (Abspaltung von Teilportfolien an die damalige Muttergesellschaft) und die damit verbundenen geringeren Erträge können erst längerfristig kompensiert werden.

Der Return on Equity (ROE) nach Steuern im Jahr 2014 beträgt 0,41 % (2013: 3,41 %) und die Gesamtkapitalrendite (ROA) 0,02 % (2013: 0,16 %).

Eigenmittel

Die Austrian Anadi Bank AG hält per 31. Dezember 2014 Eigenmittel (Kernkapital und Ergänzungskapital reduziert um die Abzugsposten gemäß CRR) in Höhe von EUR 160 Mio. (2013: EUR 160 Mio.). Der Kapitalverbrauch der Bank beläuft sich auf EUR 104 Mio. Somit ergeben sich freie Eigenmittel in der Höhe von EUR 56 Mio. (2013: EUR 60 Mio.) und ein Deckungsgrad von 153 % (2013: 160 %).

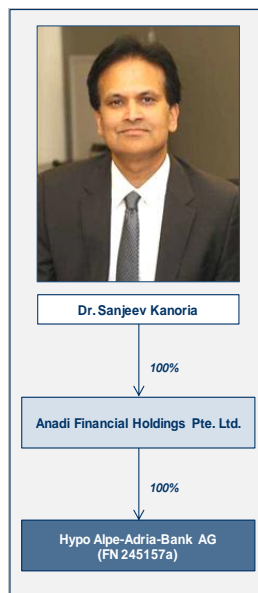
Daraus errechnet sich zum 31. Dezember 2014 eine Equity Tier 1-Ratio (gemäß CRR/CRD Anforderungen) von 11,51 % und eine Total Capital Ratio von 12,26 %. Vergleichbare Werte sind für 2013 nicht verfügbar, da diese unter der Basel II-Methodik berechnet wurden. Beide Kapitalquoten bleiben deutlich über den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestkapitalquoten von 4 % (Tier I) und 8 % (Total Capital Ratio).

AUSBLICK 2015

Für 2015 bleibt der Ausblick - trotz belastender externer Faktoren wie dem anhaltenden Zinstief und dem Weiterbestehen ökonomischer Unsicherheiten auf nationaler und europäischer Ebene - vorsichtig optimistisch.

Eigentümerstruktur

Seit dem Closing am 19.12.2013 hat die Hypo Alpe-Adria-Bank AG mit der Anadi Financial Holdings Pte. Ltd. mit dem Firmensitz in Singapur einen neuen Eigentümer, der 100 Prozent der Aktien an der Hypo Alpe-Adria-Bank AG hält. Die Anadi Financial Holdings Pte. Ltd. ist ein Unternehmen des britisch-indischen Geschäftsmannes Herrn Dr. Sanjeev Kanoria. Die Eintragung in das Firmenbuch erfolgte am 07.02.2014.



Beträge in Mio. Euro *)	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	3.207,4	3.242,2
Anrechenbare Eigenmittel (gem. Teil 2 der CRR)	160,0	159,9
EGT	2,3	8,5
Spareinlagen	515,1	581,4
Ø Mitarbeiteranzahl	379,0	383,9
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	15	15
Return on equity	0,4%	3,4%
Cost Income Ratio	83,2%	86,7%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.4. HYPO NOE GRUPPE BANK AG

1888 als Niederösterreichische Landes-Hypothekenbank gegründet, blickt die HYPO NOE auf über 125 Jahre Tradition und Erfahrung im Banken- und Finanzsektor zurück. Nach einer Teilprivatisierung 1996 steht der Bankkonzern seit 2007 erneut im 100%-Eigentum des Landes Niederösterreich.

Die HYPO NOE betreut als Mutterinstitut im Konzernverbund mit HYPO NOE Leasing und HYPO NOE Real Consult vorwiegend Großkunden im Landes- und Gemeindebereich. Gemeinsam mit diesen beiden Tochterunternehmen, der HYPO NOE Valuation & Advisory sowie der 2012 erworbenen HYPO NOE First Facility ist es der HYPO NOE möglich, durch ihre Immo-Servicekette den gesamten Lebenszyklus einer Immobilie aus einer Hand abzudecken. Somit begleitet die HYPO NOE ihre Kunden nach der Finanzierung auch bei der Projektplanung, dem Facility Management und den Facility Services, ebenso wie bei der Projektsteuerung, der Makelei und der Immobilienbewertung.

Die Retailtochter HYPO NOE Landesbank bietet sich als Universalbank für Private, Freiberufler und Kommerzkunden in NÖ und Wien an. Als finanzielle Drehscheibe in Niederösterreich konnte sich die Unternehmensgruppe auch 2014 als verlässliche und dauerhafte Quelle für öffentliche Finanzierung, Unternehmens- und Projektfinanzierung, Immobilienfinanzierungen und -leasing ebenso wie für Treasury-Lösungen in Österreich und der Donauregion beweisen.

Die Geschäftsfelder und Töchter der HYPO NOE Gruppe

Im Geschäftsfeld **Public Finance** ist die HYPO NOE Gruppe Bank AG ein starker Partner für Länder, Städte, Gemeinden, Körperschaften öffentlichen Rechts und Infrastrukturunternehmen. Im Geschäftsjahr 2014 lag das Hauptaugenmerk darauf, die Geschäftsaktivitäten in den östlichen Bundesländern Österreichs sowie in bundes- und landesnahen Unternehmungen zu intensivieren. Gemäß der Donaoraumstrategie werden auf selektiver Basis Staaten und Großstädten in dieser Region Public Finance-Lösungen direkt angeboten. Vorrangiges Ziel im Zusammenspiel mit anderen Bereichen des Konzerns ist es, für Kunden ganzheitliche, nachhaltige Finanzlösungen zu erarbeiten und verstärkt als Anbieter von Know-how und Dienstleistungen – wie zum Beispiel der Strukturierung von Ausschreibungen – aufzutreten.

Der Geschäftsbereich Public Finance umfasste im Jahr 2014 vorwiegend Standardinfrastrukturinvestitionen für Wasserversorgung und -entsorgung sowie für die Sanierung von bestehenden Immobilien der Bildungsinfrastruktur und der Verwaltung.

Aufgrund der budgetären Situation der Länder und Gemeinden werden Sonderfinanzierungsmodelle und Public-Private Partnership ähnliche Lösungen verstärkt im öffentlichen Hochbau nachgefragt. So konnten mehrere Projekte im Bildungs- und Gesundheitsbereich umgesetzt werden, wie etwa der Zu- und Umbau

des Landeskrankenhauses Mistelbach-Gänserndorf. Unter Federführung der HYPO NOE Leasing GmbH wurde gemeinsam mit der VAMED eine Totalunternehmerlösung mit Einhaltung der Kosten und des Zeitplans erfolgreich aufgesetzt.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Förderbanken, wie beispielsweise der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), deren maßgeschneiderte Darlehen zahlreiche Vorteile für Kunden des Hauses bieten.

Der Unternehmenszweig **Real Estate Finance** ist der Spezialist für Immobilien- und Immobilienprojektfinanzierung, dessen Kernmärkte in Österreich und Deutschland und dem angrenzenden EU-Ausland in Zentral- und Osteuropa liegen.

Das Geschäftsmodell der Real Estate Finance basiert wie bisher auf einer Konzentration auf die Asset-Klassen Büros, Einkaufs- und Fachmarktzentren, Wohnimmobilien, Logistik und Stadthotels mit relativ konservativen Finanzierungsparametern. Hinsichtlich der Risikoallokation werden von der HYPO NOE Gruppe Bank AG weiterhin nur besonders ausgewählte Immobilien mit bestem Standort und sehr guter Drittverwendungsfähigkeit gemeinsam mit bewährten Partnern realisiert.

Das Geschäftsfeld **Corporate & Project Finance** repräsentiert das Kompetenzzentrum der HYPO NOE Gruppe Bank AG für das klassische Firmenkundengeschäft, strukturierte Finanzierungen für Unternehmen sowie für Projektfinanzierungen. Zielsetzung des Geschäftsbereiches ist es insbesondere, die Bank als Universalanbieter mit einem breiten Produktangebot und anspruchsvollen, individuellen Finanzierungslösungen zu positionieren – als Bank für die Unternehmen und Unternehmer Niederösterreichs.

Grundsätzlicher Schwerpunkt im Firmenkundengeschäft liegt weiterhin im Ausbau des Relationsgeschäfts, sowohl in Österreich als auch in den Präferenzländern. So konnte neben dem Neugeschäft auch die Vertiefung bestehender Kundenrelationen durch Folgetransaktionen oder ein verbreitertes Service-Level erfolgreich vorangetrieben werden.

Vor dem Hintergrund des klaren Bekenntnisses des Hauses zu Umweltschutz und Nachhaltigkeit wird auch Corporate & Project Finance diesen Geschäftsbereich weiterhin selektiv und aktiv verfolgen und seine Rolle als Kompetenzzentrum des Hauses für diesen Sektor weiter ausbauen.

Das strategische Geschäftsfeld **Kirchliche Institutionen, Interessensvertretungen und Agrar** konnte sich im ersten vollen Jahr seines Bestehens als Kompetenzzentrum für die Finanzierung regionaler und sozialer Infrastruktur sowie als konservativer Veranlagungsspezialist erfolgreich etablieren. Das Ziel besteht unverändert darin, sich im Großraum Niederösterreich im kirchlichen Bereich und bei Interessensvertretungen unter den TOP-3-Banken zu etablieren und das konzernweite Finanzprodukt- und Dienstleistungs-Know-how mit besonderem Schwerpunkt im Immobilienbereich für ausgewählte Zielgruppen bedarfsgerecht zu bündeln und anzubieten.

HYPO-VERBAND 2014

Die Abteilung **Group Treasury** bietet kundenspezifische Geld- und Kapitalmarktprodukte sowie Gesamtlösungen im Aktiv-/Passiv-Management für alle Geschäftsbereiche.

Am nationalen und internationalen Kapitalmarkt ist es der HYPO NOE auch im Jahr 2014 gelungen, positive Statements zu setzen. So konnte die Bank erstmals einen hypothekarisch besicherten Pfandbrief im Benchmarkformat (EUR 500 Mio.) mit einer siebenjährigen Laufzeit emittieren. Der von Moody's mit der Bestnote Aaa bewertete Deckungsstock und die anhaltende intensive Investorenarbeit ermöglichte ein überaus attraktives Pricing der Emission mit nationaler und internationaler Beteiligung.

Die Retailtochter **HYPO NOE Landesbank AG** bietet sich als Universalbank für Private, Freiberufler und Firmenkunden in NÖ und Wien an; besondere thematische Schwerpunkte bilden Familie & Wohnen, Gesundheit und Bildung. Rund 70.000 Kunden vertrauen der Landesbank, die sich durch Regionalität und Kundennähe auszeichnet. 30 Filialen in Niederösterreich und Wien sind die Drehscheibe und Basis für eine erfolgreiche Kundenbeziehung.

Die **HYPO NOE Leasing GmbH** hat sich zum führenden Anbieter für Leasingfinanzierungen mit Körperschaften öffentlichen Rechts entwickelt und steht für innovative, flexible Leasinglösungen. Anspruch und Vision ist, die effizienteste Leasinggesellschaft in Österreich zu sein und die höchste fachliche Kompetenz für Leasingfinanzierungen mit der Öffentlichen Hand zu besitzen.

Das Finanzierungsvolumen im Geschäftsjahr 2014 war zufriedenstellend. Trotz verstärktem Margendruck wurden die wirtschaftlichen Ziele erreicht. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren, die vom Abschluss einzelner Großprojekte geprägt waren, wurden im Jahr 2014 verstärkt kleinvolumige Leasingverträge abgeschlossen.

Die Geschäftstätigkeit der **HYPO NOE Real Consult GmbH** umfasst die Immobilienentwicklung, -errichtung, -bewirtschaftung und -vertrieb mit dem geografischen Schwerpunkt Niederösterreich und Wien. Aufgrund seines umfassenden Angebots bietet das Unternehmen seinen Kunden das ganzheitliche Immobilienmanagement aus einer Hand. Die nachhaltige Zusammenarbeit mit der Konzernmutter und den anderen strategischen Tochtergesellschaften im Zusammenhang mit Finanzierungen, Vertrieb und Sanierungen setzte sich im Jahr 2014 fort.

Seit August 2014 ergänzt der Bereich Immobilienvertrieb / Immobilienmakelei, der sowohl die konzerninternen Projekte vermarktet, wie auch am Drittmarkt in Niederösterreich und Wien tätig ist, das Dienstleistungsportfolio der HYPO NOE Real Consult GmbH.

Die **HYPO NOE First Facility GmbH**, gegründet vor 30 Jahren, versteht sich heute als führender Anbieter von integriertem Facility Management und Technischen Facility Management Services für anspruchsvolle und komplexe Immobilienobjekte als Teil der Immobilienwertschöpfungskette der HYPO NOE.

Der geografische Schwerpunkt liegt auf Niederösterreich, Wien und dem Donauraum. Die HYPO NOE First Facility GmbH begleitet ihre Kunden auch in ausgewählten Ländern des CEE-Raumes. Neben großen

Immobilienfonds, Banken und Versicherungen zählen zunehmend Auftraggeber der Öffentlichen Hand zu den Kernkunden des Unternehmens.

Die HYPO NOE First Facility GmbH hat im Jahr 2014 ihre Organisation weiter den geänderten Rahmenbedingungen angepasst und damit eine vergleichsweise wettbewerbsfähige Kostenstruktur sichergestellt. Die Stärkung der Bereiche Vertrieb und technische Services zeigt sich in einem Branchenspitzenwert des Anteils an Regie- und Projektarbeiten und weiterer Neuaufträge.

Konzernentwicklung 2014

Das Geschäftsjahr 2014 verlief für die HYPO NOE trotz herausfordernden Marktumfelds im Kerngeschäft positiv. So konnte die Bank im 100 Prozent Eigentum des Landes Niederösterreich mit einer gesteigerten Neu-Kreditvergabe von über 1,4 Mrd. Euro auch 2014 als Konjunkturmotor der Region fungieren. Die Bank befindet sich, dank eines fundierten Geschäftsmodells basierend auf dem Selbstverständnis einer Regionalbank in den definierten Kernmärkten Niederösterreich und Wien sowie darüber hinaus selektiv im Donaauraum, weiterhin auf einem guten Weg.

Dem HETA-Schuldenmoratorium während der Werterhellungsperiode im März 2015 wurde mit adäquaten Vorsorgen in der Bilanz 2014 entsprochen. Da der Marktwertrückgang der gehaltenen HETA-Anleihen bereits während der letzten Perioden im Eigenkapital (Afs-Rücklagen) ausgewiesen war, kommt es durch die Wertberichtigung zu einer Entlastung der Afs-Rücklagen, allerdings auch zu einer Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung 2014 und einem Konzernfehlbetrag (IFRS) nach Steuern und Minderheiten von 31,3 Mio. Euro. Das hohe Kapitalisierungsniveau der Unternehmensgruppe konnte trotzdem gehalten werden: Sowohl die Kernkapitalquote von 12,3 Prozent als auch die Eigenmittelquote von 14,9 Prozent liegen weiterhin deutlich über den gesetzlichen Anforderungen. Zudem weist die HYPO NOE Gruppe eine gegenüber dem Jahr 2013 um 12,1 Prozent oder 1,7 Mrd. Euro auf 15,9 Mrd. Euro gesteigerte Bilanzsumme aus. Positiv entwickelten sich auf Konzernebene auch das Zinsergebnis mit 127,4 Mio. Euro (+12 Mio. Euro) und das Provisionsergebnis mit 14 Mio. Euro (+0,7 Mio. Euro). Weiters konnten wir 2014 im österreichischen Vergleich ein Top-Rating, A/A-1 mit stabilem Ausblick (S&P), aufweisen.

AUSBLICK 2015

Die HYPO NOE Gruppe wird die Säulen ihres Geschäftsmodells - die Finanzierung von Infrastruktur und Immobilien in Niederösterreich und Wien sowie selektiv im Donaauraum - weiter stärken. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf die Marktbearbeitung der Bereiche Kirchen, Interessenvertretungen und Agrarwirtschaft gesetzt.

Auch 2015 sieht die HYPO NOE Gruppe es als Aufgabe an, als Bank des Landes sowie der NiederösterreicherInnen ein vertrauensvoller Partner zu sein und die Konjunkturentwicklung durch breite Finanzierungsaktivitäten wie etwa von Projekten der Gemeinden und Öffentlichen Hand zu unterstützen sowie ihren Privatkunden in allen Geldangelegenheiten zur Seite zu stehen.



2.5. HYPO NOE LANDESBANK AG (nach UGB)

Die HYPO NOE Landesbank AG zeichnet innerhalb der HYPO NOE Gruppe für das Retailgeschäft verantwortlich. Neun Regionen mit insgesamt 30 Geschäftsstellen und drei Firmenkunden-Center sorgen dafür, dass Private, Freiberufler und Kommerzkunden im Kernmarkt Niederösterreich und Wien umfassend beraten und versorgt werden. Als strategische Bedarfsfelder wurden „Finanzieren & Wohnen“, „Sparen & Veranlagen“ sowie „Konto & Karten“ definiert.

Mit der Konzernmutter HYPO NOE Gruppe Bank AG und dem Land Niederösterreich als starkem Eigentümer setzt die HYPO NOE Landesbank AG auf langfristig stabile Kundenbeziehungen in der Region. Erfahrene und motivierte Mitarbeiter erarbeiten maßgeschneiderte Lösungen mit dem Ziel, die hohen Ansprüche der Kunden zu erfüllen.

Das Geschäftsjahr 2014 war wie das Vorjahr von einer für Retailbanken sehr herausfordernden Zinslandschaft geprägt. Trotz der historischen Situation von extrem niedrigen Zinssätzen konnte die HYPO NOE Landesbank AG ihren Nettozinsertrag im Vergleich zum Vorjahr weiter ausbauen. Die HYPO NOE Landesbank AG setzte sich das ambitionierte Ziel, auch in diesem schwierigen Umfeld weiter zu wachsen. Konzertierte Anstrengungen, Aktionsbündel und nicht zuletzt erfolgreiche Vertriebsarbeit führten dazu, dass diese strategische Zielsetzung im Jahr 2014 auch erreicht werden konnte.

Ausleihungsvolumen, Einlagen und Kundenanzahl konnten gegen den Branchentrend deutlich gesteigert werden. Die größte Steigerung gegenüber dem Vorjahr wurde bei den Dienstleistungserträgen erzielt.

Die Geschäftsstellen sind und bleiben – im Rahmen eines filialzentrierten Multi-Channel-Vertriebsansatzes – der wesentlichste Vertriebskanal. 2014 wurde intensiv an der Verbesserung der Dienstleistungen in den Geschäftsstellen und einer neuen, regionalen Organisationsstruktur gearbeitet. Ziele des Projekts „Aufwertung Filialbetrieb“ waren unter anderem eine verbesserte Potenzialerschließung bei Bestands- und Neukunden, der Einsatz neuer Multikanaltechnologien, eine Prozessoptimierung im Kreditgeschäft und die Stärkung sowie der Ausbau des Filialvertriebs. Im Jahr 2014 wurde die HYPO NOE Beratungslounge im Landesklinikum Korneuburg eröffnet. Diese neue Servicefläche ist für Mitarbeiter des Landesklinikums, für vortermisierte Beratungsgespräche als auch für die Geldversorgung bestens geeignet. Die HYPO NOE Landesbank AG plant in den nächsten Jahren weitere Beratungsloungen.

Eine neue Gliederung der Marktregionen in nunmehr neun Regionen stärkt die Position der HYPO NOE Landesbank AG gegenüber den anderen Regionalbanken und führt zu optimierten Entscheidungswegen. Die neun Regionen sind groß genug, um den Personaleinsatz zu optimieren, und klein genug, um effektive Marktbearbeitung zu ermöglichen.

Mit den „Niederösterreich-Wochen“ in den 30 Geschäftsstellen setzte die „Bank der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher“ ihren Weg — nämlich dort zu wirken, wo ihre Kunden zu Hause sind — konsequent fort. Unter dem Motto „regional, authentisch und traditionell“ wurden während dieser in zwei Wellen durchgeführten Themenwochen unterschiedliche Aktionsprodukte angeboten, wie etwa spezielle Wohnkredite mit attraktiven Konditionen oder das „Niederösterreich-Sparbuch“, das einen wesentlichen Beitrag zur positiven Entwicklung des Passivgeschäfts in den letzten Monaten geleistet hat. Mit der Betonung von Niederösterreich will man die eigenständige Marke noch deutlicher schärfen, sich abgrenzen und ein positives Image aufbauen.

Als zentrale Vertriebseinheit wurde im Jänner 2014 das HYPO Service Center gegründet. Um eine erweiterte Erreichbarkeit zu gewährleisten, ist dieses Kundenservicecenter durchgehend von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr für die Kunden telefonisch erreichbar. Zum Kundenservice zählen unter anderem die Erteilung von allgemeinen Bankauskünften, Kontoinformationen in Verbindung mit einer Kundenstammverwaltung sowie Terminvereinbarungen für den Kundenberater. Rund 160.000 eingehende Anrufe wurden in der Berichtsperiode bearbeitet.

Im Firmenkundengeschäft gelang es, die Position bei den Klein- und Mittelbetrieben in Niederösterreich und Wien durch gezielte Akquisitionsschwerpunkte weiter auszubauen.

Bei den bedeutenden Wohnbaugesellschaften konnte trotz wesentlicher Änderungen des Marktumfelds die traditionell gute Marktposition behauptet werden. Im Hinblick auf das für die Banken im Firmenkundengeschäft vorhandene Ertragspotenzial wird auch der Wettbewerb in der Zusammenarbeit mit Klein- und Mittelbetrieben (KMUs) und im Großwohnbau weiterhin sehr intensiv bleiben.

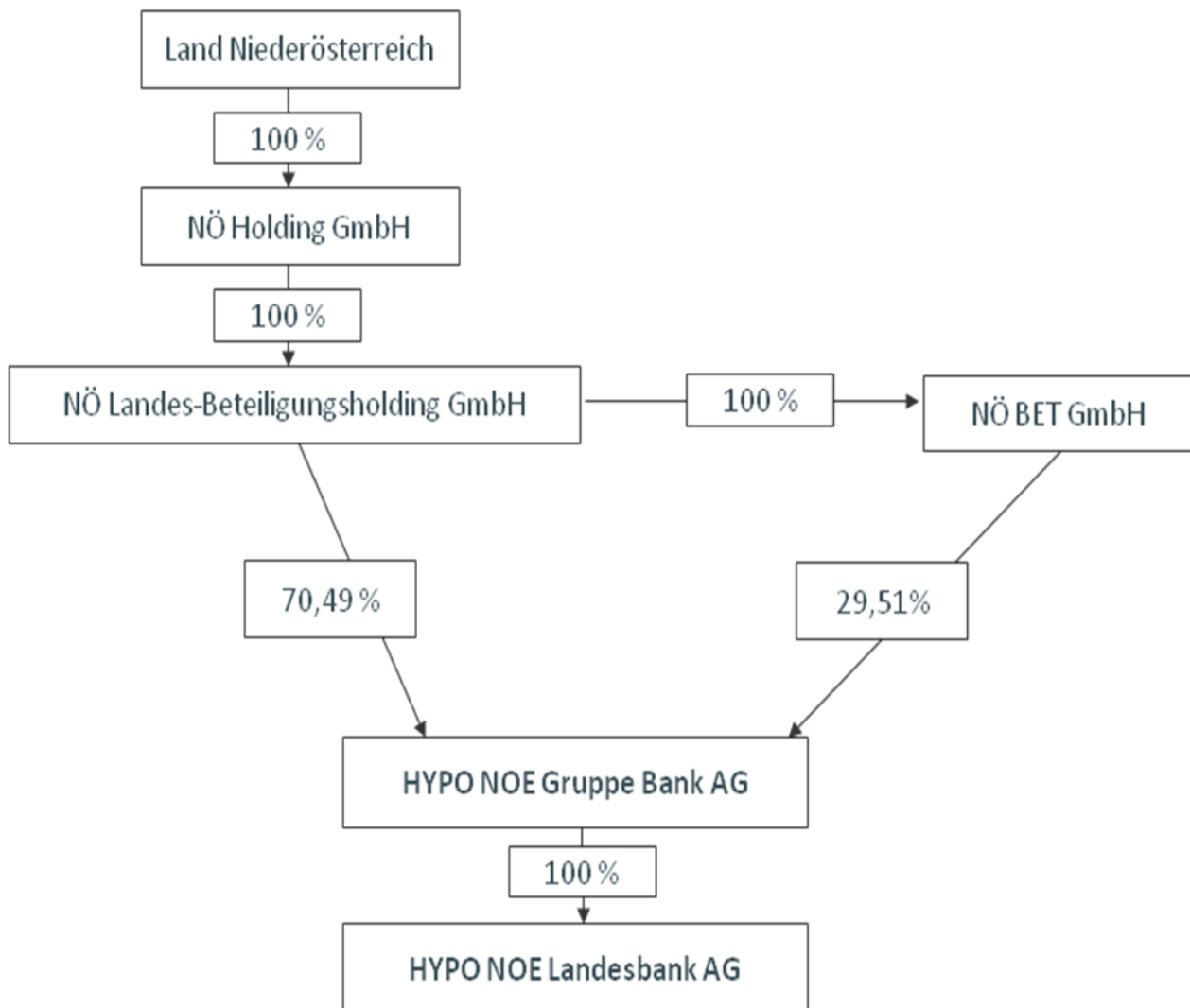
Die laufende Optimierung des Produktangebots und die Verbesserung der internen Prozesse – wie beispielsweise die Reorganisation der Risikoabteilungen zu einem Risikokompetenzzentrum – sollen weitere Qualitätssteigerungen im Leistungsangebot der HYPO NOE Landesbank AG gewährleisten.

Durch eine kundennahe und intensive Bearbeitung des Kreditportfolios konnte erneut eine signifikante Reduktion des Fremdwährungskredit-Portfolios erreicht werden. Das aktive Management des Kreditportfolios ermöglichte auch eine sehr positive Entwicklung der Kreditrisikovorsorgen.

Auch das Jahr 2015 wird für Retailbanken ähnlich herausfordernd bleiben. Bei einem weiterhin historisch niedrigen Zinsniveau wird der Wettbewerbsdruck durch Mitbewerber weiter ansteigen – dies gepaart mit einem anhaltend schwachen Konsumverhalten und weiter rückläufigen Sparquoten. Dennoch hat es sich die HYPO NOE Landesbank AG zum Ziel gesetzt, 2015 einen Wachstumspfad zu beschreiten. Zuwächse bei den Ausleihungen, bei den Spareinlagen und im Bereich der Kundenzahl werden angestrebt. Gleichzeitig soll der eingeschlagene Weg einer nachhaltigen Ertragskraft weiter beschritten werden.

HYPO-VERBAND 2014

Eigentümerstruktur:



Konzern der HYPO NOE Gruppe Bank AG (IFRS):

Beträge in Mio. Euro	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	15.927,0	14.209,7
Anrechenbare Eigenmittel (gem. Teil 2 der CRR)	614,8	692,3
EGT	-39,8	75,0
Spareinlagen	854,1	823,6
Ø Mitarbeiteranzahl	910	898
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	30	30
Return on equity vor Steuern	-7,1%	14,3%
Cost Income Ratio	135,2%	59,3%

Definitionen

EGT = Periodenüberschuss vor Steuern der Gesamt-Ergebnisrechnung des Konzerns der HYPO NOE Gruppe Bank AG

Mitarbeiteranzahl = Durchschnittlichen MA (mit Karenz, inkl. TZ-aliquot)

Return on Equity vor Steuern = Periodenüberschuss vor Steuern / Ø Konzerneigenkapital

Cost Income Ratio = Betriebsaufwendungen / Betriebserträge

HYPO NOE LANDESBANK AG (Einzelabschluss nach UGB):

Beträge in Mio. Euro	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	2.433,2	2.333,7
Anrechenbare Eigenmittel (gem. Teil 2 der CRR)	126,8	132,4
EGT	-2,6	1,6
Spareinlagen	854,1	823,6
Ø Mitarbeiteranzahl	300	294
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	30	30
Return on equity	-2,59%	1,55%
Cost Income Ratio	87,60%	94,87%

Definitionen

Mitarbeiteranzahl = Durchschnittlichen MA (ohne Karenz, inkl. TZ-aliquot)

Return on equity = Betriebsergebnis / Ø Kernkapital

Cost Income Ratio = Betriebsaufwendungen / Betriebserträge



2.6. OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG

Geschäftsentwicklung

Die Bilanzsumme beträgt 9.400,5 Millionen Euro und liegt damit um 786,1 Millionen Euro über dem Vorjahreswert. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Forderungen an Kreditinstitute mit 241,5 Millionen Euro, Forderungen an Kunden mit 184,3 Millionen Euro sowie gestiegenen Marktwerten bei den Handelsaktiva mit 371,4 Millionen Euro. Im Gegenzug liegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit 315,8 Millionen Euro über dem Vorjahr. Auch die verbrieften Verbindlichkeiten sind bedingt durch erfolgreiche Emissionsplatzierungen sowie durch die Erhöhung der Marktwerte um 426,5 Millionen Euro angestiegen. Im Wertpapier-Nostrobestand wurden weiterhin risikovolatile Positionen verkauft und dafür Wertpapiere erworben, die als liquide Mittel nach den neuen Basel III-Bestimmungen anerkannt werden.

Der Zinsüberschuss nach Risikovorsorge liegt mit 49,1 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert in Höhe von 69,3 Millionen Euro. Die Kreditrisikovorsorge beträgt dabei -14,2 Millionen Euro. Darin ist eine Rückstellung in Höhe von 15,5 Millionen Euro für das Risiko, dass die Pfandbriefstelle ihrer Verpflichtung zur Bedienung von Schuldtiteln nicht zur Gänze nachkommen, und in der Folge die Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft gleich wie die übrigen Landes-Hypothekenbanken und deren jeweilige Gewährträger von der Pfandbriefstelle in Erfüllung der gesetzlichen Solidarhaftung nach §2 Pfandbriefstelligesetz in Anspruch genommen werden könnte, enthalten. Das Ergebnis aus at Equity-bewerteten Unternehmen liegt aufgrund des notwendigen Impairments bei 4,0 Millionen Euro.

Der in der Bilanz ausgewiesene Stand der Risikovorsorgen beträgt zum 31.12.2014 26,9 Millionen Euro. In Relation zu Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden liegt zum Jahresultimo ein Wertberichtigungskoeffizient von 0,37 Prozent vor.

Die Provisionserträge konnten im Kreditgeschäft leicht gesteigert werden. Das Provisionsergebnis stieg insgesamt auf 13,7 Millionen Euro.

Im Handelsergebnis sind neben den Gewinnen aus den Valuten-, Münz- und Devisengeschäften, die Marktwertverluste aus realisierten Zins- und Währungssicherungsgeschäften und die gewinnwirksamen Marktwertveränderungen aus dem designierten Bestand enthalten. Der designierte Bestand umfasst dabei jene Finanzgeschäfte, die abweichend vom Buchwert zu Tageswerten (Fair Value) bewertet werden. Das Handelsergebnis erreichte -0,3 Millionen Euro nach -2,9 Millionen Euro im Vorjahr.

Bei den Finanzanlagen konnte wie schon im Vorjahr ein positives Ergebnis realisiert werden. Dieses beträgt 1,2 Millionen Euro gegenüber 2,6 Millionen Euro im Vorjahr.

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr durch Rückstellungserfordernisse für das Sozialkapital um 2,5 Millionen Euro auf 53,1 Millionen Euro erhöht.

Das sonstige betriebliche Ergebnis in Höhe von -5,1 Millionen Euro beinhaltet im Wesentlichen die Stabilitätsabgabe sowie Mieterträge. Die negative Veränderung in Höhe von 3,3 Millionen Euro ist auf die gesetzliche Erhöhung der Stabilitätsabgabe zurückzuführen.

Der Jahresüberschuss vor Steuern liegt mit 5,5 Millionen Euro um 24,6 Millionen Euro unter dem Vorjahresergebnis, was wiederum auf die erhöhte Stabilitätsabgabe, die erhöhte Kreditrisikovorsorge (HETA-Moratorium) und die o.a. gestiegenen Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen ist.

Das Gesamtergebnis mit 14,9 Millionen Euro liegt folglich ebenfalls unter dem Vorjahr mit 31,5 Millionen Euro. Die Available for Sale Rücklage entwickelt sich nach wie vor sehr positiv und beträgt nach -3,1 Millionen Euro im Vorjahr nun 5,4 Millionen Euro.

AUSBLICK 2015

Die Rahmenbedingungen für das Jahr 2015 sind in mehrfacher Hinsicht herausfordernd. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone zeigt nach wie vor nicht den gewünschten Aufschwung. Es bleibt abzuwarten, ob die Niedrigzinspolitik und das Anleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) die erhofften stimulierenden Auswirkungen haben werden. Gleichzeitig wird der gesamte Finanzsektor mit der Umsetzung regulatorischer Maßnahmen weiterhin extrem gefordert.

Der von der HYPO Oberösterreich eingeschlagene Weg zu einem zielgruppenorientierten Institut hat sich in den vergangenen Jahren bestens bewährt. Die Konzentration auf die Kundengruppen - Ärzte und andere freie Berufe, anspruchsvolle Privatkunden, Wohnbau, öffentliche Institutionen sowie kirchliche und soziale Organisationen - wird auch im Jahr 2015 konsequent fortgesetzt werden. Es soll dabei die führende Marktstellung in Oberösterreich - etwa bei den Ärzten und im gemeinnützigen Wohnbau - weiter ausgebaut werden. Bei den Privatkunden wird versucht, die positive Entwicklung weiter fortzusetzen und Marktanteile hinzugewinnen.

Unumstrittener Wettbewerbsfaktor Nummer 1 ist dabei, inwieweit Beratungs- und Betreuungsqualität auf hohem Niveau geboten werden kann. Nur dadurch trennt sich am hart umkämpften Bankenmarkt die Spreu vom Weizen. Die Oberösterreichische Landesbank AG baut dabei auf ihr wichtigstes Gut - ihre kompetenten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die mannigfaltigen Aus- und Fortbildungsinitiativen sichern der Bank auch in Zukunft den geschäftlichen Erfolg. Vor allem als traditionsreiche Wertpapierbank sind ihr Know-how und ihre Erfahrungen ein wichtiges Asset.

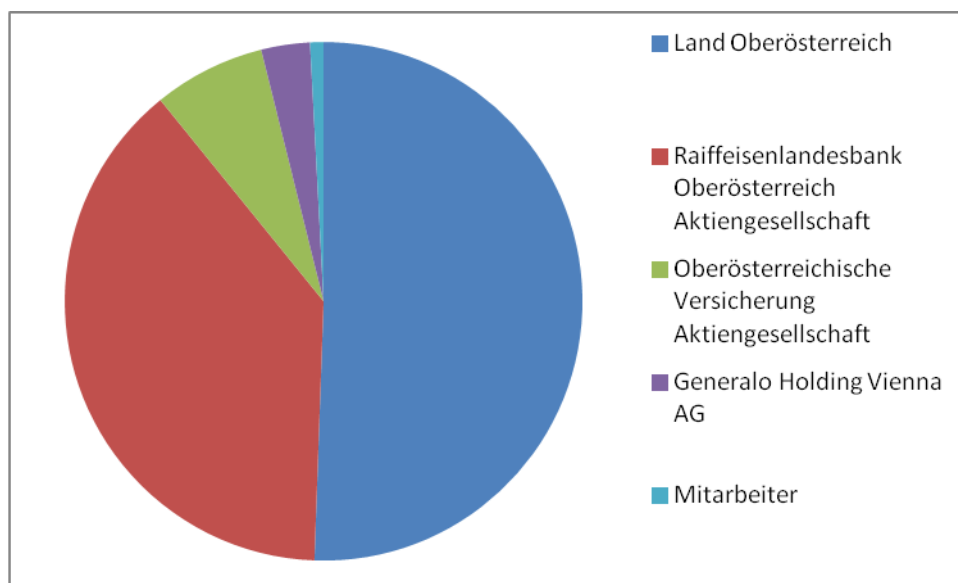
Insgesamt erwartet die Oberösterreichische Landesbank AG für heuer ein Zinsergebnis, das unter dem Ergebnis 2014 liegen wird. Demgegenüber hat sie sich zum Ziel gesetzt, die Provisionserträge weiter zu steigern. Es wird davon ausgegangen, dass die gute Risikolage der Bank - insbesondere die geringen Risiken aus Kreditgeschäften - auch im Jahr 2015 weiter erhalten bleiben wird. Die hohen Bankenabgaben und erstmaligen Dotationen für Einlagensicherung und den vorerst nationalen Abwicklungsfonds werden wie

HYPO-VERBAND 2014

schon im Berichtsjahr 2014 das Ergebnis beeinflussen. Ebenso könnten die möglichen Auswirkungen des HETA-Moratoriums das Ergebnis beeinträchtigen. In den operativ selbst gestaltbaren Sphären der Bank ist weiter von einer soliden Entwicklung auszugehen.

Der Vorstand ist überzeugt, dass die HYPO Oberösterreich als starke Regionalbank gut positioniert ist und damit ihre positive wirtschaftliche Entwicklung weiter fortsetzen wird.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	9.400,5	8.614,4
Anrechenbare Eigenmittel (gem. Teil 2 der CRR)	431,0	436,5
Jahresüberschuss vor Steuern	5,5	30,1
Spareinlagen	534,9	535,1
Ø Mitarbeiteranzahl	401	415
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	13	15
Return on equity	1,6%	9,7%
Cost Income Ratio**)	78,2%	71,7%

*) Kennzahlen nach IFRS bilanziert.

**) ohne Stabilitätsabgabe 2014: 70,1 % (Vorjahr: 67,3%)



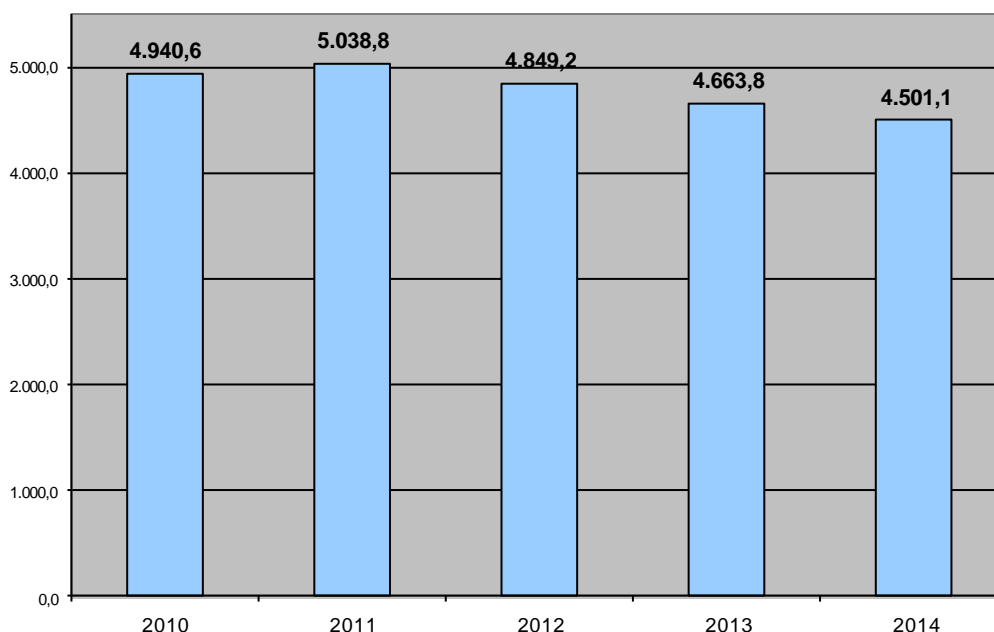
2.7. SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG

Die HYPO Salzburg kann seit Jahren auf eine gute und solide wirtschaftliche Entwicklung zurückblicken. Das Geschäftsmodell der HYPO Salzburg ist das einer klassischen Regionalbank mit einer klaren Fokussierung auf das Geschäft in Stadt und Land Salzburg. Damit konnte die HYPO Salzburg bei den Kunden punkten, dies zeigen auch entsprechende Kundenzufriedenheitsbefragungen.

Im konjunkturell herausfordernden Umfeld hat sich die HYPO Salzburg als berechenbarer und greifbarer Partner in der Krise erwiesen. Die HYPO Salzburg hat eine Reihe von Maßnahmen und Projekte, die auch darauf ausgerichtet sind, neuen Anforderungen und gesetzlichen Regelungen zu entsprechen, eingeleitet bzw. umgesetzt. Diese Maßnahmen bilden die Basis für eine bestmögliche Kundenbetreuung.

Aufgrund der vorsorglich gebildeten Rückstellung für mögliche Konsequenzen aus dem Zahlungsmoratorium betreffend die HETA Asset Resolution AG, die im Detail noch näher erläutert wird, resultiert im Geschäftsjahr 2014 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von -0,5 Mio. €.

Entwicklung der Bilanzsumme in Mio. €



Die Bilanzsumme der HYPO Salzburg reduzierte sich wie geplant im Geschäftsjahr 2014 um 3,49 % und erreichte einen Wert von 4.501,1 Mio. €. Der Rückgang der Bilanzsumme der letzten Jahre resultiert im Wesentlichen aus Tilgungen von Emissionen der Pfandbriefstelle.

HYPO-VERBAND 2014

Mittelherkunft / Kapitalstruktur

	2014		2013	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	170,8	3,79	184,8	3,96
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.710,3	38,00	1.965,7	42,15
Emissionen	2.346,9	52,14	2.256,2	48,38
Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn	181,2	4,03	189,1	4,06
Sonstige Passiva	91,9	2,04	67,9	1,46
Gesamtkapital	4.501,1	100,00	4.663,8	100,00

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten veränderten sich im Jahresvergleich um -14,0 Mio. € auf einen Stand von 170,8 Mio. €. Davon sind 155,3 Mio. € täglich fällig und 15,4 Mio. € mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist, die als Refinanzierungsmittel für die HYPO Salzburg dienen. Der Rückgang ist im Wesentlichen bei den Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist durch Endfälligkeiten zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden beinhalten zum Bilanzstichtag Spareinlagen von 629,5 Mio. € sowie Sicht- und Termineinlagen von 1.080,8 Mio. €. Der Rückgang von absolut 255,4 Mio. € bzw. 12,99 % stammt im Wesentlichen aus täglich fälligen Einlagen von institutionellen Anlegern.

Die Emissionen bestehen aus verbrieften Verbindlichkeiten in Höhe von 2.256,7 Mio. € und dem Ergänzungskapital im Ausmaß von 90,2 Mio. €. Insgesamt betragen die Emissionen per Stichtag 2.346,9 Mio. €. Im Jahr 2014 konnte die HYPO Salzburg den Stand der Emissionen erfreulicherweise wieder um absolut 90,7 Mio. € bzw. 4,02 % ausbauen. Emittiert wurden hauptsächlich Pfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe.

Das Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn reduzierte sich von 189,1 Mio. auf 181,2 Mio.

Die Steigerung der sonstigen Passiva von 67,9 Mio. € auf 91,9 Mio. € oder 35,32 % betrifft überwiegend Verbindlichkeiten mit Verrechnungscharakter und der Vorsorge für die Verpflichtungen der Pfandbriefstelle in Höhe von € 15,5 Mio. €.

Mittelverwendung / Vermögensstruktur

	2014		2013	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	1.246,9	27,70	1.340,9	28,75
Forderungen an Kunden	2.627,8	58,38	2.662,5	57,09
Wertpapiere	540,0	12,00	562,4	12,06
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	19,2	0,43	20,5	0,44
Sonstige Aktiva	67,2	1,49	77,6	1,66
Gesamtvermögen	4.501,1	100,0	4.663,8	100,0

HYPO-VERBAND 2014

Die Forderungen an Kreditinstitute sanken gegenüber dem Vorjahr um 94,0 Mio. € bzw. -7,01 % auf 1.246,9 Mio. €. Die Rückgänge sind aus Festgeldern von Banken in Höhe von 226,4 Mio. € zu verzeichnen. Diese konnten überwiegend durch nicht börsennotierte Anleihen von Banken in Höhe von 126,3 Mio. € kompensiert werden.

Zum Bilanzstichtag 2014 erreichten die Forderungen an Kunden einen Betrag von 2.627,8 Mio. €. Die Veränderung resultiert hauptsächlich aus rückgeführten Fremdwährungsfinanzierungen.

Die Position Wertpapiere setzt sich zum 31.12.2014 aus 240,2 Mio. € Schuldtitel öffentlicher Stellen, 294,0 Mio. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und 5,8 Mio. € Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere zusammen.

Die Senkung bei den sonstigen Aktiva betrifft im Wesentlichen Forderungen mit Verrechnungscharakter.

Ertragslage

	2014	2013
	Mio. €	Mio. €
Nettozinsertrag inklusive Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	44,5	47,1
Dienstleistungsgeschäft	14,8	14,4
Betriebserträge	62,9	63,9
Betriebsaufwendungen	46,0	46,9
Betriebsergebnis	16,9	17,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-0,5	14,0

In Anbetracht des niedrigen Zinsniveaus erreichte die HYPO Salzburg einen Nettozinsertrag in Höhe von 44,5 Mio. €. Neben Zinserträgen aus Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sowie aus festverzinslichen Wertpapieren finden hier Erträge aus Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie aus Beteiligungen ihren Niederschlag. Zinsaufwendungen entstehen durch Verbindlichkeiten gegenüber Kunden bzw. Kreditinstituten, verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital.

Das Dienstleistungsgeschäft konnte gegenüber dem Vorjahr um weitere 2,38 % gesteigert werden und erreichte einen Wert von 14,8 Mio. €. Entsprechend unseren strategischen Zielen ist wiederum eine Ausweitung hauptsächlich in den Sparten Zahlungsverkehr, Wertpapier und Finanzierungen gelungen.

Die Betriebsaufwendungen in Höhe von 46,0 Mio. € setzen sich aus 29,3 Mio. € Personalaufwand, 14,3 Mio. € Sachaufwand, 1,3 Mio. € Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 enthaltenen Vermögensgegenständen und 1,1 Mio. € aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen zusammen. Im laufenden Geschäftsjahr wurde beim Personalaufwand der Rechnungszinsfuß für Personalrückstellungen von 2,50 % auf 2,00 % geändert. Der Sachaufwand reduzierte sich von 15,4 Mio. € auf 14,3 Mio. € durch diverse Einsparmaßnahmen in allen Bereichen.

Dadurch weist das Betriebsergebnis als Saldo der Betriebserträge und Betriebsaufwendungen einen Betrag von 16,9 Mio. € aus.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt unter Berücksichtigung der Risikovorsorgen und der Wertpapierbewertungen -0,5 Mio. €.

Für die Ermittlung des Einzelwertberichtigungs-/Rückstellungsansatzes in den Default-Klassen ist zwischen signifikanten und nicht-signifikanten Kreditengagements zu unterscheiden. Als signifikant gilt ein Einzelkreditnehmer ab einem Konzernobligo von 1,0 Mio. €.

Bei signifikanten Krediten erfolgt die Ermittlung der Höhe der Einzelwertberichtigung bzw. Rückstellung mittels Discounted-Cash-Flow-Methode. Dabei werden alle künftig erwarteten Cash-Flows auf den Bewertungszeitpunkt abgezinst. Bei einer Lücke ist eine Einzelwertberichtigung bzw. Rückstellung anzusetzen.

Bei nicht-signifikanten Krediten ist die Einzelwertberichtigung bzw. Rückstellung abhängig von der Bonität wie folgt zu berechnen:

- bei einem Rating von 5,0 und 5,1: 70 % vom Blankorisiko
- bei einem Rating von 5,2: 95 % vom Blankorisiko

Die Ermittlung des Einzelwertberichtigungs-/Rückstellungsansatzes in den Nicht-Default-Klassen erfolgt zum jeweiligen Kunden analog zu der Portfolio-Wertberichtigung nach IFRS. Die Ermittlung der Portfolio-Wertberichtigung IFRS erfolgt aus den Produkten Kreditrisiko, Ausfallwahrscheinlichkeit je Ratingklasse und der Loss Identification Period von 1,0.

Gemäß § 2 PfBrStG haften die Mitgliedsinstitute und die jeweiligen Gewährträger der Mitgliedsinstitute zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle. Die Pfandbriefstelle hat zum 31.12.2014 Verbindlichkeiten aus Emissionen in Höhe von 5.484,9 Mio. €, davon betreffen die HETA ASSET RESOLUTION AG („HETA“) 1.239,1 Mio. €. Mit Schreiben vom 01.03.2015 teilte der Bundesminister für Finanzen mit, dass keine weiteren Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen der Republik Österreich nach dem FinStaG bei der HETA gesetzt werden. Mit Bescheid vom 01.03.2015 ordnete die Finanzmarktaufsicht („FMA“) in ihrer Funktion als Abwicklungsbehörde gemäß § 3 Abs 1 BaSAG an, dass infolge des Vorliegens der Abwicklungsvoraussetzungen nach § 49 BaSAG die Fälligkeiten sämtlicher von der HETA ausgegebenen Schuldtitel und ihrer Verbindlichkeiten mit sofortiger Wirkung bis zum 31.05.2016 aufgeschoben werden. Für das bestehende Risiko, dass die Pfandbriefstelle der Verpflichtung zur Bedienung der betroffenen Schuldtitel nicht zur Gänze nachkommen kann, und die HYPO Salzburg, die übrigen Landes-Hypothekenbanken und die jeweiligen Gewährträger von den Gläubigern der Pfandbriefbank AG bzw. Pfandbriefstelle in Anspruch genommen werden, wurden Vorsorgen in Höhe von 15,5 Mio. € gebildet. Bei der Höhe der Vorsorge wurde die im Bescheid der FMA vom 01.03.2015 bekannt gegebene vermögensmäßige Überschuldung der HETA (Mittelwert), die Bürgschaft des Landes Kärnten sowie die Kopfquote der möglichen Verpflichtung mit einem Sechzehntel berücksichtigt. Die

HYPO-VERBAND 2014

Wahrscheinlichkeit und die Höhe eines zu erwartenden Mittelabflusses sowie die Einbringlichkeit möglicher Ansprüche gegenüber der HETA und dem Land Kärnten sind mit Unsicherheiten behaftet.

Dadurch verringert sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf -0,5 Mio. € und der Jahresfehlbetrag auf -4,9 Mio. €.

Eigenkapital

Das Eigenkapital setzt sich per 31.12.2014 im Einzelnen wie folgt zusammen:

	Mio. €
Grundkapital	18,4
Rücklagen	121,9
Hafrücklage	39,5
Fonds für allgem. Bankrisiken	1,5
Eigenkapital	181,2

Die gesamten anrechenbaren Eigenmittel der HYPO Salzburg gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 auf Einzelinstitutsebene erreichten per Stichtag 255,7 Mio. € und setzen sich aus 181,2 Mio. € Kernkapital und 74,5 Mio. € Ergänzungskapital zusammen. Das gesetzliche Eigenmittelerfordernis gemäß Art 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 lag bei 149,5 Mio. €. Somit konnte zum Bilanzstichtag ein Eigenmittelüberhang von 106,2 Mio. € erzielt werden.

Mit einer harten Kernkapitalquote von 9,69 % und einer Gesamtkapitalquote von 13,68 % liegen die Werte deutlich über den Mindestquoten.

AUSBLICK 2015

Die HYPO Salzburg wird auch in Zukunft ein verlässlicher und berechenbarer Partner sein, die Entscheidungsträger sind hier vor Ort. Die HYPO Salzburg hat eine stabile Eigentümerstruktur und das erfolgreiche Geschäftsmodell einer Regionalbank.

Die bestmöglich gelebte Kundenbetreuung und somit das Vertrauen der Kunden bleibt das wichtigste Anliegen der HYPO Salzburg. Gerade in turbulenten Zeiten ist die HYPO Salzburg so aufgestellt, dass sie ihren Kunden und deren Anliegen ein starker Partner bleibt.

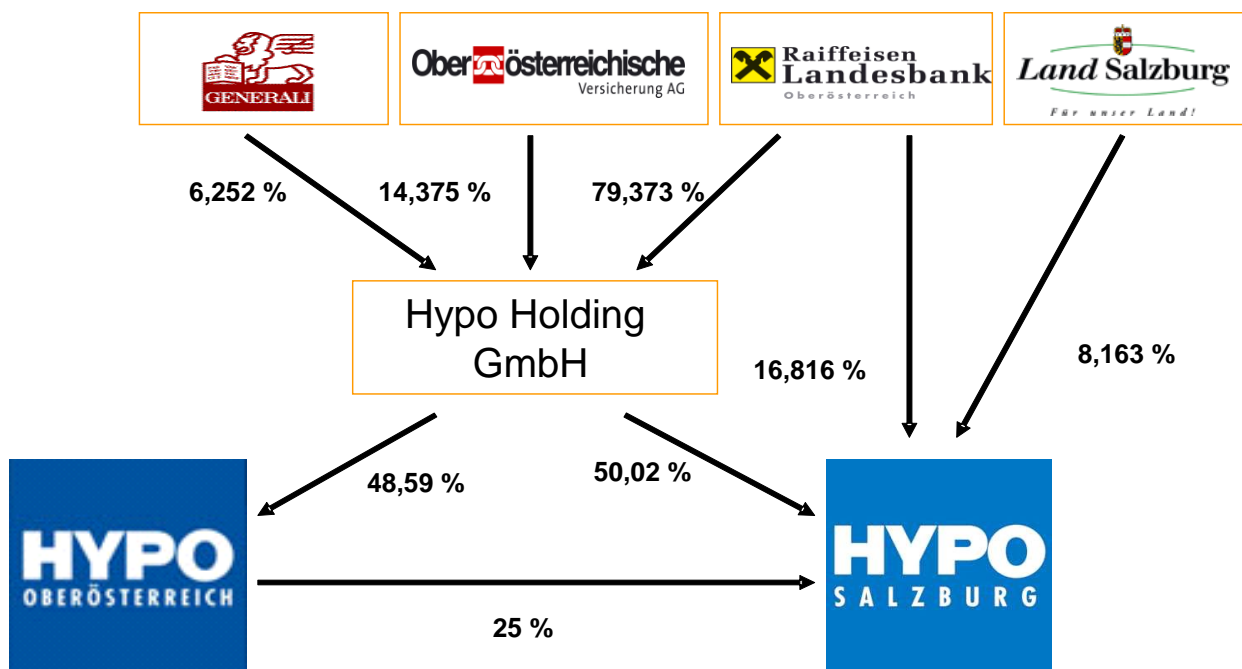
Im Fokus der HYPO Salzburg stehen weiterhin der Ausbau der Kundenanzahl sowie die Vertiefung der Kundenbeziehung, der Vermögensaufbau und Vermögenserhalt unserer Kunden sowie ein risikobewusstes Wachstum im Kreditbereich.

Wir sind davon überzeugt, dass wir die für 2015 gesetzten Ziele erreichen werden. Aufgrund der bisherigen Entwicklung der vorliegenden Kurz- und Mittelfrist-Plandaten erwarten wir für das Geschäftsjahr 2015 und Folgejahre wieder stabile Ergebnisse.

Die HYPO Salzburg verfügt über eine solide Eigenkapitalausstattung und hat liquiditätsmäßig vorgesorgt, um ein qualitatives Wachstum im Kundengeschäft sicherzustellen.

HYPO-VERBAND 2014

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	4.501	4.664
Anrechenbare Eigenmittel (gemäß Teil 2 der CRR)	256	259
EGT	0	14
Spareinlagen	630	656
Ø Mitarbeiteranzahl	350	348
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	24	24
Return on equity	-0,26%	7,78%
Cost Income Ratio	73,07%	73,41%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.8. LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG

Die von der Landes-Hypothekenbank Steiermark AG eingeschlagene Geschäftsstrategie, als primär auf Kunden und Vertrieb orientiertes Finanzdienstleistungsinstitut zu agieren, wurde im Geschäftsjahr 2014 konsequent fortgesetzt. Die HYPO Steiermark verantwortet im Konzern RLB/HYPO die Geschäftsfelder Premium Banking (Ärzte und freien Berufe sowie Premium Private Banking), das gehobene Privatkundengeschäft, das institutionelle Geschäft inklusive Wohnbaugenossenschaften sowie die Immobilienprojektfinanzierung.

Mittelverwendung

Die **Bilanzsumme** ist im abgelaufenen um T€ 275.269 oder 5,8 % auf T€ 4.488.784 gesunken. Die **Forderungen an Kreditinstitute** (inkl. Kassenbestand) haben sich per 31.12.2014 um T€ 24.306 oder 2,3 % auf T€ 1.019.733 (Vorjahr: T€ 1.044.039) verringert. Diese Position beinhaltet neben nicht börsennotierten festverzinslichen Wertpapieren und Bankguthaben auch Ausleihungen an Kreditinstitute. Der Kassenbestand wie auch das Guthaben bei Zentralnotenbanken sind gegenüber 2013 weitgehend unverändert geblieben. Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich zum Ultimo des Jahres 2014 um T€ 24.405 verringert und betragen T€ 997.995. Davon betreffen mit T€ 944.673 (Vorjahr: T€ 932.002) die Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG. Der Rückgang in dieser Position ist in erster Linie auf die Verringerung der Forderungen gegenüber der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG zurückzuführen. Unter Berücksichtigung der herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der aufsichtsrechtlichen Vorgaben rund um BASEL III und den damit verbundenen Aufwendungen weist die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG ein **Gesamtausleihungsvolumen für Kunden** von T€ 2.750.782 aus.

Das Gesamtausleihungsvolumen von T€ 2.750.782 verteilt sich auf die strategischen Geschäftsfelder „**Privatkundengeschäft und Gewerbekunden**“ mit T€ 949.728, „**Immobilienprojektfinanzierung und institutionelles Geschäft**“ mit T€ 1.488.814 sowie **Leasing und Wertpapiere** in Höhe von T€ 312.239.

Das Ausleihungsvolumen im Geschäftsfeld „**Privatkundengeschäft und Gewerbekunden**“ mit T€ 949.728 verteilt sich mit T€ 161.606 auf den Bereich „Freie Berufe“, mit T€ 216.249 auf den Bereich „Gewerbekunden“ sowie mit T€ 571.873 auf „Privatkunden“.

Im Geschäftsfeld „**Immobilienprojektfinanzierung**“ inklusive Kommerzgeschäft im engeren Sinne wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Geschäftsvolumen von T€ 551.821 erreicht. Der Bereich der Projektfinanzierung konnte mit einem Geschäftsvolumen von T€ 452.102 abschließen. Der Rückgang im Kommerzgeschäft von T€ 183.936 im Jahr 2013 auf T€ 99.719 im Jahr 2014 erklärt sich mit dem Übergang der strategischen Verantwortung für dieses Geschäftsfeld auf die RLB Steiermark AG und dem damit einhergehenden,

abreifenden Volumina in der HYPO. Insgesamt hat sich die gute Marktstellung und die Professionalität der Landes-Hypothekenbank Steiermark in diesem Geschäftsfeld bestätigt.

Durch eine konsequente und intensive Marktbearbeitung im **institutionellen Geschäftsfeld** (Wohnbaugenossenschaften, öffentliche Hand sowie übrige der öffentlichen Hand zuordenbare Gesellschaften) konnte 2014 ein Geschäftsumfang von T€ 936.993 ausgewiesen werden. Ein Wachstum wurde im Bereich der Wohnbaugenossenschaften erzielt und es konnte insgesamt ein Gesamtvolumen von T€ 406.708 ausgewiesen werden. Das Ausleihungsvolumen im Bereich der öffentlichen Hand ist dagegen rückläufig und beläuft sich auf T€ 480.375. Im großvolumigen Bereich konnten die Geschäftsbeziehungen außerhalb der Steiermark weiter intensiviert werden und sind wir vor allem in der Bundeshauptstadt ob unserer ausgeprägten Kompetenz ein gerngesehener Partner.

Eine sehr bedeutende Stellung nimmt die HYPO Steiermark nach wie vor bei Finanzierungen mit dem Verwendungszweck **Schaffung, Erneuerung und Verbesserung von Wohnraum** ein. Im Geschäftsjahr 2014 standen rund T€ 606.175 oder 22,6 % des gesamten Ausleihungsvolumens den Kundinnen und Kunden der HYPO Steiermark zur Wohnraumfinanzierung zur Verfügung.

Im **Leasingbereich** betrug das Geschäftsvolumen im Jahr 2014 T€ 188.017 und wurde der im Jahr 2009 eingeschlagene Weg – im Fokus stehen Immobilienprojekte in Österreich und Westeuropa – risikoorientiert fortgesetzt.

Der Bestand der im Eigenbesitz befindlichen Wertpapiere ist im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund planmäßiger Tilgungen um T€ 104.505 oder 14,7 % auf T€ 605.892 zurückgegangen (Vorjahr: T€ 710.397).

Der buchmäßige Stand der gesamten Anteilsrechte mit T€ 40.603, der sich in zwei Bilanzpositionen (**Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen**) gliedert, verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 12.951. Im abgelaufenen Geschäftsjahr kam es zu außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von T€ 17.944.

In Summe wurden die Positionen „**Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens**“ sowie „**Sachanlagen**“ zum Berichtsstichtag ebenfalls nahezu unverändert mit einem Betrag von T€ 5.601 ausgewiesen.

Die in den **sonstigen Aktiva** dargestellten sonstigen Vermögensgegenstände sowie aktive Rechnungsabgrenzungsposten betragen zum 31.12.2014 T€ 66.173 (Vorjahr: T€ 74.230).

Mittelherkunft

Im Bereich der Mittelaufbringung erreichen die **Passivposten 1, 2 und 3** zum Abschlussstichtag insgesamt eine Summe von T€ 4.264. Dies entspricht einem Rückgang von T€ 137 oder 3,11%.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** erhöhten sich stichtagsbedingt im Vergleich zum 31.12.2013 von T€ 589.329 um T€ 82.259 oder 14,0 % auf T€ 671.588.

H Y P O - V E R B A N D 2 0 1 4

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** nahmen im Berichtsjahr von T€ 1.719.226 um T€ 74.752 oder 4,3 % auf T€ 1.644.474 ab. In dieser Position werden einerseits die Spareinlagen mit einem Betrag von T€ 328.206 ausgewiesen, andererseits stehen die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit insgesamt T€ 1.316.269 zu Buche. Die Verringerung dieses Bilanzpostens verteilt sich mit T€ 16.209 auf den Bereich der Spareinlagen sowie mit einem Betrag von T€ 58.542 auf die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Der Gesamtbetrag der **verbrieften Verbindlichkeiten** beträgt zum 31.12.2014 T€ 1.947.549 nach T€ 2.091.943 (31.12.2013). Diese Position erhöhte sich einerseits durch Neu-Emissionen (T€ 47.295), durch die Umgliederung von nachrangigen Anleihen (T€ 96.282) sowie aufgrund von Zinsen und Bewertungseffekten (T€ 10.975), demgegenüber steht ein Rückgang aufgrund von planmäßigen Tilgungen (T€ 124.900), Kündigungen (T€ 88.800) und Umlaufverminderungen (T€ 85.246).

Die Neuemissionen betreffen nicht fundierte Anleihen mit einem Volumen von T€ 30.000, Pfand- und Kommunalbriefe in Höhe von T€ 10.000 sowie Wohnbaubankanleihen mit T€ 7.295.

Die in den **sonstigen Passiva** dargestellten sonstigen Verbindlichkeiten, passiven Rechnungsabgrenzungsposten und Rückstellungen werden zum Berichtsstichtag mit T€ 96.090 ausgewiesen (Vorjahr: T€ 87.621). Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Rückstellungen, insbesondere für außerbilanzielle Geschäfte, zurückzuführen.

Ertragslage

Der **Nettozinsertrag** (T€ 55.378) als Saldo aus den Zinserträgen und den Zinsaufwendungen liegt um T€ 1.042 über dem Vergleichswert des Vorjahres von T€ 54.336.

Seit 1.1.2014 werden die Zinsaufwendungen und -erträge aus Sicherungsgeschäften saldiert in der GuV-Position 1 „**Zinsen und ähnliche Erträge**“ ausgewiesen (davor wurden diese in der jeweiligen Ausweisposition des Grundgeschäfts gezeigt). Um eine Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr zu ermöglichen, empfiehlt es sich, eine Anpassung der Vergleichszahlen des Vorjahres vorzunehmen. Dementsprechend würden sich die Zinsen und ähnlichen Erträge des Jahres 2013 von T€ 78.078 um T€ 93.142 auf einen Betrag von T€ 171.220 erhöhen. Gegenüber diesem errechneten Vergleichswert sind die Zinserträge des Jahres 2014 in Höhe von T€ 158.953 um T€ 12.267 oder 7,2% geringer auszuweisen als im Vorjahr. Den größten Rückgang gab es im Bereich **der Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren** mit -T€ 3.528 sowie bei den Zinserträgen aus Derivaten mit einem Minus von T€ 5.832.

Aufgrund der vorhin erwähnten Ausweisänderung ist es auch im Bereich der **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** zweckmäßig, einen Vorjahresvergleichswert zu ermitteln. Eine solche Anpassung der Vergleichszahlen 2013 würde zu einer Erhöhung der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von T€ 23.742 um T€ 93.142 auf T€ 116.884 führen.

HYPO-VERBAND 2014

Basierend auf diesem errechneten Vergleichswert verringerte sich der Gesamtbetrag der Zinsaufwendungen im Jahr 2014 um T€ 13.309 auf T€ 103.375. Dies entspricht einer Reduktion von 11,4%. Zu dieser Entwicklung hat in erster Linie eine Verringerung der Zinsaufwendungen für verbriefte Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 10.862 beigetragen.

Das **Provisionsergebnis** als Saldo aus Provisionserträgen und Provisionsaufwendungen wird per 31.12.2014 mit T€ 9.691 auf dem Niveau der Vorperiode ausgewiesen.

Die Position „**Ergebnis aus Finanzgeschäften**“ ist gegenüber der Vergleichsperiode um T€ 102 gesunken und trägt mit T€ 485 zum Gesamtergebnis bei.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** erreichten T€ 11.895 und liegen damit über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Der **Personalaufwand** (einschließlich der Pensions- und Abfertigungsrückstellungen) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.585 von T€ 23.943 auf T€ 25.528. Diese Entwicklung ist vor allem auf erhöhte Aufwendungen aus der Dotierung von Pensions- und Abfertigungsrückstellungen in Höhe von T€ 2.232 zurückzuführen. Die **übrigen Betriebsaufwendungen** (Sachaufwand, Abschreibungen sowie sonstige betriebliche Aufwendungen) bewegen sich mit insgesamt T€ 30.843 geringfügig unter dem Vorjahresniveau (Vorjahr: T€ 31.133).

Das **Betriebsergebnis** errechnet sich durch Saldierung der Betriebserträge mit den Betriebsaufwendungen und liegt mit einem Betrag von T€ 25.073 per 31.12.2014 um T€ 4.800 über dem Ergebnis des Vorjahres.

Der **Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Kundenforderungen und Wertpapieren des Umlaufvermögens** (GuV-Position 11./12.) beläuft sich auf T€ 31.206 (Vorjahr: T€ 13.080).

Der **Aufwandssaldo aus der Veräußerung und der Bewertung von Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind**, sowie von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen beträgt T€ 17.899 gegenüber T€ 3.945 im Geschäftsjahr 2013 und ist in erster Linie auf die im Jahr 2014 vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf verbundene Unternehmen in Höhe von T€ 17.944 zurückzuführen.

Das **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** verringerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr somit um T€ 27.281 auf -T€ 24.032.

Nach Steuern und Rücklagenbewegungen verbleibt ein **Bilanzgewinn** von T€ 0 (Vorjahr T€ 125).

Eigenmittel

Die anrechenbaren Eigenmittel gemäß Teil 2 der CRR betragen per 31.12.2014 T€ 157.335 gegenüber T€ 196.962 im Vorjahr, wobei T€ 129.012 als hartes Kernkapital (CET 1) anrechenbar sind. Die darauf

bezogene Kernkapitalquote beträgt per 31.12.2014 6,45%. Die Gesamtkapitalquote liegt bei 8,8 % nach 11,5 % im Geschäftsjahr 2013.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG versteht sich als regionale Traditions- und Premiumbank mit einem hohen Qualitätsanspruch. Der Sitz der Unternehmenszentrale ist in Graz. Über Filialen ist das Unternehmen tief in den Regionen der Steiermark verwurzelt und bietet seinen Kundinnen und Kunden persönliches Banking, mobiles Banking und Online Banking – je nachdem, wie, wann und wo unsere Klientel mit uns in Kontakt treten möchte. Ziel ist es, unseren Geschäftspartnern bestmögliches Service in Betreuung, Beratung und Transaktion anzubieten.

Als aktives Mitglied von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt ist sich die Bank ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den Menschen und der Natur bewusst. Deshalb hat wirtschaftliche, soziale und ökologische Integrität in allen Unternehmensbereichen höchste Priorität. Ethische und kulturelle Werte und das Prinzip der Nachhaltigkeit bilden integrale Bestandteile des unternehmerischen Leitbildes und somit die Basis jedes einzelnen Entscheidungsprozesses. Ziel ist es, einen Beitrag zur Entwicklung der steirischen Wirtschaft und Gesellschaft zu leisten. Das beinhaltet auch die Förderung kultureller Werte und Traditionen.

Die Bank engagiert sich seit den frühen 1980-er Jahren konsequent in Bereichen, die über ihr Betätigungsfeld laut Gründungsauftrag hinausgehen. Waren es früher Sponsorings von Publikationen oder die Durchführung einer Bilderausstellung, so umfasst das Engagement heute die Gebiete Kunst und Kultur, Bildung, Gesundheit, Soziales sowie Umwelt. Ziel ist es, in Form von längerfristigen Kultur-Partnerschaften (Sponsorings mit Veranstaltungen kombiniert) ein klares Bekenntnis zur sozialen Verantwortung und darüber hinaus zu Werten, die das Unternehmen für förderungswürdig und unterstützenswert erachtet, der Öffentlichkeit bzw. den Geschäftspartnern zu vermitteln.

Nachhaltige Zusammenarbeit spielt dabei eine besondere Rolle.

Mit dem Stift Rein ist die Bank beispielsweise seit Jahrzehnten in einer Partnerschaft eng verbunden. Seit dem Jahr 2011 besteht die Kooperation mit dem Grazer Odilieninstitut. Menschen mit Sehbehinderung gestalten und fertigen in Handarbeit kleine Kunstwerke als Beilagen zu den Geburtstagsbillets des Bereiches PREMIUM.PrivateBanking der HYPO Steiermark.

Um die Öffentlichkeit zu kultureller Auseinandersetzung und Diskussion anzuregen, nützt das Unternehmen seine Räumlichkeiten z.B. zur Präsentation künstlerischer Leistungen im Rahmen der „styrian ARTfoundation“, für die die HYPO Steiermark Exklusivsponsor ist. Mit an Bord sind dabei die Kulturabteilungen des Landes Steiermark und der Stadt Graz.

Da Bildung und Qualifikation junger Menschen für den Wirtschaftsstandort Steiermark von essenzieller Bedeutung sind, engagiert sich die HYPO Steiermark in Kooperationen mit Fachhochschulen und Handelsakademien sowie der Wirtschaftshilfe für Studierende Steiermark (WIST). So unterstützt das Bankinstitut seit vielen Jahren den jährlich stattfindenden „HAK-Akademy-Award“. Dabei geht es um die Präsentation und Prämierung der jeweils jahrgangsbesten HAK-Maturaprojekte. Zudem fördert und

unterstützt die Bank HAK-Maturaprojekt-Teams und FH-Diplomarbeiten, indem wir als Auftraggeber und Know-how-Geber fungieren.

Ihre gesellschaftliche Verantwortung als Regionalbank nimmt die HYPO Steiermark in verschiedenen Sozialprojekten wahr. Ziel ist es immer wieder, die Lebensqualität von in Not geratenen Steirerinnen und Steirern aktiv zu verbessern. Auch hier liegt der Fokus auf langjährigen und nachhaltigen Partnerschaften, wie sie z. B. mit der Grazer Marienambulanz bestehen. Es sind somit immaterielle Werte – menschlich, sozial, gesellschaftlich – zu denen sich das Unternehmen bekennt.

Die HYPO Steiermark ist in den steirischen Regionen aufgrund ihrer jahrzehntelangen Filialtätigkeit stark verankert. Ein wichtiger Regionalpartner sind etwa die Jugend- und Familiengästehäuser (JUFA), welche mithilfe der HYPO Steiermark viele Vorhaben realisieren konnten.

Mit unseren Aktivitäten wollen wir ein sichtbares Bekenntnis unserer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und dem Einzelnen zum Ausdruck bringen.

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Die Schweizer Nationalbank (SNB) hat im Jänner 2015 den Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro aufgehoben. Der Mindestkurs wurde seitens der SNB in einer Zeit der Überbewertung des Frankens und größerer Verunsicherung an den Finanzmärkten eingeführt. Die Kursentwicklung im ersten Quartal 2015 hat zur Folge, dass sich das aktuelle CHF-Kundenkreditportfolio in der HYPO um ca. 10 % erhöht hat. Die aufgrund der Kursentwicklung des CHF höheren Kundenvolumina bzw. höheren offenen Risikopositionen werden auf Grundlage einer Einzelkreditprüfung bzw. im Zuge des quartalsmäßigen EWB-Prozesses analysiert und im entsprechenden Ausmaß wertberichtigt.

Mit Schreiben vom 1. März 2015 teilte der Bundesminister für Finanzen mit, dass keine weiteren Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen der Republik Österreich nach dem FinStaG bei der HETA gesetzt werden.

Mit Bescheid vom 1. März 2015 ordnete die Finanzmarktaufsicht („FMA“) in ihrer Funktion als Abwicklungsbehörde gemäß § 3 Abs 1 BaSAG an, dass infolge des Vorliegens der Abwicklungsvoraussetzungen nach § 49 BaSAG die Fälligkeiten sämtlicher von der HETA ausgegebenen Schuldtitel und ihrer Verbindlichkeiten mit sofortiger Wirkung bis zum 31. Mai 2016 aufgeschoben werden.

Die Pfandbriefstelle hat zum 31.12.2014 Verbindlichkeiten aus Emissionen in Höhe von 5,5 Mrd. EUR, davon betreffen die HETA ASSET REOLUTION AG („HETA“) 1,2 Mrd. EUR.

Für das bestehende Risiko, dass die Pfandbriefstelle der Verpflichtung zur Bedienung der betroffenen Schuldtitel nicht zur Gänze nachkommen kann, und die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG, die übrigen Landes-Hypothekenbanken und die jeweiligen Gewährträger von den Gläubigern der Pfandbriefstelle bzw. der Pfandbriefstelle in Anspruch genommen werden, wurden Vorsorgen in Höhe von 15,5 Mio. EUR gebildet. Bei der Höhe der Vorsorge wurde die im Bescheid der FMA vom 1.3.2015 bekannt gegebene vermögensmäßige Überschuldung der HETA (Mittelwert), das verwertungsrelevante Vermögen des Landes Kärntens sowie das Ausmaß der möglichen Verpflichtung mit einem Sechzehntel berücksichtigt.

Die Wahrscheinlichkeit und die Höhe eines zu erwartenden Mittelabflusses sowie die Einbringlichkeit möglicher Regressansprüche gegenüber der HETA und dem Land Kärnten sind mit Unsicherheiten behaftet. Darüber hinaus gibt es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine außerordentlichen Geschäftsfälle oder sonstigen Vorgänge, die von besonderem öffentlichem Interesse wären oder sich wesentlich auf den Jahresabschluss 2014 auswirkten.

AUSBLICK 2015

Unter den Industrieländern ist vor allem in den USA ein weiterhin kräftiges Wirtschaftswachstum zu erwarten. Sie werden somit wie in den letzten Jahren wesentlich zum weltweiten Wirtschaftswachstum beitragen. Der Inlands-Konsum wird durch den niedrigen Ölpreis, eine wenig restriktive Fiskal- und Geldpolitik unterstützt. Die Wachstumserwartungen für 2015 sind generell über 3 %. Im Laufe des Jahres wird von der Federal Reserve eine vorsichtige Zinserhöhung erwartet.

Der Euro-Raum bleibt weiterhin anfällig für Krisen. Gefahren existieren einerseits auf politischer Ebene (Schlagwort: Griechenland). Andererseits bremsen fortbestehende Strukturprobleme im Kern des Euroraumes und die hohe Verschuldung. Der Rückgang der Rohölpreise und schwächere Eurokurs in 2014 wird die Konjunktur zwar etwas stärken, mittelfristig wird diese aber von Nachfragemangel und Disinflation dominiert. Für 2015 zeigen die Prognosen im Euro-Raum ein BIP-Wachstum von kaum über 1%, ein Rückgang der Arbeitslosigkeit ist zudem kaum zu erwarten. Die EZB wird gezwungen sein, die ultra-lockere Geldpolitik weiterzuführen.

Für Österreich zeichnet sich derzeit noch keine durchgreifende Besserung der Konjunktur ab. Es gibt jedoch auch keinen Hinweis auf ausgeprägte rezessive Tendenzen. Ob die österreichische Wirtschaft im Laufe des Jahres 2015 wieder kräftiger expandieren wird, hängt neben den nationalen Reformanstrengungen und der Steuerreform auch vom internationalen Umfeld ab. Das Wachstum sollte im Jahr 2015 mit rund 0,5 % (laut WIFO) nur geringfügig stärker ausfallen als im Vorjahr. Damit geht die seit 2012 anhaltende Schwächephase in ihr viertes Jahr.

Für die Schwellenländergruppe ist allgemein eine Stabilisierung der Wachstumsrate zu erwarten. Dennoch wird die Entwicklung zwischen den Regionen unterschiedlich verlaufen und zwei Fragen offen bleiben: Wie groß wird der BIP Rückgang in Russland sein? Schafft China eine „weiche Landung“?

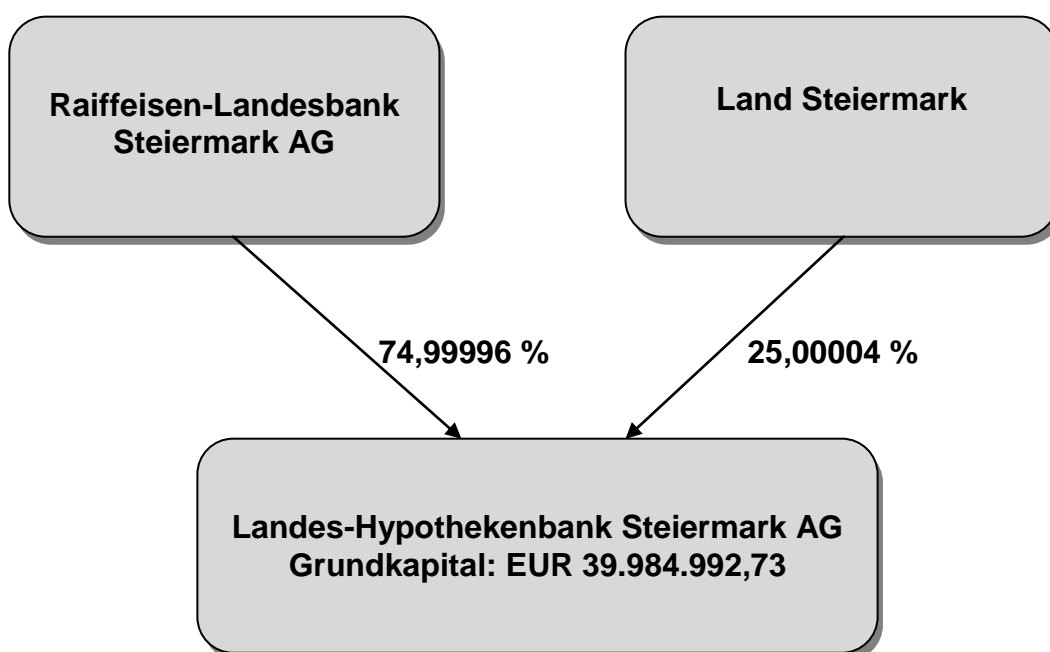
Überraschungen werden sicher das Jahr 2015 prägen. Die Aufhebung des EUR/CHF-Mindestkurses von 1,20 durch die Schweizerische Nationalbank Mitte Jänner ist bereits ein Beispiel dafür. Zweifelsohne werden – in einem Kontext von sehr moderaten Wachstumsraten gepaart mit Risiken – die Zentralbanken weiterhin unterstützend bleiben müssen.

Ausgehend von einem historisch niedrigen Zinsniveau und damit verbundenen kleinen Margen, hohen regulatorischen Vorgaben und Aufwänden sowie geändertem Kundenverhalten behalten Optimierungen in Struktur und Produktivität für Banken besondere Bedeutung. Dies gilt genauso für die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG. Der Weg zu noch höherer Effektivität und Effizienz wird auch 2015 konsequent fortgesetzt. Auf Basis einer vorausschauenden Geschäftspolitik können wir den wirtschaftlichen

HYPO-VERBAND 2014

und den gesetzlichen Rahmenbedingungen bestmöglich entsprechen. Unsere enge Beziehung zu unseren Kunden sowie unsere Werte wie professionell, respektvoll, offen und transparent stehen dabei an oberster Stelle. Die Beratung, Hilfestellung und gemeinsame Lösungsfindung für die finanziellen Bedürfnisse unserer Kunden bleiben im Fokus unserer Tätigkeit. Als zukunftsorientierte Regionalbank mit langjähriger Tradition und hohem Qualitätsanspruch werden wir für Kunden, Eigentümer und die Gesellschaft auch in bewegten Zeiten ein verlässlicher Partner sein.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	4.488,8	4.764,1
Eigenmittel	157,3	197,0
EGT	-24,0	3,3
Spareinlagen	328,2	344,4
Ø Mitarbeiteranzahl	220,6	228,5
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	12	15
Return on equity	-16,8%	2,08%
Cost Income Ratio	69,2%	73,09%

*) Kennzahlen nach UGB bilanziert.



2.9. HYPO TIROL BANK AG

Als Tiroler Landesbank stellt die Hypo Tirol Bank die Regionen und die Nähe zum Kunden in den Mittelpunkt. Im Zentrum steht ein starkes Land mit einer starken Bank. Oberstes Ziel es ist, das Vertrauen der Kunden zu festigen und zum gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Wohlergehen beizutragen.

Als Universalbank bedient die Hypo Tirol Bank im Wesentlichen vier strategische Geschäftsfelder: Privatkunden, Private Banking und Freie Berufe, Firmenkunden und Öffentliche Institutionen. Eine umfassende Betreuung, persönliche Kontakte und die partnerschaftliche Zusammenarbeit rücken den Kunden in das Zentrum des Interesses.

Als Landesbank kommt die Hypo Tirol Bank ihrer Verantwortung für die positive Entwicklung Tirols nach – und das in vielfacher Hinsicht. Durch das Leistungsbündel der Hypo WohnVision unterstützt sie die Schaffung von privatem Wohnraum und investiert darüber hinaus auch in den gewerblichen Wohnbau. Mit Investitionsfinanzierungen für zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe fördert sie die Wettbewerbsfähigkeit der Tiroler Wirtschaft im nationalen und internationalen Vergleich. Und dank der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Tiroler Gemeinden profitieren die Tirolerinnen und Tiroler durch die Umsetzung vielfältiger Projekte.

Über das eigentliche Bankgeschäft hinaus ist die Hypo Tirol Bank auch überzeugter Kultursponsor und unterstützt zahlreiche soziale Projekte. Dadurch sichert sie den Erhalt der kulturellen Werte und übernimmt Verantwortung für soziale Gerechtigkeit.

Bilanzentwicklung im Konzernabschluss

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag die Bilanzsumme mit 8,3 Mrd. Euro erwartungsgemäß um rund 7,3 % unter der Bilanzsumme des Vorjahrs (2013: 8,9 Mrd. Euro). Diese Entwicklung entspricht der eingeschlagenen Neuausrichtung der Bank.

Im Einzelnen zeigt sich bei den wesentlichen Bilanzpositionen folgendes Bild:

Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge

Die Forderungen an Kreditinstitute betragen zum 31. Dezember 2014 309,5 Mio. Euro (Vorjahr: 477,1 Mio. Euro) und sind damit gegenüber dem Vorjahr um 167,6 Mio. Euro zurückgegangen. Der Rückgang resultierte vorwiegend aus der Reduktion der Veranlagung bei der Schweizerischen Nationalbank.

Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge

Die Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 5.367,2 Mio. Euro (Vorjahr: 5.583,8 Mio. Euro). Der Rückgang beträgt damit 216,6 Mio. Euro und verteilt sich auf alle Kundensegmente nahezu gleichmäßig.

Finanzielle Vermögenswerte – AFS

Der Bilanzstand in dieser Position verringert sich um 115,5 Mio. Euro auf 840,9 Mio. Euro (Vorjahr: 956,4 Mio. Euro). Die Reduktion ist überwiegend bei Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten festzustellen.

Finanzielle Vermögenswerte - HTM

Der Rückgang bei den Finanziellen Vermögenswerten – HTM beläuft sich auf 48,4 Mio. Euro und betrifft vorwiegend endfällige Schuldverschreibungen anderer Emittenten. Zum 31. Dezember 2014 wurden somit Finanzielle Vermögenswerte – HTM in Höhe von 150,1 Mio. Euro (Vorjahr: 198,5 Mio. Euro) ausgewiesen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Bei der Position verbriefte Verbindlichkeiten – designated at Fair Value gab es Emissionen von 151,3 Mio. Euro und Tilgungen von 895,0 Mio. Euro. Weiters führen die Veränderungen in der Bewertung mit -44,1 Mio. Euro zum ausgewiesenen Bilanzstand von 2.740,3 Mio. Euro (Vorjahr: 3.556,5 Mio. Euro).

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Summe der Spareinlagen inkl. Kapitalsparbücher verzeichnete 2014 einen Rückgang von 40,9 Mio. Euro. Neben dem Rückgang bei den Termineinlagen mit 32,6 Mio. Euro ist bei den Giroeinlagen ein Anstieg um 216,1 Mio. Euro festzustellen. Die gesamte Position hat sich somit um 142,6 Mio. Euro auf 2.811,6 Mio. Euro erhöht (Vorjahr: 2.669,0 Mio. Euro).

Verbriefte Verbindlichkeiten

Durch Emissionen von 298,8 Mio. Euro sowie Tilgungen von 291,1 Mio. Euro erhöhen sich die verbrieften Verbindlichkeiten auf 1.247,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1.238,5 Mio. Euro).

Verbriefte Verbindlichkeiten – designated at Fair Value

Bei der Position verbriefte Verbindlichkeiten – designated at Fair Value gab es Emissionen von 151,3 Mio. Euro und Tilgungen von 895,0 Mio. Euro. Weiters führen die Veränderungen in der Bewertung mit -44,1 Mio. Euro zum ausgewiesenen Bilanzstand von 2.740,3 Mio. Euro (Vorjahr: 3.556,5 Mio. Euro).

Kapitalausstattung

Auf Basis der neuen Verordnung (EUR) Nr. 575/2013 (Capital Requirements Regulations – CRR) sowie der Richtlinie über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten (Capital Requirements Directive 4 – CRD IV) sind ab 2014 die konsolidierten Eigenmittel und die konsolidierten bankaufsichtlichen Eigenmittelerfordernisse nach IFRS, jedoch nach aufsichtsrechtlichem Konsolidierungskreis, zu ermitteln. In der HYPO TIROL BANK AG entspricht der aufsichtsrechtliche Konsolidierungskreis dem Konsolidierungskreis nach IFRS.

Die nachfolgenden Angaben legen die Eigenmittelerfordernisse gemäß CRR/CRD IV per 31.12.2014 bzw. gemäß Basel II per 31.12.2013 für die HYPO TIROL BANK AG offen und legen dar, aus welchen Bestandteilen sich die Eigenmittel des Konzerns zusammensetzen. Die Vergleichszahlen 31.12.2013 wurden nicht an die heutige Struktur und Methodik angepasst und entsprechen den veröffentlichten Zahlen.

Die anrechenbaren Eigenmittel gemäß CRR/CRD IV haben sich gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Mio. Euro verringert und betragen unter Berücksichtigung der Abzugsposten zum 31. Dezember 2014 561,6 Mio. Euro (Vorjahr: 567,2 Mio. Euro). Die erforderlichen Eigenmittel haben sich in diesem Zeitraum um 11,4 Mio. Euro verringert. Die Eigenmittelquote beträgt zum Bilanzstichtag 13,52 % (Vorjahr: 13,20 %) und hat sich zum Vorjahr um 0,32 % erhöht. Die HYPO TIROL BANK AG erfüllt damit im Konzern die Eigenmittelvorschriften der CRR/CRD IV. Der Eigenmittelüberschuss beträgt 229,2 Mio. Euro (Vorjahr: 244,8 Mio. Euro).

Das Kernkapital (Tier 1) beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 448,7 Mio. Euro (Vorjahr: 429,9 Mio. Euro). Die ergänzenden Eigenmittel (Tier 2) unter Berücksichtigung der Abzüge gemäß Artikel 66 (eigene Anteile Ergänzungskapital) betragen 112,9 Mio. Euro (Vorjahr: 137,8 Mio. Euro). Die Kernkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 10,80 % (Vorjahr: 10,33 %).

Erfolgsentwicklung

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 verfolgte die HYPO TIROL BANK AG die festgelegte Strategie der Fokussierung auf den Kernmarkt Tirol. Die Jahre der Restrukturierung und Reduzierung der Risikopositionen zeigen allmählich ihre Wirkung. So konnte die Risikovorsorge deutlich reduziert werden.

Aufgrund des durch die FMA am 01. März 2015 erlassenen Zahlungs-Moratoriums bedient die HETA ASSET RESOLUTION AG (ehemalige Hypo Alpe Adria Bank International AG) die offenen Forderungen gegenüber der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken [nunmehr Bankbetrieb in die Pfandbriefbank (Österreich) AG eingebracht] vorläufig nicht. Für die geordnete Fortführung der Pfandbriefbank (Österreich) AG und um weiteren Schaden für den Hypo-Sektor und den Finanzplatz Österreich insgesamt abzuwenden, werden die teilnehmenden Hypo-Banken, so auch die Hypo Tirol Bank, Liquidität bereitstellen. Für das bestehende Risiko, dass die Pfandbriefstelle der Verpflichtung zur Bedienung der betroffenen Schuldtitel nicht zu Gänze nachkommen kann, und die HYPO TIROL BANK AG, die übrigen Landes-Hypothekenbanken und die jeweiligen Gewährträger von den Gläubigern der Pfandbriefbank AG bzw. Pfandbriefstelle im Wege der gesetzlichen Solidarhaftung in Anspruch genommen werden, wurden Vorsorgen in Höhe von 38,7 Mio. Euro gebildet.

Vor Berücksichtigung der Drohverlustrückstellung iZm der HETA ASSET RESOLUTION AG erzielt die HYPO TIROL BANK AG aufgrund ihrer stetigen Restrukturierungsbemühungen ein sehr erfreuliches Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 23,5 Mio. Euro. Nach Berücksichtigung der Drohverlustrückstellung weist die Gesellschaft ein negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -15,2 Mio. Euro aus.

Die nachfolgenden Erläuterungen zeigen die wesentlichen Veränderungen der Gewinn- und Verlustrechnung:

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte der Nettozinsenertrag leicht um 0,2 Mio. Euro auf 99,4 Mio. Euro (Vorjahr: 99,2 Mio. Euro) angehoben werden.

H Y P O - V E R B A N D 2 0 1 4

Aufgrund der Zielvorgabe der Reduktion von Risikopositionen konnte die Risikovorsorge gegenüber Kundenforderungen deutlich reduziert werden. Durch die Rückstellungsdotierung iZm der HETA ASSET RESOLUTION AG beträgt die Risikovorsorge kumuliert 53,7 Mio. Euro (Vorjahr 27,9 Mio. Euro). Dies entspricht 0,94 % der Forderungen der Kunden vor Risikovorsorge (Vorjahr: 0,47 %).

Das Handelsergebnis erhöht sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 3,1 Mio. Euro auf -0,2 Mio. Euro (Vorjahr: -3,3 Mio. Euro).

Der Verwaltungsaufwand erreichte 2014 einen gesamten Aufwand von 81,4 Mio. Euro (Vorjahr: 82,9 Mio. Euro). Die Reduktion in Höhe von 1,4 Mio. Euro ist auf den Sachaufwand zurückzuführen, der im Berichtsjahr mit 23,4 Mio. Euro zu Buche steht (Vorjahr: 25,9 Mio. Euro). Der Personalaufwand ist hingegen um 3,4 Mio. Euro auf 53,6 Mio. Euro (Vorjahr: 50,2 Mio. Euro) angestiegen. Der Anstieg ist auf den veränderten Berechnungszinssatz zur Ermittlung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste sowie auf die Dotierung einer Rückstellung im Zusammenhang mit dem festgelegten Ziel der Mitarbeiterreduktion zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2014 zeigt sich somit ein Ergebnis vor Steuern von -18,5 Mio. Euro (Vorjahr: 18 Mio. Euro). Nach Abzug der Steuern von Einkommen und Ertrag in Höhe von 7,3 Mio. Euro ergibt sich ein Ergebnis nach Steuern von -25,8 Mio. Euro (Vorjahr: 15,0 Mio. Euro).

Aufgrund der ausgezeichneten Liquiditätssituation der Hypo Tirol Bank stellt der Jahresfehlbetrag, der ausschließlich auf die Dotierung der Drohverlustrückstellung iZm der HETA ASSET RESOLUTION AG zurückzuführen ist, keine wesentliche Belastung für den Konzern dar.

AUSBLICK 2015

Als universelle Regionalbank die zu 100 % im Eigentum des Landes Tirol gilt weiterhin der Anspruch, ein verlässlicher Partner für alle Tirolerinnen und Tiroler zu sein. Wir bekennen uns klar zu diesem Auftrag des Landes Tirol sowie zur notwendigen Redimensionierung und Risikominimierung. Diese Säulen unserer Unternehmensstrategie sind auch in der Jahresplanung 2015 durch konkrete qualitative und quantifizierbare Zielvorgaben verankert. Speziell die Überprüfung der Prozesse hinsichtlich Effizienz wird weiter forciert. Die Digitalisierung von Abwicklungsprozessen wird dabei einen wesentlichen Beitrag zur Realisierung von Kostensenkungspotenzialen leisten.

Darüber hinaus werden wir uns das kommende Jahr weiterhin darauf konzentrieren, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um noch besser auf die geänderten Kundenbedürfnisse einzugehen. Dabei werden wir uns speziell auf die Qualifikation unserer Mitarbeiter/-innen sowie die Liberalisierung der Beratungszeiten durch neue Zeitmodelle fokussieren. Das betriebliche Vorschlagswesen wird neu ausgerichtet, um der Innovationskraft unserer Mitarbeiter/-innen eine Plattform zu bieten.

Das Jahr 2015 wird kundenseitig dadurch geprägt sein, durch neue Akzente in der Kundenbetreuung vereint mit einer Verschlinkung der Abwicklung zu punkten. Moderne Betreuungsstandards und die Erweiterung des Vertriebswegeangebotes sollen unsere traditionellen Kompetenzen aufwerten und dem Kunden einen

HYPO-VERBAND 2014

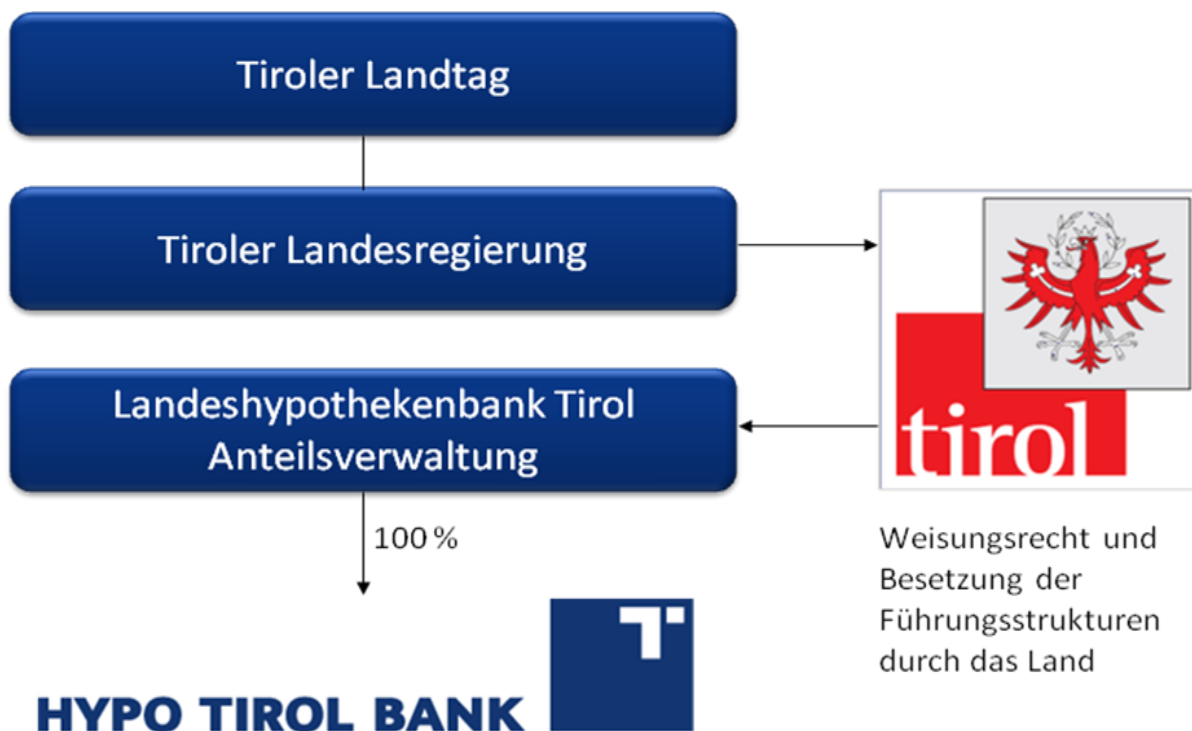
Zusatznutzen stiften. Dem Konto als zentrale Drehscheibe aller Bankgeschäfte werden wir im kommenden Jahr besondere Aufmerksamkeit widmen, um unser Zahlungsverkehrsangebot noch mehr an den individuellen Bedürfnissen unserer Kunden auszurichten und mit lohnenden Mehrwerten - speziell für treue Kunden - auszustatten. Als Partner der heimischen Klein- und mittelständischen Unternehmen wollen wir unsere Beratungsleistung weiterentwickeln und neue Ansätze finden, um den ganzheitlichen Betreuungsansatz noch weiter zu individualisieren und mit den Kunden gemeinsam neue Perspektiven zu erarbeiten.

In den Märkten Italien und Wien wird die eingeschlagene Strategie des Nischenplayers mit den Schwerpunkten private und gewerbliche Immobilienfinanzierungen sowie gehobene Geldanlage weiterhin verfolgt. Entsprechende Neuvolumina im Aktiv- und Passivgeschäft sind in der Planung verankert.

Der Abbau von nicht betriebsnotwendigen Immobilien und Beteiligungen wird weiter vorangetrieben. Auch die Eigenveranlagungen werden im Einklang mit dem Ziel der Konsolidierung der Bilanzsumme in punkto Volumina und Risiko nochmals reduziert.

Wir sehen in der Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit nicht nur die Notwendigkeit und unseren Auftrag, sondern vor allem auch die Chance, die Hypo Tirol Bank auf den immer stärker werdenden Wettbewerb auszurichten. Denn Effizienz, Kostenbewusstsein und vor allem Kundenorientierung sind die entscheidenden Erfolgskriterien, um im direkten Vergleich mit den Mitbewerbern langfristig bestehen zu können.

Eigentümerstruktur:



Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	7.924,2	8.470,1
Eigenmittel	511,6	560,2
EGT	-15,2	7,1
Spareinlagen	857,0	895,3
Ø Mitarbeiteranzahl	519	536
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	22	22
Return on equity	-3,8%	1,7%
Cost Income Ratio	51,1%	64,4%

*) Kennzahlen Einzelabschluss Hypo Tirol Bank AG nach UGB



2.10. VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft (kurz: Hypo Landesbank Vorarlberg) behauptet sich weiter in einem herausfordernden Marktumfeld und hat die positive Ergebnisentwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt. Im Geschäftsjahr 2014 hat der Konzern ein IFRS-Ergebnis vor Steuern in Höhe von 54,0 Millionen Euro erwirtschaftet. Die hohe Veränderung gegenüber dem Vorjahresergebnis (96,1 Millionen Euro) ist auf die Risikovorsorge für die HETA Asset Resolution AG (Abwicklungsgesellschaft der ehemaligen Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) zurückzuführen. Insgesamt wurden 48,0 Millionen Euro an Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen berücksichtigt, sodass aus heutiger Sicht für die bestehenden Forderungen gegenüber der HETA – einschließlich der voraussichtlich zur Verfügung zu stellenden Liquidität für die Pfandbriefbank – vorgesorgt ist.

Ohne diesen Effekt hätte das Vorsteuerergebnis der Vorarlberger Landesbank ca. 100 Millionen Euro betragen. Die hohe Risikovorsorge ist zwar schmerzhaft, der Vorstand geht jedoch davon aus, dass die Auswirkungen der HETA-Abwicklung für die Hypo Landesbank Vorarlberg damit verdaut sind und daraus keine weiteren außergewöhnlichen Belastungen mehr entstehen. Getragen wurde das gute operative Ergebnis von einem nach wie vor stabilen Kundengeschäft, einem ausgewogenen, gesunden Kreditportfolio und konsequentem Kostenmanagement.

Die Bilanzsumme der Vorarlberger Landesbank lag zum 31.12.2014 bei 14,2 Milliarden Euro (+0,3 %). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Einlagen) sind auf 4,7 Milliarden Euro gesunken (- 3,2 %), während die Kreditausleihungen mit 9,0 Milliarden Euro um 5,5 % angestiegen sind und damit weit höher als im Marktdurchschnitt waren. Vom Ergebnis der Bank profitieren Bund, Land und Gemeinden: Die Hypo Landesbank Vorarlberg hat für 2014 eine Steuerbelastung von 12,7 Millionen Euro zu tragen und zusätzlich 12,6 Millionen Euro an Bankenabgabe bezahlt.

Stabile Wirtschaft in den Kernmärkten

Das Marktumfeld war für die gesamte Bankenbranche durch das extrem niedrige Zinsniveau, hohen Wettbewerb und steigende regulatorische Anforderungen geprägt. Dennoch konnte die Hypo Landesbank Vorarlberg das Zinsergebnis im vergangenen Geschäftsjahr steigern.

Insgesamt war bei den heimischen Unternehmen eine solide Auftragslage festzustellen, trotzdem waren sie in Hinblick auf neue Investitionen weiterhin zurückhaltend. Während bei Vorarlberger Firmen nur ein leichtes Kreditwachstum zu verzeichnen war, hat sich das Kreditgeschäft mit Unternehmen außerhalb Vorarlbergs überdurchschnittlich positiv entwickelt. So konnte die Hypo Landesbank Vorarlberg vor allem in den Märkten Wien und Graz hohe Neukundenzuwächse erzielen. Vom Gesamtausleihungsvolumen entfallen 5,2 Milliarden Euro auf Firmenkunden.

Aufgrund zunehmender regulatorischer Herausforderungen legt die Hypo Landesbank Vorarlberg verstärkt einen Fokus auf neue Formen der Unternehmensfinanzierung. Seit 2014 bietet sie Dienstleistungen im Bereich der Kapitalmarktfinanzierung an und begleitet Unternehmen und öffentliche Emittenten bei der Platzierung von Schuldscheindarlehen und Anleihen. Die Entwicklung des neuen Geschäftsbereiches lag im ersten Jahr weit über den Erwartungen und es konnten einige interessante Projekte begleitet werden.

Führende Wohnbaubank in Vorarlberg

Auch im Privatkundengeschäft war die Bank gefordert, auf der Ertrags- sowie auf der Kostenseite zu agieren. Der erwirtschaftete Zinsüberschuss im Segment Privatkunden konnte gegenüber 2013 von 30,7 Millionen Euro auf 31,3 Millionen Euro gesteigert werden und auch das Provisionsergebnis lag mit 17,7 Millionen Euro über dem Vorjahr (2013: 17,4 Millionen Euro) und der Planung.

Vom Gesamtausleihungsvolumen der Bank entfallen 1,83 Milliarden Euro auf Privatkunden. Damit ist es gelungen, die Position als führende Wohnbaubank in Vorarlberg weiter auszubauen. Vergangenes Jahr wurde im Privatkundenbereich die höchste Kreditnachfrage seit Bestehen verzeichnet – insgesamt wurden über 1.600 langfristige Finanzierungen für Wohnraum mit einem Volumen von knapp 240 Millionen Euro angefragt. Trotz planmäßiger Tilgungen sowie Sondertilgungen in Höhe von gesamt 132,8 Millionen Euro ist das Volumen der Ausleihungen gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen.

Sichere Anlageformen mit Rendite stark nachgefragt

Während die Kreditnehmer vom niedrigen Zinsniveau profitieren, haben es die Anleger schwer, real ihr Vermögen zu erhalten. 2014 wurden neben kurzfristigen Anlageformen daher insbesondere Vermögensverwaltungsstrategien mit Wertsicherung nachgefragt und in Sachwerte – meist Immobilien –

investiert. Die gesamten Kundengelder im Privat- und Firmenkundenbereich (Einlagen und Depots) bei der Hypo Landesbank Vorarlberg lagen zum 31.12.2014 bei 6,5 Milliarden Euro (plus 2,9 %).

Ausbau im Private Banking

Eine der Kernkompetenzen der Hypo Landesbank Vorarlberg im Private Banking liegt in der Entwicklung hauseigener Vermögensverwaltungsstrategien. Diese führten im Jahr 2014 zu zahlreichen neuen Abschlüssen. Die von der Hypo Landesbank Vorarlberg mit einem Kundenauftrag verwalteten Kundengelder (Assets under Management) erreichten Ende des Jahres einen Stand von über 800 Millionen Euro. Aufbauend auf diesem starken Fundament wurde 2014 in den weiteren Ausbau des Top-Bereichs im Anlagegeschäft (Wealth Management) investiert und die Teams in Vorarlberg und Wien aufgestockt. Aufgrund des vorhandenen Potenzials im Großraum Wien bezieht die Bank ab Mitte 2015 neue Räumlichkeiten im Zacherlhaus.

Gesundes Kreditportefeuille und solide Eigenkapitalausstattung

Bereits seit vielen Jahren legt der Vorstand großen Wert auf eine risikobewusste Kredit- und Geschäftspolitik. Dieser Grundsatz erweist sich – gerade in Zeiten steigender Verunsicherung und veränderter Risikoprofile – als wichtiger Erfolgsfaktor. Nach Basel III entfallen lediglich 2,58 % der gesamten Ausleihungen auf notleidende Kredite, was ein guter Wert im Vergleich mit anderen österreichischen Banken ist. Für alle erkennbaren Risiken wurde ausreichend Vorsorge getroffen, auch für den zu erwartenden Gläubiger-Haircut bei der HETA und der Haftung für die Pfandbriefstelle.

Solide Eigenkapitalausstattung über den gesetzlichen Vorgaben

Obwohl verschiedene Basel III-Standards erst 2018 verbindlich gültig werden sollen, erfüllt die Hypo Landesbank Vorarlberg bereits heute diese Anforderungen. Die gesamten anrechenbaren Eigenmittel betragen zum 31.12.2014 ca. 1,1 Milliarden Euro, gegenüber den gesetzlichen Anforderungen liegt der Eigenmittel-Überschuss bei rund 433 Millionen Euro. Mit dieser Grundlage ist die Bank für die verschärften regulatorischen Anforderungen gewappnet. Die Eigenmittelquote lag per 31.12.2014 bei 13,27 % (2013: 15,42 %), die Kernkapitalquote bei 9,82 % (2013: 10,34 %). Die Veränderung gegenüber 2013 ist zum einen auf eine neue Berechnungsmethode gemäß Basel III / CRR zurückzuführen, zum anderen auf die Risikovorsorge für die HETA. Um der Bank auch in Zukunft ein gutes Rating und eine gute Refinanzierungssituation zu sichern, legt der Vorstand nach wie vor großes Augenmerk auf die Erhöhung der Eigenmittelquoten.

Rating der Hypo Landesbank Vorarlberg

Aufgrund einer geänderten Ratingmethodologie und der Befürchtung, dass aufgrund der HETA-Abwicklung und den daraus resultierenden Haftungsthemen negative Auswirkungen auf die Eigenkapitalausstattung der Bank entstehen, hat Moody's am 6. März 2015 neben anderen Banken auch die Hypo Landesbank Vorarlberg „under review“ – also unter Beobachtung – gestellt und eine Verschlechterung des Ratings angedroht. Das neue Rating der Bank wurde am 7. Mai 2015 veröffentlicht und liegt nun bei Baa1. Der Ausblick bleibt negativ, da die weitere Entwicklung rund um die HETA bzw. Pfandbriefbank aus Sicht von Moody's weiterhin mit Unsicherheit behaftet ist.

AUSBLICK 2015

Trotz zahlreicher Unsicherheitsfaktoren sind die ersten Monate des Jahres 2015 im Kerngeschäft zufriedenstellend verlaufen. In Hinblick auf wettbewerbsintensive Märkte und das niedrige Zinsniveau sieht der Vorstand die Bank gut aufgestellt. Der Vorstand blickt daher grundsätzlich zuversichtlich ins Jahr 2015 und plant weitere Investitionen, um die Ertragskraft der Bank zu sichern: Wien ist mittlerweile zu einem zweiten Kernmarkt geworden, daher wird der Standort 2015 weiter ausgebaut. Mit Dienstleistungen im Bereich der Kapitalmarktfinanzierung für Unternehmen erfolgte 2014 ein erfolgreicher Start – die Bank wird dieses Geschäftsfeld 2015 forcieren und Firmenkunden verstärkt bei der Platzierung von Schuldscheindarlehen bzw. Anleihen begleiten. Aufgrund geänderter Kundenbedürfnisse und neuer Technologien gewinnt auch das Thema Online-Banking an Bedeutung, sodass die Bank in diesem Bereich umfangreiche Investitionen plant.

Für 2015 erwartet man ein gutes Ergebnis über dem Niveau von 2014, sofern keine außergewöhnlichen Marktturbulenzen, eine unerwartet schwache Konjunktur oder unvorhersehbare regulatorische bzw. rechtliche Verschärfungen eintreten.

Eigentümerstruktur:

Eigentümer / Aktionäre	Anteile gesamt	Stimmrecht
Vorarlberger Landesbank-Holding	76,0308%	76,0308%
Austria Beteiligungsgesellschaft mbH	23,9692%	23,9692%
- Landesbank Baden-Württemberg	15,9795%	
- Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank	7,9897%	
Grundkapital	100,0000%	100,0000%

Beträge in Mio. Euro*)	31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	14.185,5	14.145,2
Eigenmittel	1091,5	1.199,3
Ergebnis vor Steuern**)	54,0	96,1
Spareinlagen (inkl. Kapitalsparbücher)	1.231,5	1.325,7
Ø Mitarbeiteranzahl	723	724
Anzahl Filialen inkl. Zentrale	23	25
Return on equity**)	6,45%	12,41%
Cost Income Ratio	49,42%	49,20%

*) Kennzahlen nach IFRS bilanziert

2.11. RATING DER HYPOS

RATING HYPO-BANKEN		
	Ratingagentur	Rating
HYPO-BANK BURGENLAND AG	–	–
AUSTRIAN ANADI BANK AG	–	–
HYPO NOE Gruppe Bank AG	Standard & Poor's	A/A-1 stable
HYPO NOE Landesbank AG	–	–
OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG	Standard & Poor's	A+/stable
SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG	–	–
LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG	–	–
HYPO TIROL BANK AG	Moody's	Baa2/Negative
VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG	Moody's	Baa1/Negative

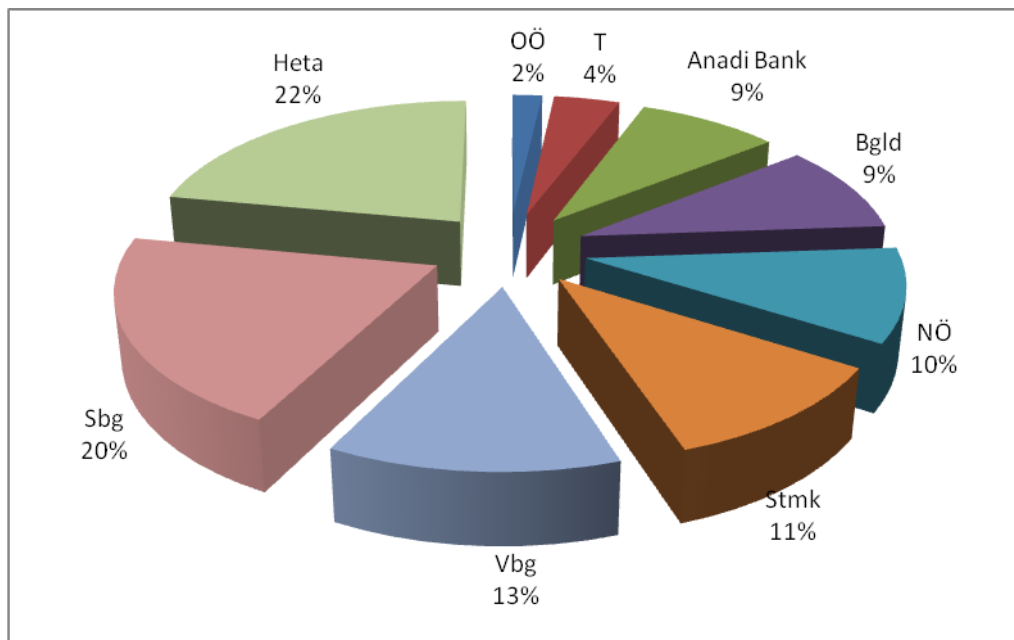
3. GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER SEKTORUNTERNEHMUNGEN

3.1. Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken (POLH)

Das Emissionsgeschäft der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken als gemeinsames Emissionsinstitut der Hypo-Banken entwickelte sich seit dem Jahr 2000 bis ins Jahr 2006 sehr dynamisch. Aufgrund des Auslaufens der Landeshaftungen hat die POLH seit 01.04.2007 keine Emissionen mehr begeben.

Per 31.12.2014 weist die POLH ein Emissionsvolumen von EUR 5.485 Mio. auf (Vorjahr EUR 6.105 Mio.).

Das bestehende Emissionsvolumen verteilt sich wie folgt auf die Hypo-Banken:



Bis 01.04.2007 hat die POLH ausschließlich ungedeckte Emissionen (senior unsecured) begeben. Diese wurden von der Rating Agentur Moody's mit AAA bewertet. Per 31.12.2014 hat die Pfandbriefstelle im Zusammenhang mit der Entwicklung der HETA ASSET RESOLUTION AG nun ein Moody's Rating (backed senior unsecured) von A2 stable.

Sämtliche ausstehenden Emissionen der POLH fallen auf Grund der Übergangsbestimmungen im Pfandbriefstelle-Gesetz (2004) weiterhin unter die bestehende solidarische Haftung der Mitglieder und deren Gewährträger.

Angesichts des Auslaufens der Geschäfte im ungedeckten Bereich wird das Emissionsvolumen in den kommenden Jahren, sofern keine Neuemissionen (Pfandbriefe) im Zuge des Projekts „POLH-neu“ begeben werden, weiter zurückgehen.

Der Weg eines gemeinsamen, sektorübergreifenden Marktauftrittes soll in Zukunft unter neuen Bedingungen fortgeführt werden. Die POLH soll dabei als Emittent von gepoolten Pfandbriefen (Deckungsstockpooling) fungieren.

Zielgruppe für das Refinanzierungsangebot der „POLH-neu“ sind vornehmlich Banken und Bausparkassen, die über keinen oder nur begrenzten Zugang zum - vornehmlich hypothekarischen - Pfandbriefgeschäft verfügen.

Der Bankbetrieb der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken wurde formell per 15.1.2015 in die Pfandbriefbank (Österreich) AG eingebracht. Die Verwaltung der am Markt befindlichen Emissionen erfolgt ab diesem Zeitpunkt durch die Pfandbriefbank (Österreich) AG.

3.2. Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H.

Die Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H. wurde im Jahr 1977 von den österreichischen Landes-Hypothekenbanken als Holding-Gesellschaft für dauernde Beteiligungen gegründet, welche im Interesse aller oder mehrerer Landes-Hypothekenbanken gelegen sind.

Die Gesellschaft hält für alle österreichischen Hypo-Banken Beteiligungen an den Gesellschaften PSA Payment Services Austria GmbH, CEESEG AG, STUZZA Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr Ges.m.b.H., an der seit 1.7.2006 ausgegliederten Hypo-Bildung GmbH sowie indirekt an der Österreichische Lotterien GmbH.

Abgesehen von der Beteiligung an der Hypo-Bildung GmbH handelt es sich aus dem Blickwinkel der Zielgesellschaften durchwegs um nicht-wesentliche Beteiligungen mit Anteilen von höchstens knapp über 5%.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird die mögliche Umstrukturierung (Änderung Gesellschafterkreis) bei der Österreichischen Lotterien GmbH/CASAG im Vordergrund stehen.

3.3. Hypo-Wohnbaubank AG

Die Hypo-Wohnbaubank AG ist eine Spezialbank zur Refinanzierung des Wohnbaus in Österreich. Die Bank wurde im Jahre 1994 von acht Landes-Hypothekenbanken gegründet. Der Geschäftsgegenstand liegt im Bereich Refinanzierung von Wohnbauten.

Rechtliche Grundlage des Handelns der Wohnbaubanken ist das „Bundesgesetz über steuerliche Sondermaßnahmen zur Förderung des Wohnbaus“. Es sieht vor, dass die durch Wohnbauwandelschuldverschreibungs-Emissionen der Wohnbaubanken aufgebrachten langfristigen Mittel für die Errichtung von erschwinglichen Wohnungen verwendet werden. Um dies für die Anleger attraktiv zu machen, hat man die Wohnbauanleihen ursprünglich mit einem doppelten Steuervorteil ausgestattet:

HYPO-VERBAND 2014

Die Zinsen von bis zu 4 % des Nennbetrages sind von der Kapitalertragsteuer befreit. Der Erstanschaffungspreis konnte für bis zum 31.12.2010 erworbene Wohnbauanleihen im Rahmen der Sonderausgabenregelung von der Einkommensteuer abgesetzt werden.

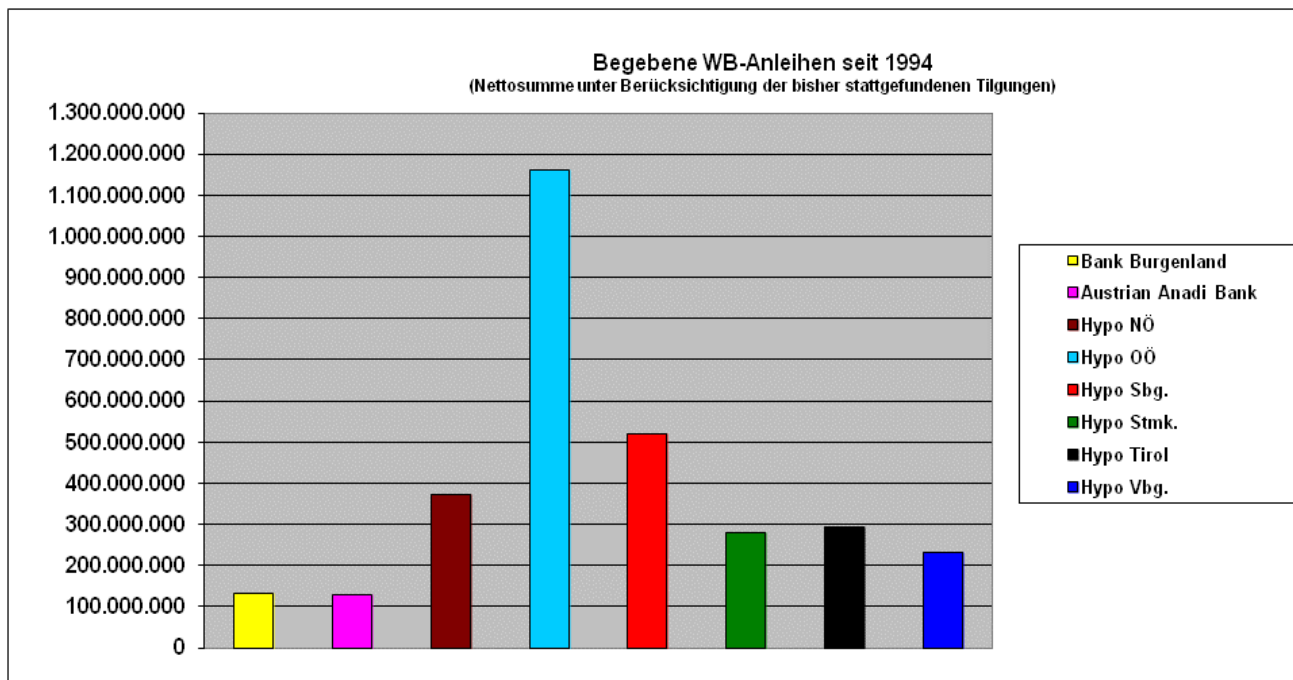
Die Anleihen müssen zweckgewidmet eingesetzt werden. Das damit aufgebrauchte Kapital wird zur Finanzierung der Errichtung und Sanierung von Wohnbauten verwendet, welche in der Praxis überwiegend durch Hypotheken sichergestellt sind.

Der Emissionsabsatz 2014 entspricht etwa dem Vorjahresergebnis. Das Emissionsvolumen für das Jahr 2014 betrug rund EUR 231,2 Mio. (Vorjahr: EUR 281,5 Mio.). Das Emissionsergebnis für das Jahr 2014 ist vor dem Hintergrund der niedrigen Zinslandschaft trotzdem achtbar und erfreulich.

Insgesamt wurden von der Hypo-Wohnbaubank AG bisher rund EUR 5 Mrd. emittiert. Die Hypo-Wohnbaubank AG befindet sich im Branchenvergleich an zweiter Stelle hinter der Bank Austria Wohnbaubank. Die Hypo-Wohnbaubank AG geht davon aus, dass im Jahr 2015 das Emissionsgeschäft, trotz der voraussichtlich weiterhin niedrigen Zinslandschaft, etwa dem Vorjahresergebnis entsprechen wird.

Vor dem Hintergrund der mit 1.1.2014 in Kraft getretenen CRR-Richtlinie konnte für ausschließlich treuhändig tätige Emissionsinstitute eine Sonderbestimmung im BWG neu (§ 3 Abs. 6 BWG neu) erreicht werden. Dies führte mit Jahresende 2013 zur Rücklegung aller Konzessionen der Hypo-Wohnbaubank AG, ausgenommen die Emissionskonzession gem. § 1 Abs. 1 Z 10 BWG, die Satzung der Hypo-Wohnbaubank AG wurde entsprechend angepasst. Aufgrund des Entfalls des Beteiligungsinstruments Partizipationsscheine per Ende 2013 kann nunmehr bei Wohnbauanleihen der Hypo-Wohnbaubank AG in Partizipationsrechte / Genussrechte gemäß § 174 AktG gewandelt werden. Gleichzeitig konnte durch intensive Bemühungen beim BMF die KEST-Freiheit für neue Wohnbauanleihen erhalten werden.

Dafür ist aufgrund des Abgabenänderungsgesetzes 2014 eine Belebung insofern zu erwarten, als dass Wohnbauanleihen im Rahmen des Gewinnfreibetrags als begünstigte Wirtschaftsgüter anerkannt werden (Mindestveranlagungsdauer 4 Jahre).



3.4. Hypo-Bildung GmbH

Die HYPO-Bildung hat auch im Geschäftsjahr 2014 mit 3.143 verkauften Teilnehmertagen bei den Präsenzs Schulungen wieder ein positives Geschäftsergebnis erzielt. Neben dem klassischen Schwerpunkt im Bereich der standardisierten, überregionalen Ausbildungen samt den dazugehörigen Prüfungen wurden viele regionale und überregionale Verkaufstrainings, Trainerausbildungen und Fachsonderseminare speziell für die HYPO-Banken durchgeführt.

Der 2012 neu gestaltete Einführungskurs HYPO 1 wurde im vergangenen Jahr mehrmals überregional abgehalten. Jene Banken, die diesen Kurs regional anbieten, haben sukzessive die neue Konzeption übernommen bzw. werden sie im laufenden Jahr übernehmen.

Die dritte Ausbildungsstufe – in der Vergangenheit als generalistische Fachausbildung bzw. tätigkeitsorientierte Fachlaufbahnausbildung bezeichnet – wurde 2014 neu gestaltet und wird seit 2015 als HYPO 3 in zwei Versionen – eine für Generalisten, eine für Spezialisten (wie etwa Anlageberater, Kommerzberater, Wohnbaufinanzierer, Kreditabwickler) – angeboten. Die Inhalte wurden etwas gestrafft, wodurch der komplette Lehrgang innerhalb von 12 Monaten absolviert werden kann.

Im Geschäftsbereich Verkauf- und Persönlichkeitsausbildungen wurde die im Jahr 2011 begonnene Umsetzung regionaler Verkaufstrainings für die HYPO Salzburg und die HYPO NOE Landesbank AG fortgesetzt.

Erneut wurden rund 300 Teilnehmer zu aktuellen Verkaufsthemen geschult. In der HYPO Oberösterreich wurde die im Jahr 2013 begonnene Trainingskooperation für Führungskräfte und Vertriebsmitarbeiter ebenfalls fortgeführt. 2014 wurde ein regionales Verkaufstraining für neue Vertriebsmitarbeiter erstmals auch für die HYPO Tirol Bank AG erfolgreich umgesetzt.

HYPO-VERBAND 2014

Seit 2013 bietet die HYPO-Bildung die 3-tägige Verkaufsausbildung für neue Vertriebsmitarbeiter auch überregional an, 2014 wurde diese insbesondere von Teilnehmern aus Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark besucht. Für die HYPO Salzburg wurde ein neuer Führungskräftelehrgang konzipiert und umgesetzt. Zielgruppe sind Mitarbeiter, die für den zukünftigen Einsatz als Führungskraft optimal vorbereitet werden sollen. Bereits zum vierten Mal wurde für die HYPO NOE Gruppe die zweistufige Trainerausbildung der HYPO-Bildung exklusiv veranstaltet sowie zwei Trainertrainings überregional umgesetzt. Insgesamt stellen die Trainings aus dem Bereich Verkauf und Persönlichkeit (inkl. Führungs- und Trainerausbildungen) rund 22 % der Bildungstage der HYPO-Bildung dar.

Der Bereich e-learning, der traditionell ein Schwerpunkt der HYPO-Bildung ist, wurde konsequent ausgebaut. Die HYPO-Bildung Online Plattform wird laufend erweitert und aktualisiert. Sie steht allen Mitarbeitern sowohl am Arbeitsplatz wie auch von "extern" - und damit auch "mobil" mittels Smartphones und Tablets - zur Verfügung. Die e-learning Angebote der HYPO-Bildung wurden von über 7700 Teilnehmern genutzt, dabei wurden österreichweit 4772 Web Based Tests absolviert.

Aus aktuellem Anlass wurde das e-learning-Angebot um ein Web Based Training (WBT) zum Thema „FATCA“ (Abkommen mit den USA betreffend Informationsaustausch über Konten von US-Bürgern im Ausland) sowie eines zum Thema „Operationelles Risiko“ erweitert. Das WBT „Abwehr von Geldwäscherei“ wurde neu gestaltet.

Ein besonderes Projekt ergab sich 2014 mit der HYPO Group Alpe Adria und ihrem Bankennetzwerk am Balkan. Aufbauend auf dem von der HYPO-Bildung immer wieder angebotenen (englischen) Basiskurs „Principles of Banking“ wurde von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Ljubljana ein analoger Basiskurs für die Länder Slowenien, Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina (Banja Luka und Mostar) in den jeweiligen Landessprachen und auf der jeweiligen Rechtsordnung aufbauend realisiert. Die Abschlussprüfung erfolgt mittels eines dezentralen Online-Tests in der Landessprache, der von der HYPO-Bildung erstellt und auch technisch bereitgestellt wird.

Alle diese Maßnahmen, ob inhaltlich, didaktisch oder technologisch haben nur ein Ziel - nämlich den Kunden der HYPO-BANKEN eine optimale Beratung und Betreuung anzubieten. Diese Bildungsangebote sind nur mit Hilfe von Trainern, Führungskräften, Bildungsverantwortlichen aus dem Kreis der Hypo-Banken realisierbar und werden vom "Bildungswillen" der HYPO-BANK-Mitarbeiter getragen. Ihnen allen sei dafür herzlich gedankt!

III. GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS

1.1. Freier Verband

Aufgabe des im Jahr 1947 gegründeten (freien) Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ist es, die gemeinsamen wirtschaftlichen und ideellen Interessen seiner Mitglieder, insbesondere in den Angelegenheiten des Bankwesens, in der Rechtsform eines Vereines zu vertreten. Ihm gehören als ordentliche Mitglieder seit der Spaltung der Hypo Niederösterreich ab 1.7.2007 neun Landes-Hypothekenbanken und die Abbaueinheit HETA ASSET RESOLUTION AG (vormals Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) an. Außerordentliche Verbandsmitglieder sind der Österreichische Gemeindebund, der Österreichische Städtebund, der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands und die UniCredit Bank Austria AG.

Mit 1.1.2014 wurde Generaldirektor Mag. Dr. Peter Harold, Vorstandsvorsitzender der HYPO NOE Gruppe Bank AG, zum Verbandspräsidenten bestellt. Er folgte Dkfm. Dr. Jodok Simma, dem vormaligen Vorstandsvorsitzenden der Hypo Vorarlberg, nach.

Die Direktorenkonferenz ist bestimmendes Organ des Verbandes, in der alle Hypo-Banken durch ihre Vorstandsvorsitzenden vertreten sind. Sie trat im Berichtsjahr zu vier tourlichen Sitzungen zusammen. Die Geschäfte führt seit 2012 Generalsekretär KR Dr. Claus Fischer-See.

1.2. Fachverband

Der Fachverband der Landes-Hypothekenbanken wurde 1988 als Teil der Fachorganisation der heutigen Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) gegründet. Dem Fachverband sind nach der Fachorganisationsordnung (FOO) neben den neun Landes-Hypothekenbanken auch die HETA ASSET RESOLUTION AG (Abbaueinheit der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG), die Pfandbriefbank (Österreich) AG als Rechtsnachfolgerin der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken (nunmehr: „Anteilsverwaltung der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken“), die Hypo-Wohnbaubank AG, die MASTERINVEST Kapitalanlage GmbH sowie die Niederösterreichische Vorsorgekasse AG zugeordnet.

Unter den als Landes-Hypothekenbanken bezeichneten Mitgliedern befinden sich auch die nicht mehr in Landesbesitz befindliche Hypo-Bank Burgenland AG und die Austrian Anadi Bank AG, die nach ihrem Verkauf an die indische Kanoria-Gruppe weiterhin Mitglied sowohl im Freien als auch im Fachverband ist.

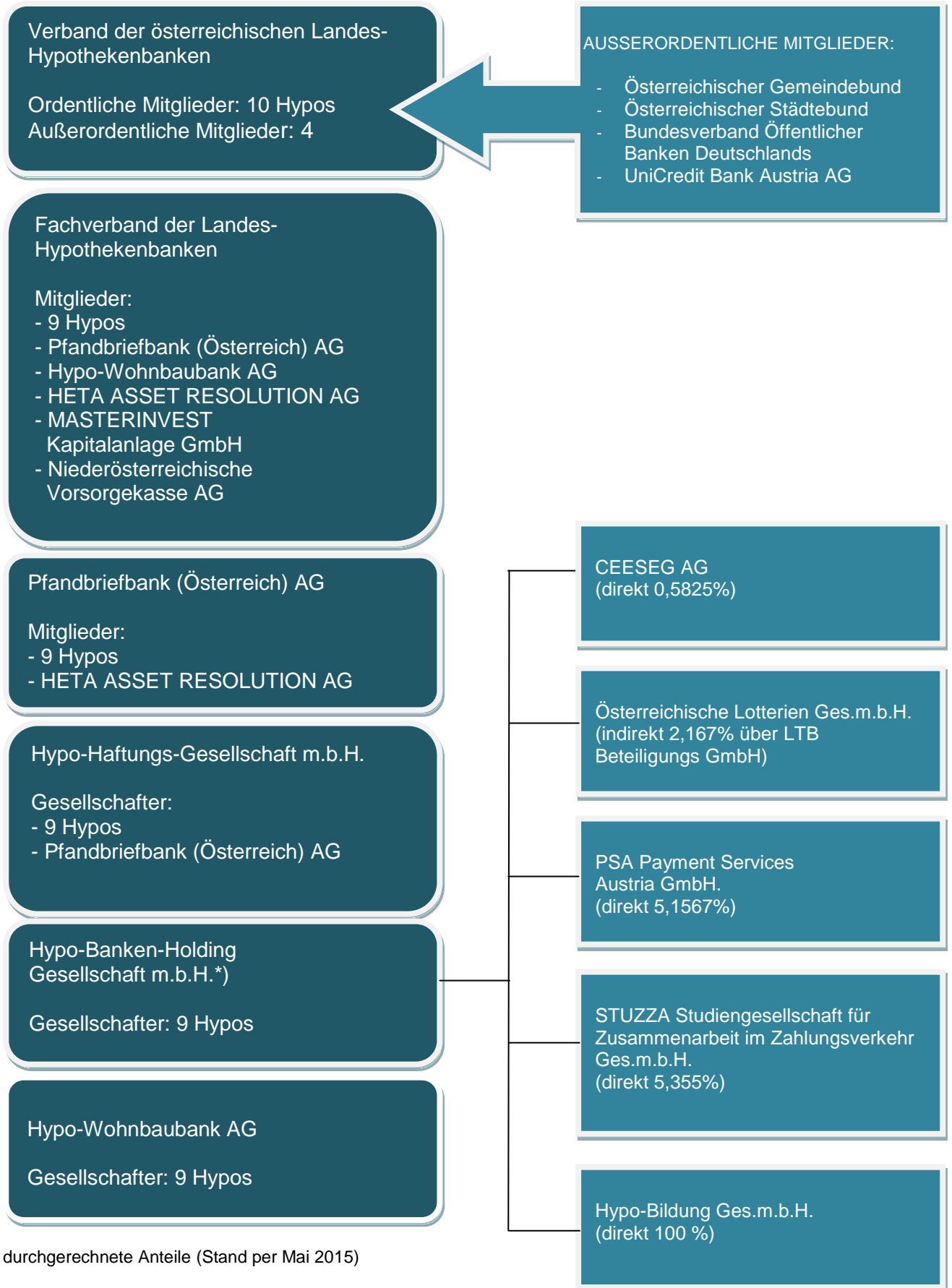
Fachverbandsobmann ist Generaldirektor Mag. Dr. Peter Harold, Fachverbandsgeschäftsführer ist KR Dr. Claus Fischer-See.

1.3. Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H.

Die Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H. ist die gemäß BWG eingerichtete Einlagensicherungseinrichtung des Fachverbandes der Landes-Hypothekenbanken. Gesellschafterinnen sind alle mit Einlagenkonzession ausgestatteten Mitgliedsinstitute des Fachverbandes. Die Gesellschaft hat auch die Anlegerentschädigung

für Wertpapierdienstleistungen zu gewährleisten. Die Gesellschaft hat bisher die gesetzliche Aufgabe, im Falle eines Einlagensicherungsfalles – wenn über ein Mitgliedsinstitut das Insolvenzverfahren eröffnet oder durch die Finanzmarktaufsicht (FMA) der Einlagensicherungsfall bescheidmäßig festgestellt wurde - über Antrag die Kundenentschädigungen vorzunehmen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft das gesetzlich vorgeschriebene sektorielle Früherkennungssystem zu betreiben und Maßnahmen zu setzen, um Einlagensicherungsfälle frühzeitig zu vermeiden. Dazu bedient sie sich eines Scoring Modells, das durch die vierteljährlichen Risikoberichte der Mitgliedsinstitute gespeist wird.

Geschäftsführer im Berichtsjahr waren KR Dr. Claus Fischer-See und Mag. Michael Koinig.



*) durchgerechnete Anteile (Stand per Mai 2015)

IV. INTERNATIONALE MITGLIEDSCHAFTEN UND KONTAKTE

1.1. Europäischer Verband Öffentlicher Banken (EAPB)

Der Hypo-Verband ist seit 1.1.2005 ordentliches Mitglied des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken in Brüssel. Der EAPB ist für den Hypo-Verband als nationalem Verband eine wichtige Informationsquelle und Ansprechstelle für kreditwirtschaftliche Themen auf europäischer Ebene. Der EAPB versorgt den Hypo-Verband regelmäßig mit Informationen aus den EAPB-Arbeitsgruppen und aktuellen Verhandlungsergebnissen aus Kommission, Rat und Europäischem Parlament, sodass neben den nationalen Informationsquellen einerseits eine Informations-redundanz besteht, andererseits die unterschiedlichen Gewichtungen in der Meinungsbildung auf europäischer Ebene das Lagebild abrunden.

Zum neuen Generalsekretär des EAPB, Marcel Roy, konnten im Rahmen dessen Antrittsbesuches am 12.3.2014 in Wien erste Kontakte geknüpft werden. Es besteht weiterhin die Absicht, zumindest einmal jährlich persönliche Arbeitsgespräche mit den befreundeten deutschen und Schweizer Verbänden durchzuführen.

1.2. Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)

Enge Beziehungen bestehen zum Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), der über ein qualitativ hochstehendes Informationssystem und eine enge Bindung zum EAPB in Form von Personalbeistellungen verfügt. Es fanden bislang regelmäßige Treffen mit den Hauptgeschäftsführern statt. Seit 2014 bekleidet Frau Professor Dr. Liane Buchholz diese Funktion. Bei derartigen Treffen nimmt nach Möglichkeit auch der Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung der Wirtschaftskammer Österreich, Dr. Franz Rudorfer, teil.

1.3. Verband Schweizerischer Kantonalbanken

Kontakte bestehen auch zum Verband Schweizerischer Kantonalbanken unter ihrem Direktor Hanspeter Hess, welcher ebenfalls an den gemeinsamen Geschäftsführertreffen mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands regelmäßig teilnimmt.

Zwischen den Kantonalbanken und den Landes-Hypothekenbanken bestehen zum Teil starke strukturelle Ähnlichkeiten bedingt durch die konsequente Ausrichtung auf definierte Wirtschaftsräume.

V. ORGANE

PRÄSIDIUM

Präsident:	Generaldirektor Mag. Dr. Peter Harold
1. Vizepräsident:	Generaldirektor KR Dr. Andreas Mitterlehner
2. Vizepräsident:	Vorstandsdirektor Mag. Dr. Michael Grahammer

DIREKTORENKONFERENZ

Die Direktorenkonferenz setzt sich aus den Vorstandsvorsitzenden der Hypos oder deren Vertretern zusammen und tagt mindestens vier Mal im Jahr.

LÄNDERBEIRAT

BURGENLAND:	Landesrat Helmut Bieler
	Vorstandsdirektor Christian Jauk, MBA
KÄRNTEN:	Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut
	Vorstandsdirektor Dipl. Wirt.-Ing. Sebastian Prinz von Schönaich-Carolath
	Vorstandsdirektor Dr. Martin Czurda
NIEDERÖSTERREICH:	Landeshauptmann-Stv. Mag. Wolfgang Sobotka
	Generaldirektor Mag. Dr. Peter Harold
	Vorstandsdirektor Günther Ritzberger, MBA
OBERÖSTERREICH:	Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
	Generaldirektor KR Dr. Andreas Mitterlehner
SALZBURG:	Landeshauptmann-Stv. Dr. Christian Stöckl
	Generaldirektor KR Dr. Reinhard Salhofer

HYPO-VERBAND 2014

STEIERMARK:	Landesrätin Dr. Bettina Vollath
	Generaldirektor Mag. Martin Gölles
TIROL:	Landeshauptmann Günther Platter
	Vorstandsdirektor Johann-Peter Hörtnagl
VORARLBERG:	Landeshauptmann Mag. Markus Wallner
	Vorstandsdirektor Mag. Dr. Michael Grahammer

VERBANDSSEKRETARIAT

KR Dr. Claus Fischer-See	Generalsekretär und Geschäftsführer
Mag. Gudrun Mühlbeck	Referentin – Schwerpunkt Recht
Mag. Sonja Harbich	Referentin – Schwerpunkt Recht
Dr. Klaus Hermann	Referent – Schwerpunkt Risiko, Einlagensicherung
Georg Sachatonicsek, MA	Referent – Schwerpunkt Zahlungsverkehr, Meldewesen, Beteiligungen

VI. ORDENTLICHE MITGLIEDER UND VORSTÄNDE

HYPO-BANK BURGENLAND AKTIENGESELLSCHAFT	7000 Eisenstadt Neusiedler Straße 33 Telefon +43 (0) 2682/605-0 info@bank-bgld.at www.bank-bgld.at	Christian Jauk, MBA
		Gerhard Nyul
		Mag. Andrea Maller-Weiß
HETA ASSET RESOLUTION AG (vormals Hypo Alpe-Adria-Bank International AG)	9020 Klagenfurt am Wörthersee Alpen-Adria-Platz 1 Telefon +43 (0) 50209-0 holding@heta-asset- resolution.com	Dr. Alexander Picker (1.1.2014 bis 29.10.2014)
		Dipl. Wirt.-Ing. Sebastian Prinz von Schönaich-Carolath (seit 16.4.2015)
		Mag. Wolfgang Edelmüller (bis 28.2.2014)
		Mag. Johannes Proksch (bis 30.6.2015)
		Dkfm. Rainer Sichert, M.A. (bis 29.10.2014)
		Dr. Rainer Jakubowski, LL.M. (Mc.Gill) (seit 15.9.2014)
Mag. Martin Handrich (seit 16.3.2015)		
AUSTRIAN ANADI BANK AG	9020 Klagenfurt am Wörthersee Domgasse 5 Telefon +43 (0) 50202-0 austria@hypo-alpe-adria.com www.hypo-alpe-adria.at	Dr. Martin Czurda
		Gerhard Salzer
		Mag. Werner Grillitsch (ab 01/2015)
HYPO NOE GRUPPE BANK AG	3100 St. Pölten Hypogasse 1 Telefon +43 (0) 590 910-0 office@hyponoe.at www.hyponoe.at	Mag. Dr. Peter Harold
		KR Mag. Nikolai Leo de Arnoldi
HYPO NOE LANDESBANK AG	3100 St. Pölten Hypogasse 1 Telefon +43 (0) 590 910-0 landesbank@hyponoe.at www.hyponoe.at	Günther Ritzberger, MBA
		Mag. Christian Führer

HYPO-VERBAND 2014

OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AKTIENGESELLSCHAFT	4010 Linz Landstraße 38 Telefon +43 (0) 732/7639-0 vorstand@hypo-ooe.at www.hypo.at	KR Dr. Andreas Mitterlehner
		Dr. Leonhard Fragner (bis Ende April 2015)
		Mag. Sonja Ausserer-Stockhamer (ab Mai 2015)
		Mag. Thomas Wolfsgruber
SALZBURGER LANDES- HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	5020 Salzburg Residenzplatz 7 Telefon +43 (0) 662/8046 office@hyposalzburg.at www.hypo-salzburg.at	KR Dr. Reinhard Salhofer
		Günter Gorbach
		Mag. Otto-Ernst Menschl (ab 1.4.2015)
LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AKTIENGESELLSCHAFT	8010 Graz Radetzkystraße 15-17 Telefon +43 (0) 316/8051-0 hypo@landes.hypobank.at www.hypobank.at	Mag. Martin Gölles
		Bernhard Türk
HYPO TIROL BANK AG	6020 Innsbruck Meraner Straße 8 Telefon +43 (0) 50700-0 service@hypotiro.com www.hypotiro.com	Dr. Markus Jochum (bis 10.3.2015)
		Johann-Peter Hörtnagl
		Mag. Johann Kollreider (bis 15.5.2015)
		Mag. Alexander Weiss (ab 15.5.2015)
		Mag. Johannes Haid (ab 16.5.2015)
VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT	6900 Bregenz Hypo-Passage 1 Telefon +43 (0) 50 414-1000 info@hypovbg.at www.hypovbg.at	Mag. Dr. Michael Grahammer
		Mag. Dr. Johannes Hefel
		Mag. Michel Haller

(Stand Mai 2015)

AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDER

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND	1010 Wien Löwelstraße 6 Telefon +43 (0) 1/512 14 80 Telefax +43 (0) 1/512 14 80 72 www.gemeindebund.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident
		wHR Dr. Walter Leiss, Generalsekretär
ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND	1082 Wien Rathaus, Stiege 5, Hochparterre Telefon +43 (0) 1/4000 89980 Telefax +43 (0) 1/4000 99- 89980 www.staedtebund.gv.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: OSR Mag. Dr. Thomas Weninger, MLS Generalsekretär
BUNDESVERBAND ÖFFENTLICHER BANKEN DEUTSCHLANDS	D-10785 Berlin Lennéstraße 11 Telefon +49/30/8192 0 Telefax +49/30/8192 222 www.voeb.de	Vertreten in der Vollversammlung durch: Prof. Dr. Liane Buchholz
UNICREDIT BANK AUSTRIA AG / ABTEILUNG 8840	1020 Wien Lassallestraße 5 Telefon +43 (0) 50505 53263 Telefax +43 (0) 50505 8953263 www.unicreditgroup.at	Vertreten in der Vollversammlung durch: Mag. Günther Neuwirth

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

PFANDBRIEFBANK (ÖSTERREICH) AG	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/505 87 32-0 Telefax +43 (0) 1/505 87 32-64 office@pfandbriefstelle.at www.pfandbriefstelle.at	KR Dr. Claus Fischer-See
		Kurt Sumper, MBA
HYPO-WOHNBAUBANK AG	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/505 87 32-0 Telefax +43 (0) 1/505 87 32-65 office@hypo-wohnbaubank.at www.hypo-wohnbaubank.at	KR Dr. Wilhelm Miklas
		Mag. Rainer Wiehalm (bis 31.3.2015)
		Mag. Michael Koinig (ab 1.4.2015)
HYPO-BILDUNG GMBH	1040 Wien Mattiellistraße 2-4, B3 Telefon +43 (0) 1/505 90 80 Telefax +43 (0) 1/505 90 80-28 office@hypo-bildung.at www.hypo-bildung.at	Mag. Wolfgang Wild
		Mag. (FH) Paul Heckermann
HYPO-BANKEN-HOLDING GESELLSCHAFT M.B.H.	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/33 60 333 Telefax +43 (0) 1/33 60 333-20 verband@hypoverband.at www.hypoverband.at	KR Dr. Claus Fischer-See (bis 30.6.2014)
		Georg Sachatonicsek, MA (ab 1.7.2014)
		Mag. Michael Koinig
HYPO-HAFTUNGS- GESELLSCHAFT M.B.H.	1040 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/33 60 333 Telefax +43 (0) 1/33 60 333-20 verband@hypoverband.at www.hypoverband.at	KR Dr. Claus Fischer-See
		Mag. Michael Koinig

(Stand: Mai 2015)

VII. MITGLIEDSINSTITUTE UND ZWEIGSTELLEN

HYPO-BANK BURGENLAND AG		
Zentrale:	7000 Eisenstadt, Neusiedler Straße 33	+43 (0) 2682/605-0
14 Filialen:	1010 Wien, Wallnerstraße 4	+43 (0) 1/40 60 460
	1010 Wien, Lobkowitzplatz 3	+43 (0) 1/90 49 004
	7000 Eisenstadt, Hauptstraße 31	+43 (0) 2682/605-0
	7000 Eisenstadt, Neusiedler Straße 33	+43 (0) 2682/605-0
	7100 Neusiedl/See, Hauptplatz 26-28	+43 (0) 2167/22 71-0
	7132 Frauenkirchen, Amtshausgasse 3	+43 (0) 2172/25 44-0
	7201 Neudörf/Leitha, Hauptstraße 33	+43 (0) 2622/773 41-0
	7210 Mattersburg, Martinsplatz 4	+43 (0) 2626/675 70-0
	7350 Oberpullendorf, Hauptstraße 9	+43 (0) 2612/421 93-0
	7400 Oberwart, Hauptplatz 11	+43 (0) 3352/389 13-0
	7400 Oberwart, LKH, Dornburggasse 80	+43 (0) 3352/328 41
	7540 Güssing, Hauptplatz 1	+43 (0) 3322/434 37-0
	8010 Graz, Jungferngasse 3/2	+43 (0) 316/82 91 64
	8380 Jennersdorf, Hauptplatz 15	+43 (0) 3329/453 82-0
Bankshop:	7111 Parndorf, Wirtschaftspark Straße 2	+43 (0) 2166/3663

HETA ASSET RESOLUTION AG		
Zentrale:	9020 Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1	+43 (0) 50209-0

AUSTRIAN ANADI BANK AG		
Zentrale:	9020 Klagenfurt am Wörthersee, Domgasse 5	+43 (0) 50202-0
17 Filialen:	1010 Wien, Parkring 12	+43 (0) 50202-6900
	5020 Salzburg, Hellbrunnerstraße 9A	+43 (0) 50202-5207
	8010 Graz, Joanneumring 8	+43 (0) 50202-6351
	9020 Klagenfurt, Domgasse 5	+43 (0) 50202-2440
	9020 Klagenfurt, Baumbachplatz 2	+43 (0) 50202-6100
	9020 Klagenfurt, Feschnigstraße 7	+43 (0) 50202-6800
	9020 Klagenfurt, Klinikum, Servicestelle Klagenfurt	+43 (0) 50202-6850
	9100 Völkermarkt, Hauptplatz 27	+43 (0) 50202-6250
	9300 St. Veit/Glan, Platz am Graben 3	+43 (0) 50202-6750
	9400 Wolfsberg, Herrengasse 1	+43 (0) 50202-6400
	9400 Wolfsberg, St. Stefaner Straße 8	+43 (0) 50202-5150
	9413 St. Gertraud, St. Gertraud 74	+43 (0) 50202-6500
	9470 St. Paul, Hauptstraße 18	+43 (0) 50202-6450

	9500 Villach, Ossiacher Zeile 9	+43 (0) 50202-6300
	9560 Feldkirchen, Tiebelzentrum, 10.-Oktober-Straße 17	+43 (0) 50202-6700
	9620 Hermagor, Gasserplatz 1	+43 (0) 50202-6200
	9800 Spittal/Drau, Neuer Platz 19	+43 (0) 50202-6150

HYPO NOE GRUPPE BANK AG		
Zentrale:	3100 St. Pölten, Hypogasse 1	+43 (0) 590 910-0
Filiale:	1010 Wien, Wipplingerstraße 4	+43 (0) 590 910-0
Reprä- sentanz:	CZ-110 00 Praha 1, Klimentská 10	+420 296 580-200
	H-1062 Budapest, Váci út 1-3	+36 132 85024
	BG-1407 Sofia, Expo 2000, N.Y. Vaptzarov Blvd.	+359 296 25 070
	RO-012051 Bucuresti, Str. Av. Petre Cretu Nr. 55	+40 314 052 790

HYPO NOE LANDESBANK AG		
Zentrale:	3100 St. Pölten, Hypogasse 1	+43 (0) 590 910-0
30 Filialen:	1010 Wien, Wipplingerstraße 2	+43 (0) 590 910-1025
	1010 Wien, Herrengasse 10	+43 (0) 590 910-1125
	1040 Wien, Operngasse 21	+43 (0) 590 910-1425
	1060 Wien, Mariahilfer Straße 121	+43 (0) 590 910-1625

1090 Wien, Porzellangasse 64	+43 (0) 590 910-1925
1140 Wien, Linzer Straße 402	+43 (0) 590 910-2425
1210 Wien, Schloßhoferstraße 53	+43 (0) 590 910-2125
1230 Wien, Anton-Baumgartner-Straße 40	+43 (0) 590 910-2325
2020 Hollabrunn, Lothringerplatz 12	+43 (0) 590 910-5325
2100 Korneuburg, Wiener Straße 4	+43 (0) 590 910-2825
2130 Mistelbach, Franz Josef-Straße 17	+43 (0) 590 910-4125
2301 Groß Enzersdorf, Schloßhoferstraße 4	+43 (0) 590 910-3925
2340 Mödling, Freiheitsplatz 7	+43 (0) 590 910-3525
2380 Perchtoldsdorf, Wiener Gasse 27	+43 (0) 590 910-3625
2460 Bruck/Leitha, Wiener Gasse 3	+43 (0) 590 910-4625
2500 Baden, Josefsplatz 6	+43 (0) 590 910-3725
2620 Neunkirchen, Herrengasse 15	+43 (0) 590 910-5125
2700 Wiener Neustadt, Hauptplatz 16	+43 (0) 590 910-3225
2700 Wiener Neustadt, Corvinusring 3-5	+43 (0) 590 910-5225
3100 St. Pölten, Hypogasse 1	+43 (0) 590 910-4425
3100 St. Pölten, Landhaus-Boulevard Haus 3/25	+43 (0) 590 910-6425
3100 St. Pölten, Kremser Gasse 20	+43 (0) 590 910-3425
3300 Amstetten, Wiener Straße 28	+43 (0) 590 910-3125

	3390 Melk, Jakob Prandtauer Straße 9	+43 (0) 590 910-3025
	3400 Klosterneuburg, Niedermarkt 9-11	+43 (0) 590 910-2725
	3430 Tulln, Bahnhofstraße 15	+43 (0) 590 910-4025
	3500 Krems, Mitterweg 10 A	+43 (0) 590 910-5825
	3500 Krems, Obere Landstraße 14	+43 (0) 590 910-3825
	3580 Horn, Kirchenplatz 11	+43 (0) 590 910-3325
	3910 Zwettl, Neuer Markt 6	+43 (0) 590 910-4325

OBERÖSTERREICHISCHE LANDESBANK AG		
Zentrale:	4010 Linz, Landstraße 38	+43 (0) 732/76 39-54 130
13 Filialen:	1010 Wien, Wipplingerstraße 30/3	+43 (0) 1/79 69 820
	4010 Linz, Landstraße 38	+43 (0) 732 76 39-54 130
	4020 Linz, Bahnhofplatz 2	+43 (0) 732/65 63 90
	4020 Linz, Am Bindermichl 28	+43 (0) 732/34 46 11
	4020 Linz, Eisenhandstraße 28	+43 (0) 732/ 77 83 91
	4040 Linz, Steg, Pulvermühlstraße 21	+43 (0) 732/25 14 83
	4040 Linz, Magdalena/Griesmayrstraße 19	+43 (0) 732/25 25 24
	4040 Linz, Neues Rathaus, Hauptstraße 1-5	+43 (0) 732/73 11 29

	4400 Steyr, Redtenbachergasse 4	+43 (0) 7252/74 088
	4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 23	+43 (0) 7242/62 881
	4780 Schärding, Karl-Gruber-Straße 1	+43 (0) 7712/79 79
	4840 Vöcklabruck, Dr.-Anton-Bruckner-Straße 15	+43 (0) 7672/22 444
	4910 Ried/Innkreis, Stelzhamerplatz 6	+43 (0) 7752/82 922

SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AG		
Zentrale:	5020 Salzburg, Residenzplatz 7	+43 (0) 662/8046
24 Filialen:	5020 Salzburg, Residenzplatz 7	+43 (0) 662/8046
	5020 Salzburg, Lindhofstraße 5	+43 (0) 662/43 13 97
	5020 Salzburg, Dreifaltigkeitgasse 16	+43 (0) 662/87 74 75
	5020 Salzburg, Vogelweiderstraße 55	+43 (0) 662/88 12 38
	5020 Salzburg, Petersbrunnstraße 1	+43 (0) 662/8046
	5020 Salzburg, Ignaz-Harrer-Straße 79 a	+43 (0) 662/43 04 55
	5020 Salzburg, Aigner Straße 4a	+43 (0) 662/62 04 11
	5020 Salzburg, EUROPARK, Europastraße 1	+43 (0) 662/43 34 65
	5071 Wals-Siezenheim, Bundesstraße 16	+43 (0) 662/85 49 90
	5101 Bergheim, Moosfeldstraße 1	+43 (0) 662/45 36 60

	5110 Oberndorf, Brückenstraße 8	+43 (0) 6272/51 61
	5201 Seekirchen, Hauptstraße 12	+43 (0) 6212/73 20
	5202 Neumarkt, Hauptstraße 25	+43 (0) 6216/74 52
	5340 St. Gilgen, Aberseestraße 8	+43 (0) 6227/79 75
	5400 Hallein, Kornsteinplatz 12	+43 (0) 6245/843 51
	5431 Kuchl, Markt 57	+43 (0) 6244/76 25
	5500 Bischofshofen, Gasteiner Straße 39	+43 (0) 6462/34 52
	5541 Altenmarkt, Obere Marktstraße 14	+43 (0) 6452/64 86
	5580 Tamsweg, Postplatz 1	+43 (0) 6474/69 00
	5582 St. Michael / Lungau, Poststraße 6	+43 (0) 6477/86 11
	5600 St. Johann / Pongau, Hauptstraße 16	+43 (0) 6412/88 81
	5700 Zell am See, Postplatz 1	+43 (0) 6542/72 400
	5730 Mittersill, Hintergasse 2	+43 (0) 6562/44 31
	5760 Saalfelden, Almerstraße 8	+43 (0) 6582/726 44
Bankshop	5020 Salzburg, FORUM 1, Südtiroler Platz 13	

LANDES-HYPOTHEKENBANK STEIERMARK AG		
Zentrale:	8010 Graz, Radetzkystraße 15-17	+43 (0) 316/8051-0
9 Filialen:	8010 Graz, Riesstraße 1	+43 (0) 316/8051-5821
	8010 Graz, Plüddemangasse 96	+43 (0) 316/8051-5861
	8051 Graz, Kärntner Straße 207a	+43 (0) 316/8051-5780
	8280 Fürstenfeld, Commendegasse 1	+43 (0) 3382/53230-5452
	8330 Feldbach, Hauptplatz 26	+43 (0) 3152/5796
	8430 Leibnitz, 27. Jännerstraße 2	+43 (0) 3452/71133
	8600 Bruck/Mur, Koloman-Wallisch-Platz 22	+43 (0) 3862/51852-5890
	8750 Judenburg, Herrengasse 2	+43 (0) 3572/83580
	8970 Schladming, Hauptplatz 29	+43 (0) 3687/23453
4 Außenstellen:	8020 Graz, Göstinger Straße 22 (LKH Graz Süd West – Standort West)	+43 (0) 316/8051-5844
	8053 Graz, Wagner Jauregg Platz 1 (LKH Graz Süd West – Standort Süd)	+43 (0) 316/8051-5841
	8330 Feldbach, Ottokar Kernstock-Straße 18 (LKH Feldbach)	+43 (0) 3152/5012-5794
	8530 Deutschlandsberg, Radlpassstraße 29 (LKH Deutschlandsberg)	+43 (0) 3462/4340
Premium Privat Banking	8010 Graz, Paulustorgasse 4	+43 (0) 316/8051-5085

HYPO TIROL BANK AG		
Zentrale:	6020 Innsbruck, Meraner Straße 8	+43 (0) 50700
24 Filialen:	1010 Wien, Tegetthoffstraße 4	+43 (0) 50700-5200
	6020 Innsbruck, Meraner Straße 8	+43 (0) 50700-7000
	6020 Innsbruck, Viktor-Franz-Hess-Straße 1	+43 (0) 50700-1200
	6020 Innsbruck, Hypo-Passage 1	+43 (0) 50700-5400
	6020 Innsbruck, Erzherzog-Eugen-Straße 19	+43 (0) 50700-7200
	6020 Innsbruck, Amraser Straße 25	+43 (0) 50700-7300
	6020 Innsbruck, Innrain 47a	+43 (0) 50700-7100
	6060 Hall i. T., Unterer Stadtplatz 3	+43 (0) 50700-5300
	6100 Seefeld, Innsbrucker Straße 8	+43 (0) 50700-5100
	6130 Schwaz, Andreas-Hofer-Straße 6	+43 (0) 50700-1300
	6166 Fulpmes, Waldraster Straße 2	+43 (0) 50700-7700
	6290 Mayrhofen, Hauptstraße 418	+43 (0) 50700-7400
	6300 Wörgl, Speckbacherstraße 10	+43 (0) 50700-7800
	6330 Kufstein, Oberer Stadtplatz 6	+43 (0) 50700-7500
	6370 Kitzbühel, Bichlstraße 9	+43 (0) 50700-1600
	6380 St. Johann i. T., Speckbacherstraße 29	+43 (0) 50700-7600
	6410 Telfs, Obermarktstraße 2	+43 (0) 50700-1400

	6460 Imst, Rathausstraße 1	+43 (0) 50700-7900
	6500 Landeck, Malser Straße 11	+43 (0) 50700-1800
	6600 Reutte, Mühler Straße 12	+43 (0) 50700-1900
	9900 Lienz, Hauptplatz 4	+43 (0) 50700-1700
	I-39012 Meran, Freiheitsstraße 18/2	+39 0473 066319
	I-39042 Brixen, Stadelgasse 12/b	+39 0472 979797
	I-39100 Bozen, Schlachthofgasse 30a	+39 0471 1961000

VORARLBERGER LANDES- UND HYPOTHEKENBANK AG		
Zentrale:	6900 Bregenz, Hypo-Passage 1	+43 (0) 50 414-1000
21 Filialen:	1010 Wien, Singerstraße 12	+43 (0) 50 414-7400
	4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 49	+43 (0) 50 414-7000
	6700 Bludenz, Am Postplatz 2	+43 (0) 50 414-3000
	6764 Lech, HNr. 138	+43 (0) 50 414-3800
	6780 Schruns, Jakob-Stemer-Weg 2	+43 (0) 50 414-3200
	6800 Feldkirch, Neustadt 23	+43 (0) 50 414-2000
	6800 Feldkirch, Landeskrankenhaus, Carinagasse 47-49	+43 (0) 50 414-2400
	6830 Rankweil, Ringstraße 11	+43 (0) 50 414-2200
	6840 Götzis, Hauptstraße 4	+43 (0) 50 414-6000

6845 Hohenems, Bahnhofstraße 19	+43 (0) 50 414-6200
6850 Dornbirn, Rathausplatz 6	+43 (0) 50 414-4000
6850 Dornbirn, Messepark, Messestraße 2	+43 (0) 50 414-4200
6863 Egg, Wälderpark, HNr. 940	+43 (0) 50 414-4600
6890 Lustenau, Kaiser-Franz-Josef-Straße 4a	+43 (0) 50 414-5000
6900 Bregenz, Vorkloster, Heldendankstraße 33	+43 (0) 50 414-1800
6923 Lauterach, Hofsteigstraße 2a	+43 (0) 50 414-6400
6971 Hard, Landstraße 9	+43 (0) 50 414-1600
6973 Höchst, Hauptstraße 25	+43 (0) 50 414-5200
6991 Riezlern, Walserstraße 31	+43 (0) 50 414-8000
8010 Graz, Joanneumring 7	+43 (0) 50 414-6800
CH-9004 St. Gallen, Bankgasse 1	+41 (0) 71/228 85-00

(Stand: Mai 2015)

Impressum:

Medieninhaber (Verleger): Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken.

Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär KR Dr. Claus Fischer-See.

Alle A-1040 Wien, Brucknerstraße 8.